



EINWOHNERGEMEINDE

Geschäftsberichte 2006

Gemeinderat

Schulrat Kindergarten und Primarschule
Schulrat Sekundarschule
Schulrat Musikschule

Sozialhilfebehörde
Vormundschaftsbehörde

Wahlbüro

Inhalt

Geschäftsberichte 2006
Einwohnergemeinde Allschwil

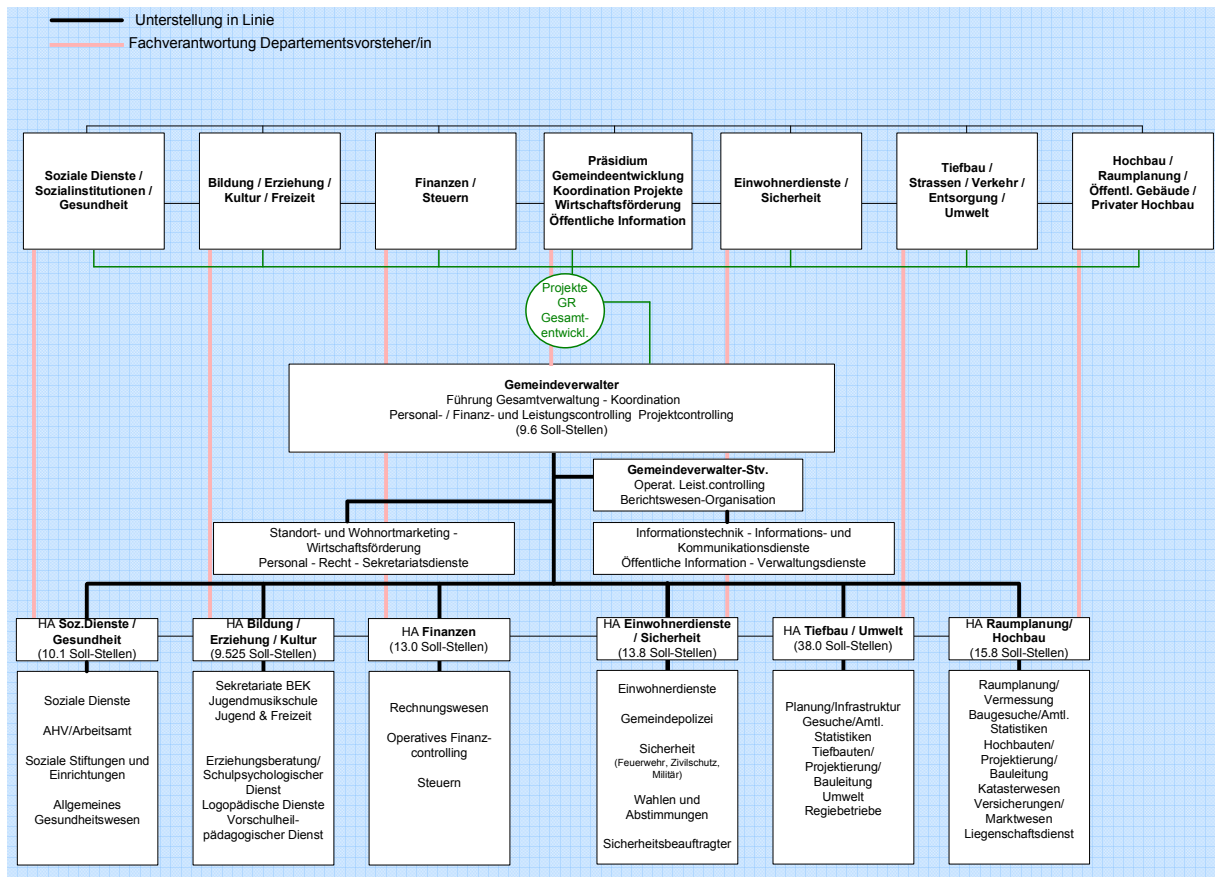
	Seite
Gemeinderat Allschwil	5
Präsidialdepartement	16
Finanzen – Steuern	27
Tiefbau – Umwelt	33
Hochbau – Raumplanung	38
Einwohnerdienste – Sicherheit	41
Bildung – Erziehung – Kultur	44
Soziale Dienste – Gesundheit	47
Stellenplan – Personalverzeichnis der Gemeindeverwaltung	53
Allschwil in Zahlen	58
<hr/>	
Schulrat Kindergarten und Primarschule Allschwil	59
Schulrat Sekundarschule Allschwil	61
Schulrat Musikschule Allschwil	64
<hr/>	
Sozialhilfebehörde	67
Vormundschaftsbehörde	69
<hr/>	
Wahlbüro	71
<hr/>	

Gemeinderat

Geschäftsbericht 2006

Per 31. Dezember 2006 setzt sich der Gemeinderat, dessen Amtsperiode bis zum 30. Juni 2008 dauert, wie folgt zusammen:

- Lauber Anton Dr., CVP, Gemeindepräsident, Präsidialdepartement
- Nüssli-Kaiser Nicole, FDP, Vizepräsidentin Gemeinderat, Departement Finanzen
- Julier Arnold, CVP, Departement Soziale Dienste – Gesundheit
- Meury Roman, FDP, Departement Hochbau – Raumplanung
- Schärer Saskia, SP, Departement Einwohnerdienste – Sicherheit
- Giger Heinz, SP, Departement Bildung – Erziehung – Kultur
- Vogt Robert, FDP, Departement Tiefbau - Umwelt



REFERENDEN

Das am 5. Dezember 2005 eingereichte Referendum gegen den Beschluss des Einwohnerrates betreffend Bewilligung einer Verpflichtungskredites in der Höhe von CHF 2'050'000.00 inkl. MwSt. für die Erstellung eines ‚Begegnungszentrums / Robinson-Spielplatz‘ am Hegenheimermattweg (Parzelle A 263) haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 12. Februar 2006 bei einer Stimmbeteiligung von 39,5 % mit 3'223 Ja gegen 1'722 Nein deutlich abgelehnt.

INITIATIVEN

Im Berichtsjahr gelangten keine Gemeinde-Initiativen zur Einreichung.

PETITIONEN

Petition vom 21. September 2004: Schaffung eines Naturparks Allschwiler Weiher anstelle des Schiessstandes Allschwiler Weiher

Am 21. März 2006 fand eine gemeinsame Besprechung zwischen den Delegationen der Gemeinderäte Binningen und Allschwil sowie der Petenten statt. Dabei haben die Petenten ihre Vorstellungen präsentiert. Dabei hat sich Allschwil für die Schaffung eines Naturparks entlang des Dorenbachs ausgesprochen. Das restliche Gebiet soll in Anlehnung an die Totalrevision Zonenplan Siedlung für die kommenden 15 Jahre der ‚weissen‘ Zone (Zone mit späterer Nutzungsfestlegung) zugewiesen werden. Diese Entscheide wurden der Zentralstelle für Liegenschaftsverkehr des Kantons Basel-Stadt mitgeteilt. Die Petenten werden zu gegebener Zeit durch den Regierungsrat Basel-Stadt entsprechend informiert.

Petition vom 20. Februar 2006 betreffend Verkehrsberuhigung Herrenweg

Am 20. Februar 2006 reichten Vertreterinnen und Vertreter der IG Herrenweg / Ofenstrasse eine Petition zur Realisation von Tempo 30 auf dem Herrenweg / Ofenstrasse mit insgesamt 305 Unterschriften ein. Generell wurde dabei festgestellt, dass die erhobenen Forderungen weitgehend mit der Einsprache gegen den Bau- und Strassenlinienplan Herrenweg übereinstimmen, welche im Verlauf des Genehmigungsverfahrens jedoch von der IG Herrenweg / Ofenstrasse zurückgezogen wurde.

Die Hauptforderungen der Petition und dazugehöriger Massnahmenliste sind a) Errichtung einer Tempo 30-Zone auf der Strecke Herrenweg / Ofenstrasse zwischen Neuweilerstrasse (Grenze BS) und Oberwilerstrasse, b) Durchfahrtsbeschränkungen (Fahrverbote) sowohl für Personen- und Lastwagen und c) Verzicht auf die Verbreiterung des Herrenweges zwischen Weiherweg und Ofenstrasse.

Am 17. Mai 2006 teilte der Gemeinderat den Petenten mit, dass das Begehren auf eine Tempo 30-Zone im Rahmen der anstehenden Planungsarbeiten für das gesamte Gemeindegebiet geprüft werde. Was den beanstandeten LKW-Verkehr betrifft, so vertritt der Gemeinderat die Meinung, dass dieser primär durch die im Gang befindliche Bautätigkeit im oberen Bereich des Ziegeleiareals bedingt ist. Diese Annahme hat sich durch wiederholte Beobachtungen der Gemeindepolizei bestätigt.

Die Verbindung von Allschwil nach Oberwil ist auf eine Maximalbreite von 2,3 m beschränkt. Viele Lastwagen weisen heute eine Maximalbreite von 2,5 m auf und dürfen diese Route somit nicht befahren. Das Neubadquartier, welches als Quell- und Zielgebiet für allfälligen Schwerverkehr auf dem Herrenweg in Frage käme, ist kein Gewerbegebiet. Aus diesen Gründen lehnt der Gemeinderat die Wiedereinführung der Gewichtsbeschränkung oder ein Verbot für Lastwagen auf der Strecke Herrenweg / Ofenstrasse ab. Zur Vermeidung von allfälligen Irrfahrten werden entsprechende Signalisationen angebracht. Mit dem entsprechenden Bericht konnte die Petition als erledigt abgeschrieben werden.

Per Ende 2006 standen weitere verkehrslenkerische bzw. -beruhigende Massnahmen in Ausarbeitung, welche der IG Herrenweg / Ofenstrasse anfangs 2007 präsentiert werden.

Petition vom 27. Februar 2006 betreffend Änderung der Haltestellenverteilung im Gebiet ‚Rosenberg-rain‘ / Einrichtung eines Zebrastreifens an der Haltestelle ‚Stegmühleweg‘

Am 27. Februar 2006 reichten Anwohnerinnen und Anwohner des Reservoirweges, der Schönenbuchstrasse und des Engehollenweges eine Petition zur Änderung der Haltestellenanordnung im Gebiet Rosenberg ein. Konkret wird gefordert, die Haltestelle ‚Rosenberg – Stegmühleweg‘ bergwärts an den

Engehollenweg zu verlegen, weil dadurch die Haltestellen-Distanz ‚Rosenberg – Stegmühlweg‘ bedeutend kürzer würde als z.B. ‚Allschwil – Rosenbergweg‘ oder ‚Stegmühlweg – Reservoir‘. Im gleichen Zeitraum wurde beim Kanton das Begehren um Einrichtung eines Zebrasteifens über die Schönenbuchstrasse auf Höhe der Bushaltestelle ‚Stegmühlweg‘ eingereicht.

Nach eingehenden Abklärungen kam der Gemeinderat zum Schluss das beide Petitionen abzulehnen sind.

Bei der Haltestellenverlegung vom Stegmühlweg an den Engehollenweg würde den Vorteilen einer Verbesserung der Haltestellenverteilung und einer guten Erreichbarkeit aus dem Teilgebiet Engehollen der Nachteil einer schlechteren Erreichbarkeit aus dem Teilgebiet Stegmühlweg gegenüber stehen. Die neue Anordnung hätte nur auf dem Plan eine bessere Aufteilung der Distanzen; in der Realität brächte sie jedoch mehr Nachteile als Vorteile.

Auf der anderen Seite würde die Anbringung eines Zebrastreifens bei der Haltestelle Stegmühlweg eine Verschiebung der Haltestelle in Richtung Dorf erfordern. Dies würde einerseits den Haltestellenabstand noch mehr verkürzen und andererseits für die Anwohner/innen des Engehollenweges die Erreichbarkeit zusätzlich verschlechtern. Die Anordnungen eines Zebrastreifens ist zudem aufgrund der geringen Verkehrszahlen und anderer bereits vorhandener Zebrastreifen aus Sicherheitsüberlegungen nicht zwingend erforderlich.

BERICHTE AN DEN EINWOHNERRAT

Der Gemeinderat hat im Jahr 2006 dem Einwohnerrat die nachstehenden Geschäfte zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet:

- Abwasserreglement, Totalrevision, Geschäft 3525
- Buslinie 33, Verdichtung des Fahrplanes, Stellungnahme zum Postulat, Geschäft 3665A
- Chemiemülldeponien Le Letten, Gutachten, Geschäft 3664
- Chemiemülldeponien Le Letten, Stellungnahme IGDRB zur Resolution des Einwohnerrates, Geschäft 3664A
- Finanzplanung 2007 – 2011, überarbeitete Version (Juni 06), Geschäft 3661
- Finanzplanung der Einwohnergemeinde und der Spezialfinanzierungen, überarbeitete Version (Dezember 06), Geschäft 3673
- Fördermassnahmen berufliche Integration, Stellungnahme zum Postulat, Geschäft 3600A
- Gemeinschaftsgrab, Erstellung, Abrechnung über den Verpflichtungskredit, Geschäft 3622C
- Geschäftsbericht 2005, Behörden und Räte, Geschäft 3654
- Geschäftsreglement Einwohnerrat, Teilrevision betr. Anpassung an Gesetz politische Rechte, Geschäft 3678
- Gesetzliche Vorgabe für die briefliche Stimmabgabe bei Wahlen und Abstimmungen, Beantwortung Kleine Anfrage, Geschäft 3652A
- Hallenbaddecke, Sanierung, Nachtragskredit, Geschäft 3655
- Jahresrechnung 2005, Geschäft 3646
- Leistungsberichte und Kostenrechnungen 2005, Geschäft 3659
- Leistungspostulate pro 2007, Berichte und Anträge des Gemeinderates, Geschäft 3679
- Mühligässli, Mutation Fussweg, Geschäft 3645
- Personalaufstockung bei den Sozialen Diensten aufgrund Erkenntnisse aus Kennzahlenvergleich 2004/2005, Geschäft 3696
- Plakatierungskonzept, Teilrevision Reklamereglement und Verordnung, Geschäft 3674
- Räumung des Familiengartenareals Baselmattweg, Abrechnung über den Nachtragskredit, Geschäft 3506A
- Statistische Zusammensetzung der Steuereinnahmen in Allschwil, Beantwortung Kleine Anfrage, Geschäft 3653A
- Urnennischenwand, Erstellung, Abrechnung über den Verpflichtungskredit, Geschäft 3622B
- Verlegung der Familiengärten Baselmattweg, Abrechnung über den Verpflichtungskredit, Geschäft 3443A
- Verwaltungs- und Organisationsreglement, Teilrevision, Geschäft 3616

- Voranschlag 2007, Geschäft 3672
- Wasserreglement, Totalrevision, Geschäft 3526

PENDENTE VORSTÖSSE DES EINWOHNERRATES

Gestützt auf § 40 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates unterbreitet der Gemeinderat nachstehende Zwischenberichte:

Geschäft 1356; Postulat Dr. Max Ribi, namens FDP-Fraktion, 15.6.1987

Ohne Umsteigen zum Bahnhof SBB

Im Berichtsjahr hat eine von den BVB durchgeführte Studie ergeben, dass die Verlängerung der Einsatzlinie E 11 in der Morgenspitze nach Allschwil nicht möglich ist. Auch wird die Führung von Einsatzkursen der Tramlinie 6 direkt zum Bahnhof abgelehnt. Die Studie schlägt als Lösungsansatz die Einrichtung einer Einsatzlinie E 9 vor, die vom Depot Morgartenring zum Bahnhof Basel SBB führt. Dieser Vorschlag stützt sich auf die guten Erfahrungen von Allschwiler Tramfahrgästen mit der im Sommer 2005 zum Depot Morgartenring umgeleiteten Tramlinie 8. Demnach würde eine direkt hinter dem Tram Nr. 6 ab Morgartenring abfahrende Tramlinie 9 dank der komfortablen Umsteigebeziehung am Allschwilerplatz (keine Wartezeit, gleiche Haltekante) annähernd dem Komfort einer Direktverbindung entsprechen. Allerdings vermag dieser Lösungsvorschlag in Bezug auf die Fragen der Kostenhöhe und der Kostentragung noch nicht zu befriedigen.

Der Gemeinderat hat im 2006 eine Studie in Auftrag gegeben, mit der Lösungsansätze für eine nachhaltige Verkehrserschliessung des prosperierenden Gewerbegebietes «Bachgraben» aufgezeigt werden sollen. Dabei sollen nebst Vorschlägen für den Individualverkehr auch Lösungsansätze für eine bessere öV-Anbindung von Allschwil an den Bahnhof Basel SBB aufgezeigt werden. An der Studie sind auch die Trinationale Agglomeration Basel, die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft sowie die französische Nachbargemeinde Hégenheim beteiligt. Die Ergebnisse der Studie werden im Frühling 2007 vorliegen (siehe auch Ausführungen zu den Motionen 3536 – 3539 «Südumfahrung»).

Geschäft 1863; Postulat (Motion) Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion, 28.4.1993

Änderung Bebauungsziffer im Zonenreglement

Nachdem der Einwohnerrat den Bericht "Ziele und räumliches Konzept, Teil Siedlung" am 18. Januar 2006 einstimmig zur Kenntnis genommen hat, konnten die Arbeiten am neuen Zonenreglement und am neuen Zonenplan "Siedlung" weitergeführt werden. Der Gemeinderat hat am 6. September 2006 das revidierte Zonenreglement und den revidierten Zonenplan "Siedlung" zu Händen der kantonalen Vorprüfung verabschiedet. Vom 20. November bis 19. Dezember 2006 wurde das öffentliche Mitwirkungsverfahren durchgeführt. Die Anregungen bzw. Vorschläge werden geprüft und in einem entsprechenden Bericht zusammengefasst. Der Schlussbericht über das öffentliche Mitwirkungsverfahren wird im ersten Quartal 2007 erwartet. Das Planungswerk kann, unter Einbezug der kantonalen Vorprüfung und dem Schlussbericht über das Mitwirkungsverfahren, im ersten Semester 2007 vom Gemeinderat zu Händen des Einwohnerrates verabschiedet werden.

Geschäft 2241; Postulat (Motion) Arnold Julier, CVP/SVP-Fraktion, 27.11.1997

Einrichtung eines Kreisels im Kreuzungsbereich Baslerstrasse / Grabenring

Der Kanton hat das Projekt gemäss den Änderungsanträgen der Gemeinde überarbeitet, wobei die Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Verkehrsknotens im Vordergrund stand. Bezüglich der Kostenbeteiligung durch die Gemeinde am Kreisel konnte noch keine Einigung erzielt werden. Im Berichtsjahr hat der Kanton das Vorhaben in sein Gesamtprojekt «Strassen- und Gleiserneuerung Baslerstrasse» integriert, das ein Mehrjahresvorhaben sein wird. Das Dossier wurde im Dezember 2006 der Gemeinde zur Stellungnahme unterbreitet. Der Gemeinderat wird das Teilprojekt Kreisel der einwohnerrätlichen Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen und das übrige Erneuerungsprojekt der gemeinderätlichen Spezialkommission Verkehr zur Vorberatung überweisen.

Der Kanton hat in Aussicht gestellt, das Gesamtprojekt «Strassen- und Gleiserneuerung Baslerstrasse» im Laufe des Jahres 2007 dem Landrat zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Geschäft 3019; Postulat (Motion) Kaspar Sutter, SP/Kaktus-Fraktion, 12.11.1997

[Änderung der Gebührenordnung des Kanalisationsreglements](#)

Seit der Einreichung des Postulates haben sich die Vorschriften des übergeordneten Rechts auf Bundes- und auf Kantonsebene geändert. Dabei wird eine verursachergerechte Überbindung aller Kosten zwingend vorgeschrieben. Diese Vorschrift geht viel weiter als die postulierte Änderung der Gebühren und machte nicht nur eine Änderung der Gebührenordnung, sondern eine Totalrevision des Abwasserreglements erforderlich. Der Regierungsrat hat die Verordnung zum kantonalen Gewässerschutzgesetz im Dezember 2005 verabschiedet und per 1. Januar 2006 in Kraft gesetzt. Erst jetzt waren die rechtlichen Grundlagen vorhanden, auf denen die 2004 begonnene Reglementsrevision weitergeführt werden konnte.

Der Gemeinderat hat am 29. November 2006 den Bericht Nr. 3525 «Totalrevision Abwasserreglement» dem Einwohnerrat zur Beschlussfassung überwiesen. Im Rahmen der Totalrevision stellt die Kostenüberbindung nach dem Verursacherprinzip und mithin die Forderung des Postulates Nr. 3019 ein zentrales Thema dar. Die Totalrevision führt nicht nur zu einer kompletten Neuregelung der Gebühren, sondern auch der Anschlussbeiträge. In Kapitel 9 des Berichts Nr. 3525 wird beantragt, das Postulat Nr. 3019 als erfüllt zu betrachten und abzuschreiben.

Geschäft 3217; Postulat SP/Kaktus-Fraktion, 9.2.2000

[Anbringen eines Fussgängerstreifens bei der Parkallee](#)

Erst Ende 2006 wurde die Ueberbauung „Sandweg“ vollständig bezogen. Die Markierung eines Fussgängerstreifens ist abhängig von der Einführung von Tempo 30. Diesbezüglich steht nun fest, dass auch die Parkallee als Tempo 30-Zone vorgesehen ist. Ob vor diesem Hintergrund am besagten Ort ein Fussgängerstreifen - im Sinne einer Ausnahme - angebracht wird, wird sich im Rahmen des noch zu erstellenden Verkehrsgutachtens ergeben. Dieses ist noch ausstehend.

Geschäft 3324; Postulat Guido Beretta, FDP-Fraktion, / Christoph Morat, SP-Fraktion, 22.11.2003

[Verkehrssituation am Lindenplatz](#)

Die Verkehrssituation am Lindenplatz steht in einem direkten Zusammenhang mit dem Gesamtprojekt «Strassen- und Gleiserneuerung Baslerstrasse» des Kantons. Dieses Vorhaben wurde weiter bearbeitet und erst im Dezember 2006 der Gemeinde zur Stellungnahme unterbreitet. Aus diesem Grunde konnten im Berichtsjahr auf Gemeindeebene keine weiteren Planungsschritte getätigt werden.

Der Kanton hat in Aussicht gestellt, das Gesamtprojekt «Strassen- und Gleiserneuerung Baslerstrasse» im Laufe des Jahres 2007 dem Landrat zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Geschäft 3387; Postulat Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, 23.10.2002

[Einrichtung von Tempo 30-Zonen](#)

Der Gemeinderat hat der Einführung von Tempo-30 Zonen zugestimmt. Die Zonen sollen in 3 Etappen umgesetzt werden (2007, 2009 und 2012). Der Gemeinderat wird zu Händen des Einwohnerrates im 1. Semester 2007 eine Vorlage unterbreiten. Die erste Zone (Gartenhof und Bettenacker) soll im 2007 realisiert werden, sofern der Rat und aufgrund eines allfälligen Referendums der Souverän zustimmen.

Geschäft 3412; Postulat Jürg Gass, SP-Fraktion, 13.11.2002

[3 x jährliche Überprüfung des Mühlebachs auf Wasserqualität](#)

Anlässlich einer Besprechung mit dem Postulanten, dem Amt für Umweltschutz und Energie Basel-Landschaft (AUE) und der Hauptabteilung Tiefbau/Umwelt informierte die kantonale Fachstelle ausführlich über die im Frühling 2006 in ihrem Auftrag durchgeführte Untersuchung des Mühlebachwassers. Betreffend der Art und Weise von künftigen Publikationen über die Messresultate konnte zwischen dem AUE und dem Postulanten eine Einigung erzielt werden.

Sobald die Werte der Untersuchungen vom Herbst 2006 vorliegen, wird der Gemeinderat die Beantwortung des Postulates zusammen mit dem Entwurf einer kommentierten Publikation der beiden erwähnten Messungen an den Einwohnerrat überweisen.

Geschäft 3536; Motion der CVP-Fraktion, 22.09.2004
Geschäft 3537; Motion der FDP-Fraktion, 22.09.2004
Geschäft 3538; Motion der SVP-Fraktion, 22.09.2004
Geschäft 3539; Motion der SD-Fraktion, 22.09.2004

[Südfahrt](#)

Das Allschwiler Gewerbegebiet «Bachgraben» wird im neuen Entwurf des kantonalen Richtplans als Arbeitsplatzgebiet von kantonalen Bedeutung eingestuft und ist auf eine gute Verkehrsanbindung angewiesen. Deshalb hat der Gemeinderat im Jahr 2006 die Verkehrsstudie «Bachgraben» in Auftrag gegeben, an der auch die Trinationale Agglomeration Basel, die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft sowie die französische Nachbargemeinde Hégenheim beteiligt sind. Erste Ergebnisse dieser Studie zeigen auf, dass die neuralgischen Verkehrsknoten in Allschwil und Basel auch nach deren Ausbau in Kreisel höchstens noch bis ins Jahr 2020 zu genügen vermögen. Spätestens ab diesem Zeitpunkt wird der Zubringer Allschwil – inklusive Umfahrung unseres Dorfkerns – notwendig sein. Dieser Strassenabschnitt stellt einen Bestandteil der Südfahrt dar.

Der Gemeinderat hat mit Genugtuung festgestellt, dass im ersten wie auch im zweiten Entwurf des kantonalen Richtplans die Südfahrt Basel enthalten war. Mitte Dezember 2006 wurde jedoch in den Medien bekannt gegeben, dass die Baudirektion die Südfahrt Basel aus dem Richtplan streichen wolle. Diese Absicht hat beim Gemeinderat Erstaunen, Entrüstung und grosses Befremden ausgelöst.

Immerhin ist positiv zu vermerken, dass der Regierungsrat die Streichung der Südfahrt aus dem Richtplan abgelehnt hat. Nun soll zuerst die Initiative «Keine Autobahn im Leimental», die gegen die Südfahrt gerichtet ist, im Laufe des Jahres 2007 dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Je nach Resultat wird sich das weitere Schicksal der Südfahrt im kantonalen Richtplan ergeben. Jedenfalls setzt sich der Gemeinderat weiterhin mit allen Kräften für die Südfahrt ein und wird anfangs 2007 in diesem Sinne beim Regierungsrat vorstellig werden.

Geschäft 3600; Postulat Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 20.4.2005

[Fördermassnahmen berufliche Integration](#)

Diese Beantwortung des Postulats erfolgt anlässlich der ersten Sitzung des Einwohnerrats am 17. Januar 2007.

Geschäft 3635; Postulat Juliana Weber Killer, SP/EVP-Fraktion, vom 14.9.2005

[Einführung einer Tagesschule auf Primarstufe](#)

Eine vom Gemeinderat eingesetzte Projektgruppe prüfte die verschiedenen Möglichkeiten zur Einführung einer Tagesschule auf Primarstufe in Allschwil. Im September 2006 wurde eine Umfrage bei Eltern und Unternehmen durchgeführt. Die entsprechende Auswertung wurde dem Gemeinderat im Oktober präsentiert. Das pädagogische Grobkonzept liegt vor. Die Kosten (in Bezug auf bauliche Massnahmen etc.) liegen ebenfalls vor. Der Bericht an den Einwohnerrat Nr. 3635A wird voraussichtlich im Januar dem Gemeinderat zur Verabschiedung vorgelegt.

Geschäft 3649; Postulat Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, vom 15.2.2006

[Naturschutzkonzept](#)

Die Standortbestimmung bezüglich des Allschwiler Naturschutzkonzeptes wird im Rahmen der anlaufenden Totalrevision der Zonenplanung Landschaft erfolgen, welche unter der Federführung des Departements Hochbau – Raumplanung steht.

Geschäft 3669; Dringliches Postulat Guido Beretta, FDP-Fraktion, vom 17.05.2006

[Totalsanierung der Chemiemülldeponien Le Letten und Roemlisloch](#)

Zu den Chemiemülldeponien im benachbarten Elsass konnte Allschwil seine Anliegen auf der Sous-Préfecture in Mulhouse vorbringen. Leider haben die französischen Behörden die Oberexpertise noch nicht veröffentlicht. Unter Beizug eines externen Experten hat sich der Gemeinderat dezidiert für eine Räumung der Chemiemülldeponien eingesetzt, wobei ihm der Einwohnerrat mit der Verabschiedung einer entsprechenden Resolution und der Überweisung dieses Vorstosses den Rücken gestärkt hat.

Dem Einwohnerrat wurde mit Geschäft Nr. 3664A ein Zwischenbericht zu dieser Thematik unterbreitet (Einwohnerratssitzung vom 15.11.2006).

Geschäft 3689; Postulat Ivo Corvini und Felix Keller, CVP-Fraktion, vom 15.11.2006

[Veranstaltungen und Aktivitäten in Allschwil während der ‚euro08‘](#)

Auf operativer Ebene sind die entsprechenden Abklärungen und Evaluationen im Gang. Aufgrund der rollenden Planung von BS und BL und der sich laufend ändernden Rahmenbedingungen, kann wohl erst im 4. Quartal 2007 definiert werden, in welchem Rahmen sich Allschwil an der Euro 08 einbringen wird.

ERLEDIGTE VORSTÖSSE DES EINWOHNERATES – ANTRAG AUF ABSCHREIBUNG

Aufgrund der nachstehenden Berichte und gestützt auf § 41 des Geschäftsreglements des Einwohnerates beantragt der Gemeinderat dem Einwohnerrat die Abschreibung des folgenden Geschäfts:

Geschäft 3680; Postulat Basil Kroepfli, SVP-Fraktion, vom 13.9.2006

[Versand von Medienmitteilungen der Gemeinde per e-mail](#)

Seit der Überweisung dieses Postulates am 15. November 2006 werden die Mitglieder des Einwohnerates fortlaufend mit den aktuellen gemeinderätlichen Medieninformationen bedient.

BEANTWORTUNG VON INTERPELLATIONEN

Im Rahmen der Sitzungen des Einwohnerrates haben die zuständigen Departementsvorsteherinnen bzw. Departementsvorsteher auf folgende Interpellationen geantwortet:

Gegenstand	Interpellant/in	Geschäft Nr.
▪ Bewilligte Dachformen gemäss Zonenreglement Siedlung	Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion	3651
▪ Platzierung Kindergarten Rankacker in der Zeit der Bauphase (dringliche)	Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion	3667
▪ Schulhaus Bettenacker	Claude Rothen, SP/EVP-Fraktion	3644
▪ Sportanlage ‚im Brüel‘	Robert Richner, FDP-Fraktion	3647
▪ Streichung Südumfahrung aus Richtplan	Ursula Pozivil, FDP-Fraktion	3702
▪ Waldkindergarten im Spitzwald	Mario Bernasconi, SD-Fraktion	3648

VERNEHMLASSUNGEN DES GEMEINDERATES

Der Gemeinderat gab im Berichtsjahr u.a. zu folgenden Entwürfen über Gesetzesrevisionen und Erlassen seine Stellungnahmen ab:

▪ Asylverordnung, kantonale; Änderung
▪ Betreuung und Pflege im Alter, Verordnung
▪ Bildungsgesetz (Studentafeln, Lehrpläne)
▪ Einführungsgesetz zum BG betr. Krankenversicherungsgesetz KVG
▪ Enteignungsgesetz
▪ Erlassanpassungen an Bundesgesetz über eingetragene Partnerschaften gleichgeschlechtlicher Paare
▪ Hundegesetz
▪ Jagdgesetz
▪ Jugendstrafrechtspflege, Gesetz
▪ Kantonaler Richtplan KRIP, 2. Vernehmlassung

- Kinder- und Jugendzahnpflegegesetz und Verordnung
- Neuer Finanzausgleich NFA und Lastenverteilung Kanton und Gemeinden, Gesetz für Umsetzung
- Öffentliche Filmvorführungen, Gesetz
- Qualitätsstandards und Qualitätskontrolle in den staatlichen Alters- und Pflegeheimenrichtungen
- Sozialhilfegesetz und Verordnung
- Steuer- und Finanzgesetz, Besteuerung natürliche Personen
- Steuer- und Finanzgesetz, Unternehmensbesteuerung
- Strafprozessordnung / Meldewesen Strafverfolgungsbehörden
- Verantwortlichkeitsgesetz
- Wirtschaftsförderungsgesetz

PROJEKTE DES GEMEINDERATES

Der Stand der gemeinderätlichen Projekte per 31. Dezember 2006 kann der nachfolgenden Aufstellung entnommen werden.

Projekt-No.	Projektbezeichnung	Status per 31.12.2006	Zust. Dept.
95002	Liegenschafts- und Baulandbewirtschaftung - Areal Wegmatten, Nutzung - Verkauf Parz. B 42 - Pestalozzi Areal (in Verb. mit Projekt 95052)	Aktiv Teilprojekt BR-Vetr. Baslerstr. 63 abgeschl. 2005 Teilprojekt QP WIB abgeschlossen 2006	HB-RPL
95005	Individualverkehr; Kreuzungssanierungen Grabenring – Hegenheimermattweg / Baslerstrasse – Grabenring / Binnergerstrasse – Fabrikstrasse / linksufriges Bachgrabengebiet	aktiv	TB-U
95009	Feuerwehrgebäude; Ersatz Betriebsgebäude Neue Projektorganisation; Bearbeitung in 3 Teilprojekten (Projekt E+S / Neubauprojekt Zweckbaute/Projekteinkauf / Totalsanierung)	aktiv	HB-RPL
95010	Dorfkern-Vorschriften; Totalrevision	abgeschlossen 2005	HB-RPL
95017	Begegnungszentrum und Robinsonspielplatz	aktiv	HB-RPL
95018	Schulraumplanung; Übernahmemodalitäten gem. Bildungsgesetz	aktiv	HB-RPL
95023	Abfallbewirtschaftung; Studie Lindenplatz – Sammelstellen Neuallschwil	aktiv	TB-U
95025	Öffentlicher Verkehr; Direkt zum Bahnhof SBB	aktiv	TB-U
95026	Regionaler Individualverkehr – Südumfahrung	aktiv	TB-U
95028	Personal-Informationen-System	abgeschlossen 2005	VF
95034	Musikschulzentrum; Umbau Schulhaus Neuallschwil	abgeschlossen 2006	HB-RPL
95038	Sportanlage im Brüel	aktiv	HB-RPL
95039	Zonenplan Siedlung; Raumplanungskonzept – Totalrevision	aktiv	HB-RPL

95040	Zonenplan Landschaft; Richtplan – Totalrevision	aktiv	HB-RPL
95041	Schulbauten – Schulraumgliederung	aktiv	HB-RPL
95042	Flugverkehr	aktiv	TB-U
95043	Individualverkehr – Park- and Ride-Anlagen	abgeschlossen 2005	TB-U
95044	Mühlebachtal; Naturschutzzone – Hochwasserschutz – Erholungszone	aktiv Geolog.Denkmal abgeschlossen 2005	TB-U
95045	Verkehrssicherheit – innerorts	Aktiv, Allg. verkehrsber. Massnahmen abgeschlossen 2005	EWD-SI
95046	Tageskindergarten (Alternativprüfung: Doppelkindergarten Hegenheimermattweg abgeschl.)	aktiv	BEK
95047	Familienergänzende Betreuungsangebote	Aktiv Umzug Tagesheim Schl.matten nach Baslerstr. 63 abgeschl.	SD-G
95048	Information – Kommunikation; Optimierung Auftritt im Allschwiler Wochenblatt	abgeschlossen 2005	VF
95049	Outsourcing – Insourcing von Dienstleistungen	aktiv	VF
95050	Verwaltungscontrolling; Steuerungsprozesse – Finanzverordnung	aktiv	VF
95051	Führungsschulungen; in-house-Lösungen	aktiv	VF
95052	Doppelkindergarten (Areal Liegenschaft Baslerstrasse 59) (Alternativprüfung zu Tageskindergartenangebot Rankacker erledigt)	sistiert/FiPla Prio.2 (2006)	HB-RPL
95053	Zivilschutz-Reform; Umsetzung – Zusammenschluss mit Schönenbuch	aktiv Zus.arb. mit Partnerorg. abgeschlossen 2005	EWD-SI
95054	Turn- und Konzerthalle Gartenstrasse	aktiv	HB-RPL
95055	Friedhof; Gemeinschaftsgrab, Urnenwand, Urnengrab im Hain, Weihersanierung Folgeprojekt 95057	abgeschlossen 2006	EWD-SI
95056	Tagesschule auf Primarschulstufe	aktiv seit 2006	BEK
95057	Friedhof; Gesamtkonzept – Gestaltung	aktiv ab 2007	TB-U
95058	Euro 08	aktiv seit 2006	EWD-SI
95059	Altersleitbild – Pflege und Betreuung im Alter	aktiv ab 2007	SD-G
95060	Harmonisierung Einwohnerregister	aktiv ab 2007	EWD-SI

Aus dieser Übersicht ergibt sich, dass per 31. Dezember 2006 von den insgesamt 34 gemeinderätlichen Projekten (4 neue Projekte seit 30.6.2006) 6 Projekte abgeschlossen werden konnten, 1 Projekt sistiert wurde und 27 Projekte aktiv in Bearbeitung stehen. Im Rahmen der 27 in Bearbeitung stehenden gemeinderätlichen Projekte konnten 6 Teilprojekte im Sinne der Zielsetzungen abgeschlossen werden.

Für die Bearbeitung der gemeinderätlichen Projekte wurden durch die Mitarbeitenden im Jahr 2006 insgesamt 4'100 Stunden rapportiert.

BEURTEILUNG DES ZIELERREICHUNGSGRADES

Gestützt auf die Berichte der Projektverantwortlichen kann festgestellt werden, dass die vom Gemeinderat vorgegebenen Projektziele verfolgt wurden.

Sämtliche Zielsetzungen stehen im Einklang zur Strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung.

Das Teilprojekt ‚Wohnen im Bachgrabenpark‘ (Projekt 95002; Liegenschafts- und Baulandbewirtschaftung) konnte aufgrund des Volksentscheids vom 21. Mai 2006 nicht im Sinne der Zielsetzungen erreicht werden.

Die Zielsetzung für das Projekt 95052 Doppelkindergarten wurde trotz der durch die Finanzplanung eingetretenen Änderungen (zeitliche Verschiebung und Priorität 2) beibehalten. Diese Dispositionen wirken sich auf das Vorhaben ‚Nutzung des Areals KG Pestalozzi‘ aus.

ZEITACHSEN

Projekt 95005; Durch die im Finanzplan vorgenommene neue Priorisierung der Kreuzungssanierungen im linksufrigen Bachgrabengebiet können die definierten Zeitachsen allenfalls verändert werden.

Projekt 95017; Das Projekt Begegnungszentrum – Robi-Spielplatz weist aufgrund der Volksabstimmung sowie der Einsprachenerledigung eine zeitliche Verzögerung von rund 6 Monaten auf. Die Inbetriebnahme ist für April 2006 geplant.

Projekt 95038; Durch die Witterungsverhältnisse im Frühjahr 2006 weist das Projekt Sportanlage im Brüel eine zeitliche Verzögerung von ca. 12 Wochen auf. Die Inbetriebnahme der Anlage ist für Januar 2007 geplant. Das Naturrasenspielfeld wird ab August 2007 zur Verfügung stehen.

Projekt 95009; Bedingt durch die geforderten Kostenreduktionen für den Ersatzbau Feuerwehrmagazin (Kostendach max. 3 Mio. Franken) sowie die eingeforderten zusätzlichen Abklärungen wird voraussichtlich eine Verzögerung von rund 12 Monaten eintreten. Entscheidungsgrundlagen für das weitere Vorgehen werden per Ende Mai 2007 erwartet.

PROJEKTZIELERGÄNZUNGEN - PROJEKTKORREKTUREN

Aufgrund des Volksentscheids zur QP WIB wurde der Projektauftrag 95002 Liegenschafts- und Baulandbewirtschaftung mit einem neuen Teilprojekt ‚Nutzung Areal Wegmatten‘ unter der Federführung der Hauptabteilung Tiefbau - Umwelt ergänzt. Diesbezügliche Beratungen sind im Gang. Eine Nutzungsvereinbarung mit dem FC Allschwil bezüglich des Elefantenackers steht vor der Unterzeichnung. Ebenso sind Abklärungen hinsichtlich des Aufbaus der Street-Soccer-Anlagen im Gang. Die diesbezüglichen politischen Entscheidungsprozesse sind noch nicht abgeschlossen.

Der Projektauftrag 95009 Feuerwehrgebäude (Ersatz Betriebsgebäude) wurde aufgrund einer grundlegenden Besprechung mit Vertretungen der Feuerwehrkommission und Angehörigen der Feuerwehr hinsichtlich der Organisation neu definiert.

Das Projekt verfügt seit Ende 2006 über eine Steuerungsgruppe (GP Dr. Anton Lauber, GR Saskia Schärer, GR Roman Meury, A. Stehlin, Präs. FW-Kommission) sowie drei Teilprojektgruppen. Diese verfolgen unterschiedliche Teilprojektziele; dies sind a) Projekt E+S, Kostenreduktion, b) Neubauprojekt (Zweckbaute mit evtl. Projekteinkauf, c) Totalsanierung mit allf. teilw. Neubauten. Die Gesamtprojektleitung obliegt GP Dr. Anton Lauber.

Der Projektauftrag 95056 ‚Tagesschule auf Primarschulstufe‘ ist seit anfangs 2006 aktiv.

Nachdem das Projekt 95055 Friedhof (Gemeinschaftsgrab, Urnenwand) erfolgreich abgeschlossen werden konnte, wird im neuen Projektauftrag 95057 ‚Friedhof; Gesamtkonzept – Gestaltung‘ auch die Thematik des zurückgestellten Bereichs ‚Urnengrab im Hain‘ wieder aufgenommen. Das neue Projekt wird ab 2007 aktiv. Die Projektverantwortung obliegt dem Departement Tiefbau – Umwelt.

Für die vom Einwohnerrat geforderte Beteiligung der Gemeinde Allschwil an den Aktivitäten der Euro 08 wurde der Projektauftrag 95058 Euro 08 eröffnet.

Ab 2007 werden im Weiteren die Projektaufträge 95059 Altersleitbild – Pflege und Betreuung im Alter sowie 95060 Harmonisierung Einwohnerregister aktiv werden.

DANK

Der Gemeinderat dankt an dieser Stelle den zahlreichen Personen, die sich im vergangenen Jahr mit grossem Engagement in den verschiedenen Behörden, Kommissionen und Arbeitsgruppen aktiv für die Interessen unserer Gemeinde eingesetzt haben. In diesem Zusammenhang müssen aber auch die unzähligen freiwilligen Helferinnen und Helfer erwähnt werden, die sich in den verschiedenen Organisationen und Vereinen betätigen und damit einen äusserst wertvollen Beitrag zur Entwicklung unseres Gemeinwesens leisten.

Schliesslich danken die Mitglieder des Gemeinderates allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, welche sich im verflossenen Jahr dafür eingesetzt haben, dass die Einwohnerinnen und Einwohner über optimale Dienstleistungen verfügen können.

GEMEINDERAT ALLSCHWIL

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident

Max Kamber, Gemeindeverwalter

Präsidialdepartement

Verwaltungsführung

Geschäftsbericht 2006

Vorsteher: Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident
Stellvertreterin: Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin



*Eine gute Regierung ist wie eine geregelte Verdauung.
Solange sie funktioniert, merkt man kaum etwas von ihr.*

Erskine Caldwell (1903-87, amerik. Schriftsteller / Journalist)

Dr. Anton Lauber

1. STANDORT- UND WOHNORTMARKETING – WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

„Allschwil zieht an“: So lautete das Motto des Unternehmertreffs, der am 8. Juni 2006 von der Stabsstelle Wirtschaftsförderung der Gemeindeverwaltung Allschwil organisiert und gestaltet wurde. 220 Vertreterinnen und Vertreter von Allschwiler Firmen sowie Behördenmitglieder folgten der Einladung und erlebten einen anregenden, unterhaltsamen Abend. Zudem wurden sie Zeugen der Verleihung des 1. Allschwiler Unternehmerpreises an die Firma Actelion Pharmaceuticals Ltd.

Am 23./24. September 2006 beteiligte sich die Gemeinde Allschwil mit einem Informationsstand an der Gewerbeausstellung „Top of Allschwil“.

Aus der sehr guten und intensiven Zusammenarbeit mit BaselArea (Wirtschaftsförderung beider Basel) resultierte im September 2006 die Grundsteinlegung zur 1. Bauetappe des *i-parc allschwil projekt 47* am Hegenheimerweg / Kreuzstrasse. Gleichzeitig wurden bereits die Vorbereitungen für die 2. Bauetappe im Zusammenhang mit der Standort-Evaluation eines grösseren Basler Life-Sciences-Unternehmens vorangetrieben.

Die Arbeitsgruppe Wirtschaftsförderung, bestehend aus Vertreter/innen von Unternehmen, Verbänden, Politik und Verwaltung, führte unter dem Vorsitz von Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber im Berichtsjahr zwei Sitzungen durch. Der Anlass im April stand im Zeichen der Nachwuchsförderung. Das Referat von Prof. Dr. Gerda Huber, Direktorin an der Hochschule für Life Sciences in Muttenz, konnte hierzu interessante Impulse geben. Im September 2006 durfte die Arbeitsgruppe Wirtschaftsförderung erstmals „auswärts“ tagen. Actelion Pharmaceuticals lud die Mitglieder zu einem Firmenrundgang ein. Das Referat von Dr. Walter Fischli zum Thema „Wachstumsstrategien“ gab einen interessanten Einblick in die Erfolgsgeschichte von Actelion.

Unter dem Vorsitz von Gemeindeverwalter Max Kamber traf sich die verwaltungsinterne Arbeitsgruppe Wirtschaftsförderung siebenmal zum Informationsaustausch über alle relevanten Themen (Quartierplanungen, Raumplanungsfragen, Firmenanfragen betr. Räumlichkeiten für Expansion, etc.). Diese interne Arbeitsgruppe besteht aus Mitarbeiter/innen der Bereiche Verwaltungsführung, Hochbau/Raumplanung sowie Wirtschaftsförderung/Standortmarketing.

Am 10. Mai und 22. November 2006 fanden die halbjährlich organisierten Informationsabende für Neuzuzüger/innen statt. Die vielen guten Rückmeldungen zeigen deutlich, dass diese Anlässe von den neuen Allschwiler/innen sehr geschätzt werden. Auch die Teilnahmequote ist steigend; am 22. November 2006 konnten erstmals über 120 Besucherinnen bzw. Besucher verzeichnet werden!

Dass Allschwil „anzieht“, zeigt sich auch an der jährlich steigenden Besucherzahl am Dreikönigsapéro. Der Anlass wurde im Berichtsjahr vom Trompetenensemble der Musikschule umrahmt.

2. TÄTIGKEITEN IN REGIONALEN GREMIEN

TRINATIONALE AGGLOMERATION BASEL TAB

Nach langer Vorbereitungszeit wird am 26. Januar 2007 der Trinationale Eurodistrict Basel (TEB) gegründet. Die Gründung des TEB basiert auf der jahrzehntelangen Zusammenarbeit in der Trinationalen Agglomeration Basel (TAB) zusammen mit bestehenden und bewährten Einrichtungen wie INFOBEST PALMRAIN und der Nachbarschaftskonferenz (NBK).

Die Statuten des TEB-Vereins wurden vor dem eigentlichen Gründungsakt in eine breite Vernehmlassung bei allen TAB-Mitgliedern, so auch bei der Gemeinde Allschwil, der trinationalen Einrichtung NBK, der INFOBEST PALMRAIN und dem RegioTriRhena-Rat gegeben. Anlässlich der ausserordentlichen TABMitgliederversammlung vom 24. November 2006 erfolgte die Genehmigung des definitiven TEB-Statuts. Aktuell sind die Statuten seit 1.1.2007 in Kraft.

Die Präambel situiert den TEB als Zusammenschluss der bisher bestehenden Einrichtungen TAB, NBK und INFOBEST PALMRAIN und nennt vier Hauptzielsetzungen:

- Den gemeinsamen europäischen Lebens- und Wirtschaftsraum in der Trinationalen Agglomeration Basel weiter zu stärken;
- Die Identifikation der Menschen mit diesem gemeinsamen Lebensraum zu fördern;
- Die demokratische Beteiligung der Bevölkerung in grenzüberschreitenden Angelegenheiten auszubauen und
- die seit Jahrzehnten erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und effektiver zu gestalten.

Die bisherigen Mitglieder des TAB-Vorstandes werden auch im TEB-Vorstand Einsitz nehmen. Durch die Erhöhung der Anzahl Vorstandsmitglieder von sechs auf acht soll ein zusätzlicher Sitz an die Regierung BL und einer an die Stadt Rheinfelden fallen. Als TEB-Vorstandsmitglieder sollen somit am 26.1.2007 gewählt werden:

Kanton Basel-Stadt:

Regierungsrätin B. Schneider / Regierungsrat Dr. G. Morin / Gemeindepräsident W. Fischer Riehen

Kanton Basel-Landschaft:

Regierungsrätin E. Schneider / Regierungsrat U. Wüthrich / Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber, Allschwil

Kanton Aargau:

Regierungsrat P. Beyeler, Gemeindepräsident F. Mazzi, Rheinfelden

Anlässlich ihrer Sitzung vom 14. November 2006 hat die Plenarversammlung der Nachbarschaftskonferenz (NBK), in welcher die Gemeinde Allschwil ebenfalls Mitglied ist, die Eingliederung der Nachbarschaftskonferenz in den TEB Districtsrat beschlossen. Infolgedessen wird die NBK unter der Bezeichnung "Districtsrat" Vereinsorgan des TEB. Dieser Districtsrat besteht aus 20 schweizerischen und 15 französischen sowie 15 deutschen Mitgliedern. Mitglieder können nur Personen sein, die bereits Inhaber eines allgemeinen politischen Mandats sind. Der Kanton Basel Landschaft wird gemäss Verteilschlüssel durch acht Vertreterinnen und Vertreter repräsentiert. Der Districtsrat wird vom Vorstand regelmässig

über alle Vereinstätigkeiten des TEB informiert und bei wichtigen Geschäften zu einer Stellungnahme eingeladen. Er kann Anträge und Stellungnahmen einbringen, sowie Resolutionen verfassen.

TAB: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit Allschwil (CH), Hégenheim und Bourgfelden (F)

Die in zahlreichen Seminaren und Arbeitsgruppen erarbeitete Machbarkeitsstudie der Trinationalen Agglomeration Basel (TAB) mit dem Titel „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit: Allschwil, Hégenheim und Bourgfelden“ vom 18.12.2007 zeigt Perspektiven der räumlichen Entwicklung zwischen dem Planungssperimeter Bachgrabengebiet und Flughafen EAP auf. Ziel der gut zweijährigen Arbeit war die Entwicklung einer Strategie zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit sowie die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere des linksufrigen Bachgrabengebietes auf französischer Seite.

Im Rahmen des Schlussberichts zur Konzeptstudie vom 18.12.2006 konnten übergeordnete Ziele in den Bereichen Siedlung/Landschaft, Wirtschaft, Mobilität und Kooperation formuliert werden. Aus französischer Sicht steht eine wirtschaftliche Anbindung an das Life Science Cluster im linksübrigen Bachgrabengebiet im Vordergrund. Aus schweizerischer Sicht wurde das Augenmerk im Besonderen auf die künftige Verkehrsentwicklung im linksufrigen Bachgrabengebiet (i-parc) gelegt (Anbindung über Route de Carrières und die RD 105 an die A35/A3). Ziel war und ist es, eine multimodale, grenzüberschreitende Erreichbarkeit zu gewährleisten, insbesondere mit einer Anbindung an die bestehenden Transportsysteme der Region unter gleichzeitiger Stärkung des öffentlichen Verkehrs. Dabei gilt es vorab, die unbestrittenermassen grossen Verkehrsprobleme in den Zentren der drei Gemeinden zu bewältigen.

Damit ist der berühmte erste Schritt in die richtige Richtung hin zu einer prospektiven grenzüberschreitenden Zusammenarbeit getan, aber auch nicht mehr. Weitere Erkenntnisse wird erst die auf die 1. Jahreshälfte 2007 erwartete „Verkehrsstudie Gewerbegebiet Bachgraben Allschwil“ bringen.

INFOBEST PALMRAIN

Die trinationale Informations- und Beratungsstelle INFOBEST PALMRAIN für grenzüberschreitende Fragen zählt aktuell 30 Träger-Institutionen, zu denen auch die Gemeinde Allschwil gehört, welche gleichzeitig im Aufsichtsgremium Einsitz nimmt. INFOBEST PALMRAIN gewährt den direkten Kontakt zur Bevölkerung, zu Wirtschaft, Wissenschaft und Fachverwaltungen auf kantonaler sowie kommunaler Ebene. An der Sitzung vom 18. Mai 2006 beschloss das Aufsichtsgremium auf der Basis der Ergebnisse eines Audits die INFOBEST PALMRAIN im bisherigen Rahmen weiterzuführen. Damit wird die INFOBEST PALMRAIN in den TEB per 1. Januar 2007 integriert werden und ihr bisheriges Leistungsangebot beibehalten.

REGIO TRIRHENA

Der RegioTri Rhena-Rat, welchem Allschwil ebenfalls angehört, versteht sich als kommunal politisch geprägte trinationale Kooperationsplattform. Der Rat beschäftigt sich massgeblich mit der Entwicklung des Tourismus und der Wirtschaftsförderung im Rahmen des (EU-)Interregprojektes 111. An der Plenarversammlung vom 18.9.2006 wurden mit Blick auf die bevorstehende Gründung des TEB die folgenden vier Szenarien für die künftige Tätigkeit der Regio TriRhena skizziert:

1. Status quo: Der RegioTriRhena-Rat bewahrt seinen heutigen Vereinsmodus und seinen Sitz im Maison TRIRHENA Palmrain.
2. Thematische Konzentration:
Der RegioTriRhena-Rat entwickelt sich vom politischen Rat zur thematisch konzentrierten Austauschplattform für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft am südlichen Oberrhein.
3. Grenzüberschreitende Wirtschaftskooperation:
Der RegioTriRhena-Rat e.V. wird aufgelöst und die trinationale Koordinationsaufgabe wird bei einem Mitglied, z.B. einer Handelskammer angesiedelt.

4. Der RegioTriRhena-Rat wird ersatzlos aufgelöst.

Angesichts der Neuordnung der grenzüberschreitenden Strukturen auf dem Gebiet der RegioTriRhena durch das Entstehen des TEB beschloss der RegioTriRhena-Rat Szenario 2., nämlich die Bewahrung des Vereinsstatus und Entwicklung hin zu einer thematisch konzentrierten Austauschplattform für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft am südlichen Oberrhein. Ende 2009 soll eine Überprüfung dieses Beschlusses stattfinden.

VORORTSKONFERENZ (VOK)

Die Vorortskonferenz, bestehend aus Gemeinden von Aesch bis Allschwil. Er beschäftigte sich im Berichtsjahr vorab mit den Auswirkungen der Euro 08 auf die Gemeinden, den Beiträgen der Gemeinden an städtische Zentrumsleistungen sowie der Möglichkeit einer erweiterten Zusammenarbeit anderer Baselbieter Gemeinden mit der Stiftung Kabelnetz (cablecom, TeleBasel). Zurzeit ist auf Seiten des Kantons Basellandschaft einzig die Gemeinde Allschwil durch das Gemeindepräsidium im Stiftungsrat der Stiftung Kabelnetz vertreten.

Schliesslich wählte die VOK ihre vier Vertreterinnen und Vertreter im neu gebildeten Districtsrat des Trinationalen Eurodistricts (TEB). Es sind dies Peter Vogt, Gemeindepräsident Muttenz, Urs Hintermann, Gemeindepräsident Reinach, Charles Simon, Gemeindepräsident Binningen, Dr. Heiner Schärler, Gemeindepräsident Therwil. Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident Allschwil, wird im TEB-Vorstand Einsitz nehmen.

VERBAND DER GEMEINDEPRÄSIDENTINNEN UND GEMEINDEPRÄSIDENTEN DES KANTONS BASEL-LANDSCHAFT (VGP)

Die Mitgliederversammlung 2006 beschäftigte sich mit dem Thema "Milizsystem in den Gemeinden - quo vadis?" und setzte sich mit einem äusserst interessanten Referat von Dr. Reto Steiner, Kompetenzzentrum für public management der Universität Bern, auseinander.

STIFTUNGSRAT ALLSCHWILER WOCHENBLATT

Die Allschwiler Wochenblatt AG erfuhr eine massgebliche Reorganisation. Das Geschäftsjahr wurde per 30. Juni 2006 abgeschlossen und im Anschluss daran die Rechnung revidiert. Per 1. Juli 2006 wurden anschliessend die Allschwiler Wochenblatt AG, die Schnell AG (Herausgeberin Muttenzer und Pratteler Anzeiger) sowie die Reinacher Zeitung Verlags AG in die neue Aktiengesellschaft "LR Lokalzeitungen Verlags AG" fusioniert. Per 6. Juli 2006 gab das Allschwiler Wochenblatt (AWB) seinen Geschäftssitz in Allschwil auf und zog am Sitz der LR Lokalzeitungen Verlags AG in Birsfelden, Hauptstrasse 84, ein. Als Standort des AWB vor Ort in Allschwil konnten Räumlichkeiten bei der Spitex an der Baslerstrasse 247 angemietet werden.

Im Verwaltungsrat der neuen LR Lokalzeitungen Verlags AG nehmen Einsitz: Dr. Ruth Ludwig-Hagemann, Präsidentin, Jürgen Hunscheidt, Konzernfinanzen BaZ, Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident Allschwil, Beat Stingelin, Gemeindepräsident Pratteln, Peter Vogt, Gemeindepräsident Muttenz, Walter Ziltener, Gemeindeverwalter Birsfelden, und Roland Steffen. Als Geschäftsführer arbeitet Patrick Wehrli. Monika Sommer amtiert als Verlagsleiterin. Als Redaktorinnen resp. Redaktoren arbeiten Regula Vogt-Kahler (60%), Reto Wehrli (20%) und Claus Perrig (20%).

3. POLITISCHE RECHTE - WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN

Am 23. März 2006 hat der Landrat die Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte beschlossen; die Inkraftsetzung erfolgte per 1. August 2006. Am 4. Juli 2006 hat der Gemeinderat die aus der Gesetzesrevision erforderlich werdenden kommunalen Massnahmen beschlossen und deren Umsetzung angeordnet.

Mit dieser Gesetzesrevision sind für die Parteien, die Stimmberechtigten und die Gemeindeverwaltung wesentliche Änderungen eingetreten.

So müssen für kantonale Wahlen die Wahlvorschläge neu bei der Landeskanzlei und für kommunale Wahlgänge bei der Gemeindeverwaltung eingereicht werden. Die Wahlvorschläge aller Proporzwahlen müssen neu am 62. Tag vor dem Wahlgang (bisher am 48. Tag) eingereicht werden.

Für die Stimmberechtigten wurde die Möglichkeit der brieflichen Stimmabgabe an den Briefkästen der Gemeinde bis 17.00 Uhr des Tages vor dem Abstimmungs- oder Wahltag (Samstag) erweitert.

Von der Möglichkeit einer Reduktion der Öffnungszeiten der Wahllokale auf eine Stunde oder einer Urnenschliessung am Sonntag um 11 Uhr – wie dies gemäss den neuen Bestimmungen möglich wäre – hat der Gemeinderat Abstand genommen. Ebenso wurden an der personellen Besetzung des Wahlbüros sowie an der Zahl der Wahllokale keine Änderungen vorgenommen.

Zudem wurde die Aufsicht über das Wahlbüro dem Gemeindepräsidium unterstellt. Diese Neuregelung findet in § 106 des Gemeindegesetzes ihren Niederschlag.

Somit ist künftig die Durchführung kommunaler Wahlen ausschliesslich Sache der Gemeinde. Dieser Prozess beginnt bei der ‚Anordnung der Wahlen‘ und der Festlegung der einzuhaltenden Fristen durch den Gemeinderat bis hin zur Erwerbung der Wahlergebnisse durch den Gemeinderat (bei der Wahl der Mitglieder des Einwohnerrates) bzw. die Geschäftsprüfungskommission (bei der Wahl der Mitglieder des Gemeinderates und des Gemeindepräsidiums). Die hierfür erforderliche Kompetenzdelegation an die Geschäftsprüfungskommission hat der Einwohnerrat am 13. September 2006 im Rahmen einer Teilrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates gutgeheissen.

Durch die Übernahme der verschiedenen neuen Aufgaben entsteht der Verwaltung zweifelsohne ein administrativer Mehraufwand, der durch verschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewältigt werden muss.

4. VERWALTUNGS- UND ORGANISATIONSREGLEMENT – TEILREVISION

Im Zusammenhang mit der Neuregelung der Aufgabenteilung zwischen Geschäftsprüfungs- und Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, welche der Einwohnerrat am 19. Januar 2005 beschlossen hatte, wurden die erforderlichen Anpassungen des Verwaltungs- und Organisationsreglementes der Gemeinde Allschwil (VOR) in Aussicht gestellt. Mit Bericht 3616 unterbreitete der Gemeinderat die entsprechende Teilrevision des VOR. Nebst der Regelung des Berichtswesen wurden gleichzeitig Anpassungen vorgenommen, welche durch das neue Bildungsgesetz vom 6. Juni 2002, das seit 1. Januar 2004 revidierte Gemeindegesetz, die neue Sozialhilfegesetzgebung und die per 1. August 2004 revidierte Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde Allschwil erforderlich wurden. Diese Teilrevision des VOR hat das Parlament am 13. September 2006 beschlossen.

5. NEW PUBLIC MANAGEMENT: ERKENNTNISSE AUS DEM FORSCHUNGSSEMINAR ‚GOVERNANCE UND DEMOKRATIE‘

Im Jahr 2003 hat die Gemeindeverwaltung Allschwil flächendeckend Instrumente des New Public Managements (NPM) eingeführt. Seither verfügen sämtliche Departemente bzw. Hauptabteilungen über Leistungsaufträge in denen die ihnen übertragenen Kernaufgaben definiert sind. Ziel von NPM oder WoV (wirkungsorientierte Verwaltungsführung) ist eine effizientere Verwaltung durch Einführung betriebswirtschaftlicher Effizienzkriterien. Gekennzeichnet ist NPM durch Begriffe wie Leistungsaufträge, Kostenrechnung, Controlling, Projektmanagement, flache Hierarchien, Kundenorientierung, Zielvereinbarungen. In der Gemeindeverwaltung Allschwil sind zahlreiche dieser Instrumente produktiv im Einsatz. Vergleiche mit anderen Gemeinden zeigen, dass das Führungsmodell der Gemeinde Allschwil als zeitgemäss und zweckdienlich bewertet werden kann.

Entsprechend hat mich denn auch die von Basil Kroepfli und Tobias Gees verfasste Seminararbeit zum Thema NPM interessiert. Diese Arbeit wurde im Rahmen des Forschungsseminars ‚Governance und Demokratie‘ der Uni Zürich, Institut für Politikwissenschaft, erarbeitet. Die sehr umfassende und vielschichtige Seminararbeit geht von der Fragestellung aus ‚Welche Auswirkungen hat das New Public

Management auf die Beziehung zwischen der Verwaltung und den gewählten Instanzen?' Anhand einer ‚Vorher – Nachher‘ – Untersuchung und am Beispiel der Gemeinde Allschwil wird aufgezeigt, was für Auswirkungen die Einführung von NPM aus demokratietheoretischer Sicht hat, und ob sich die Einführung von NPM gelohnt hat.

Kroepfli / Gees kommen zusammenfassend u.a. zu folgenden Schlussfolgerungen: (Die Zustimmung zum teilweisen Nachdruck aus der Seminararbeit liegt vor.)

- „Wenn eine Gemeindeverwaltung nach dem NPM-Prinzip strukturiert ist, dann verfügt die Legislative über mehr Einfluss im politischen Prozess. Nach den Aussagen der befragten Personen hat also sowohl die demokratische Legitimation wie auch der Einfluss seitens der Legislative zugenommen. Allerdings muss eingeschränkt werden, dass der Einfluss nicht in der Form zugenommen hat, in der dies auch tatsächlich möglich wäre; die vorhandenen Möglichkeiten werden schlicht zu wenig angewandt.“
- „Es lässt sich aufgrund der erhobenen Daten nicht feststellen, ob der Arbeitsaufwand der Verwaltung zugenommen hat oder nicht. Es liegen mehrere, sich widersprechende Aussagen vor. Vereinfacht kann gesagt werden, dass die Akzeptanz von NPM parallel mit der Hierarchiestufe zunimmt. Für einen Gemeinderat, einen Gemeindeverwalter oder einen Hauptabteilungsleiter lassen sich durch NPM wichtige Erkenntnisse gewinnen; es lässt sich besser führen. Für einen Sachbearbeiter oder ‚einfachen Angestellten‘ dagegen bedeutet NPM in erster Linie mehr Aufwand. Die grossen Zusammenhänge sind auf dieser Stufe, trotz gegenteiligen Beteuerungen, wohl nicht immer ersichtlich. Der kleinste gemeinsame Nenner ist höchstens, dass der Aufwand im mindesten geringfügig zugenommen hat.“
- „Wenn eine Gemeindeverwaltung nach dem NPM-Prinzip strukturiert ist, dann ergibt sich für die Legislative ein höherer Arbeitsaufwand. Die befragten Parlamentarier erklärten unisono, dass durch NPM ein beträchtlicher Mehraufwand entsteht. Das Studium der Leistungsaufträge und das Verfassen allfälliger Leistungspostulate sind sehr zeitaufwändig. Die Möglichkeiten, die durch die neu geschaffene Transparenz sowie durch das Instrument des Leistungspostulats entstanden sind, werden gar nicht richtig genutzt, weil schlicht die Zeit fehlt, um sich vertieft mit einer Thematik auseinanderzusetzen.“

Schliesslich ziehen Kroepfli / Gees folgendes positives Fazit:

- „Die Einführung von NPM hat sich in Allschwil positiv ausgewirkt. Die neue Verwaltungskultur wird gelebt, und die vorhandene Transparenz erlaubt es nicht nur allen Parlamentariern, sondern auch allen Einwohnerinnen und Einwohnern von Allschwil, Einblick in die Aufgaben und Tätigkeiten der Gemeinde Allschwil zu nehmen. Dass der Einwohnerrat noch relativ verhalten mittels Leistungspostulaten direkten politischen Einfluss ausübt, hat neben zeitlichen Gründen, wohl auch damit zu tun, dass Allschwil das Instrument des Globalbudgets nicht eingeführt hat und es nach wie vor möglich ist, mittels Budgetpostulaten zu steuern.
- Zurückkommend auf die Annahme, dass es bei Governance ‚um die politische Steuerung der Gesellschaft geht‘, stellen wir fest, dass das New Public Management aus governance-theoretischer Sicht durchaus ein valabler Weg ist, um die politische Steuerung zu verbessern.“

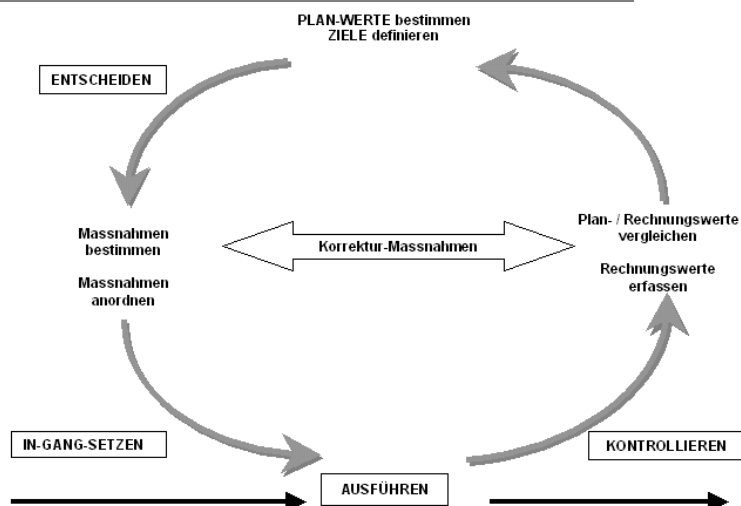
Diese Erkenntnisse haben mich gefreut und in meiner Auffassung bestärkt, wonach Allschwil über geeignete und zeitgemässe Führungsinstrumente verfügt. NPM betrachte ich als einen sich stets weiterentwickelnden Prozess, in den die sich abzeichnenden Veränderungen und Anforderungen ihren Niederschlag finden müssen.

6. VERWALTUNGSCONTROLLING – POLITISCHES CONTROLLING

Das seit 2004 ausgebaute und optimierte Führungsinstrumentarium, die Controllingabläufe und das damit verbundene Berichtswesen (Reporting) haben sich auch im Berichtsjahr 2006 bewährt. Heute darf mit Genugtuung festgestellt werden, dass die verschiedenen Abläufe auf den unterschiedlichen Führungsebenen etabliert sind. Zusammenfassend präsentiert sich folgende Übersicht:

Planung (Soll) Festlegung von Zielvorgaben Instrument	Rechnung (Ist) Messung der Zielerreichung Berichtsform	Zeitintervall für Berichterstattung
Strategische Entwicklungs- und Massnahmenplanung bestehend aus 1. Finanzstrategie und 2. Entwicklungs- / Leistungsstrategie Planungszeitraum ca. 6 Jahre	Bilanz zur Strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung	Alle 4 Jahre durch Gemeinderat mit Berichterstattung an den Einwohnerrat
Gemeinderätliche Projekte , basierend auf der Grundlage des Strategiepapiers; Individueller Planungszeitraum	Projektberichte der Projektleiter/in über Fortschritt und Aufzeigen allfälliger Abweichungen und Korrekturen	Halbjährliche Berichterstattung seitens Hauptabteilungsleiter/in an Gemeinderat (Juni / Dezember)
Jahresziele der Hauptabteilungen (kurzfristige departementale Projekte)	Berichte der Hauptabteilungsleiter/in zum Stand der Zielerreichung	Halbjährliche Berichterstattung seitens HAL an Gemeinderat (Juni / Dezember)
	Geschäftsbericht des Gemeinderates zur Entwicklung in den Departementen unter Berücksichtigung Strategiepapier, Projektberichte und Jahreszielerreichung	Jährlich im Juni durch Gemeinderat an den Einwohnerrat
Finanz- und Investitionsplan ; Planungszeitraum 4 Jahre	Rollende Planung, laufende Auf- und Verarbeitung neuer übergeordneter finanzrelevanter Entwicklungen	Halbjährliche Berichterstattung an den Einwohnerrat im Zusammenhang mit Rechnung und Budget
Voranschlag Laufende Rechnung und Investitionsrechnung	Zwischenabschluss 1 Finanzrechnung Stand 30.06., > 80%-Kreditausschöpfung Zwischenabschluss 2 Finanzrechnung Stand 30.09., Kritische Konti Jahresrechnung (Rechnungsabschluss per 31.12.)	Ende August durch HAL mit Jahreserwartungswert und allf. Massnahmen Anfangs November durch HAL mit Massnahmen Jährliche Rechnungsablage im Juni durch Gemeinderat an den Einwohnerrat
Leistungsaufträge der Hauptabteilungen	Leistungsberichte der Hauptabteilungen inkl. Kosten- / Leistungsrechnung und daraus resultierender Massnahmenkatalog	Jährlich per Ende Dezember durch HAL an Gemeinderat zhd. Einwohnerrat
Stellenplan (bewilligte Soll-Stellen) der Gemeindeverwaltung	Laufende Nachführung aufgrund eintretender Mutationen	Jährliche Berichterstattung an Gemeinderat und Personal- und Besoldungskommission durch Gemeindeverwalter.

Die vorstehend aufgeführten Instrumente sind in den klassischen Führungskreislauf eingebaut. Dieser hat zum Zweck, die Aktivitäten, Massnahmen und Arbeitsprozesse, welche zur Erreichung der finanziellen, qualitativen, quantitativen und zeitlichen Zielsetzungen ausgelöst wurden, zu begleiten um nötigenfalls rechtzeitig Korrekturen einleiten zu können.



6.1 STRATEGISCHE ENTWICKLUNGS- UND MASSNAHMENPLANUNG 2005 – 2010 FINANZPLANUNG

Die Strategische Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2005 – 2010 sowie die dazugehörige Finanzstrategie bildeten auch im Berichtsjahr 2006 die Grundlage für die Geschäftstätigkeit des Gemeinderates und der Departemente. Auch wenn im Berichtsjahr die Vorgaben – insbesondere im Bereich der finanzstrategischen Zielsetzungen – nicht vollumfänglich erreicht werden konnten, so gibt dies aus meiner Sicht noch keinen Anlass für eine grundlegende Überarbeitung dieser Vorgaben. Die verschiedenen Zielsetzungen der Finanzstrategie verfolgen einen gesunden und ausgeglichenen Finanzhaushalt im öffentlichen Interesse. Die Indikatoren ‚gesund‘ und ‚ausgeglichen‘ können nicht auf beliebige Art und Weise und je nach Bedürfnislage interpretiert werden. Diese Beurteilung ergibt sich aus kantonally vorgegebenen Kennzahlen, welche in einer gewissen Bandbreite erreicht bzw. eingehalten werden müssen. Unter diesem Blickwinkel wird klar, dass eine grundlegende Überarbeitung der aktuellen Finanzstrategie nur dann sinnvoll und vertretbar ist, wenn sich die Rahmenbedingungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite wesentlich und nachhaltig verändern.

Aufgrund der intensiven Beratungen im Verlauf des Berichtsjahres gehe ich davon aus, dass bis Sommer 2007 erste Erkenntnisse aus den eingeleiteten und bevorstehenden Gesetzesänderungen sowie der kommunalen Wirtschaftsentwicklung vorliegen werden.

Entsprechend wird der Gemeinderat im August 2007 zusammen mit den Hauptabteilungsleiter/innen einen Workshop zu den Themenbereichen ‚Strategische Entwicklungs- und Massnahmenplanung‘ sowie ‚Finanzstrategie‘ durchführen. Dabei soll auch Bilanz zu den Zielsetzungen 2005 – 2010 gezogen werden.

6.2 PROJEKTE DES GEMEINDERATES

Der Fortschritt der gemeinderätlichen Projekte wurde im Rahmen von zwei Berichterstattungen durch den Gemeinderat beurteilt. Dabei wurden – wo angezeigt - unter Würdigung der veränderten Rahmenbedingungen die erforderlichen Anpassungen hinsichtlich der Zielerreichungen vorgenommen.

Gleichzeitig wurde geprüft, ob die verfolgten Zielsetzungen im Einklang zur ‚Strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung‘ stehen und in welchem Umfang zu welchem Zeitpunkt die verschiedenen Projekte allenfalls eine direkte Auswirkung auf die Finanzplanung haben werden. Zu diesem Zwecke erfolgte auch die Erhebung des in den Departementen bis heute bekannten Investitionsbedarfs für den Zeitraum von 2008 bis 2020.

Die Anwendung des Instruments des ‚gemeinderätlichen Projektes‘ nimmt an Bedeutung zu. Die neuen Aufgabenstellungen sind vielschichtig und komplex. Entsprechend kann in den wenigsten Fällen die Lösung innerhalb eines Departements erarbeitet werden. Mit der ‚Projektarbeit‘ wird die erforderliche departementsübergreifende Tätigkeit verlangt, gefördert, unterstützt und auch umschrieben; die Verantwortlichkeiten sind klar geregelt.

Über den Stand der gemeinderätlichen Projekte per 31. Dezember 2006 wird im Kapitel ‚Gemeinderat‘ sowie den Departementsberichten ausführlich orientiert.

6.3 JAHRESZIELE DER DEPARTEMENTE / HAUPTABTEILUNGEN

Den Jahreszielen der Departemente bzw. Hauptabteilungen kommt eine bedeutende Rolle zu. Diese dienen der Weiterentwicklung des Dienstleistungsangebots und der Verwaltungsorganisation. Die Jahresziele ergänzen einerseits die Zielvorgaben der Projektaufträge des Gemeinderates und andererseits die Vorgaben der Leistungsaufträge der Hauptabteilungen.

Im Berichtsjahr standen in den Hauptabteilungen insgesamt 41 Jahresziele in Bearbeitung. Hiervon konnten 32 (78 %) im Sinne der definierten Zielsetzungen erreicht und damit erledigt werden. Neun Jahresziele (22 %) wurden per 31. Dezember 2006 noch als pendent bezeichnet und werden im Jahr 2007 weiterverfolgt. In fünf Fällen waren die übergeordneten Bedingungen zur Zielerreichung noch nicht erfüllt. In einem Fall war die Umsetzung zufolge des fehlenden Budgetkredits nicht möglich, und drei Jahresziele mussten schliesslich aufgrund neuer Aufgabenpriorisierungen sowie nicht ausreichender Personalressourcen ins Folgejahr übertragen werden.

6.4 LEISTUNGSBERICHTE / KOSTEN- UND LEISTUNGSRECHNUNG

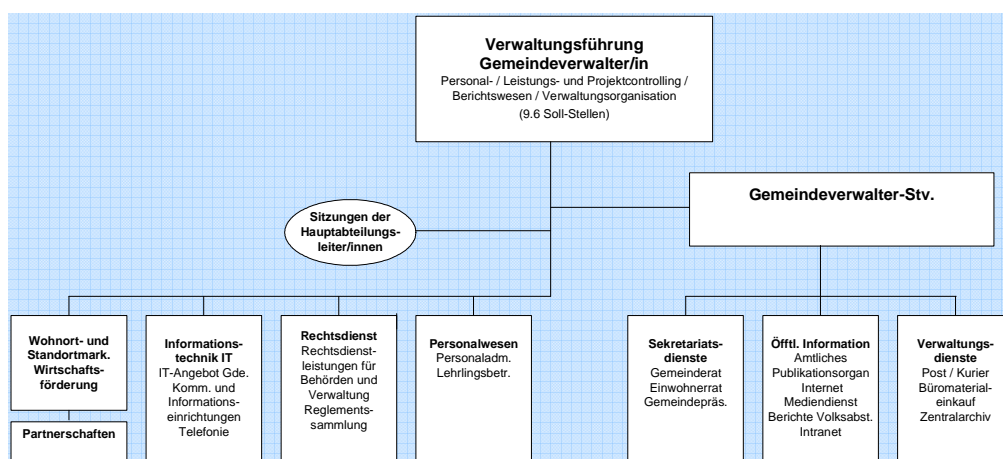
Die Aufbereitung der Leistungsberichte pro 2005 sowie der Abschluss der Kosten- / Leistungsrechnungen 2005 erfolgten im Sinne der Empfehlungen der Geschäftsprüfungskommission bzw. Finanz- und Rechnungsprüfungskommission. Die beiden Kontrollorgane stellten dabei fest, dass ihre Forderungen und Vorgaben erfüllt wurden. Entsprechend werden die Berichte pro 2006 gemäss diesen Standards aufbereitet.

7. REORGANISATION DER VERWALTUNGSFÜHRUNG

Basierend auf der Stellenbesetzung bei der Leitung der Hauptabteilung Finanzen – Steuern konnte das Anforderungsprofil sowie der Stellenbeschrieb für die per Mitte 2007 neu zu besetzenden Stelle des Gemeindeverwalters bzw. der Gemeindeverwalterin erarbeitet werden. Dabei wurde darauf geachtet, dass sich die beiden Stellenprofile hinsichtlich Ausbildung und praktischer Erfahrung auf sinnvolle Weise ergänzen.

Basierend auf diesen Grundlagen beauftragte der Gemeinderat einen Headhunter mit der Stellenausschreibung und der Evaluation der zu erwartenden Bewerbungen. Per Ende Berichtsjahr konnten erste viel versprechende Vorstellungsgespräche geführt werden. Der Gemeinderat geht davon aus, dass die Wahl eines Nachfolgers bzw. einer Nachfolgerin im Verlauf des Monats Januar 2007 erfolgen kann.

Der Austritt der langjährigen Gemeinderatssekretärin per 31. Oktober 2006 wurde gleichzeitig zum Anlass genommen, die Organisation innerhalb der Verwaltungsführung zu überprüfen und zu optimieren. Die vom Gemeinderat beschlossene Reorganisation wird etappenweise umgesetzt und per Mitte 2007 abgeschlossen.



Die endgültige Aufgabenverteilung ergibt sich aus dem obigen Organigramm, welches den Soll-Zustand per Mitte 2007 abbildet.

EIN BLICK IN DIE ZUKUNFT

Bereits anfangs 2007 können nach knapp einjähriger Bauzeit die Sportanlage ‚im Brüel‘ und im August 2007 das dazugehörige Naturrasenspielfeld in Betrieb genommen und der Öffentlichkeit übergeben werden.

Im Mai 2007, wird die lang erwartete Eröffnung des neuen Begegnungszentrums – Robinsonspielplatz am Hegenheimermattweg stattfinden. Ich bin überzeugt, dass diese beiden Ereignisse ‚Meilensteine‘ in der Entwicklung unserer Gemeinde darstellen werden, denn sie decken echte Bedürfnisse unserer Einwohnerschaft ab und tragen damit wesentlich zur Steigerung unserer Wohn- und Lebensqualität bei. Im Sommer 2007 wird das Kapitel ‚Überschwemmungen‘ mit der Fertigstellung des Hochwasserschutzes im ‚Mühlitäl‘ seinen Abschluss finden. Damit nehmen die regelmässig wiederkehrenden Befürchtungen und Ängste vor Wasserschäden ihr lang ersehntes Ende.

Zweifellos ist auch die am 1. Januar 2007 in Kraft tretende Steuerreform für natürliche Personen als positive Neuerung zu betrachten, denn sie bringt für zahlreiche Einwohnerinnen und Einwohner eine willkommene finanzielle Entlastung. Auch dies trägt nach meinem Dafürhalten zur Verbesserung der Lebensqualität bei.

Dass das Geniessen dieser ‚schönen Momente‘ nicht in einem euphorischen Höhenflug endet, dafür sorgen zweifelsohne die anstehenden Herausforderungen. Im Zentrum steht weiterhin die Beibehaltung bzw. Erreichung eines ausgeglichenen und gesunden Gemeinde-Finanzhaushalts trotz bereits beschlossener respektive noch bevorstehender Steuergesetzrevisionen. Auch wenn heute die gute kommunale Wirtschaftsentwicklung, die ansteigende Einwohnerzahl und die zu erwartenden neuen Arbeitsplätze im linksufrigen Bachgrabengebiet positive Prognosen zulassen, so muss doch klar festgestellt werden, dass derzeit noch viele finanzrelevante Entwicklungen und ihre Auswirkungen noch nicht endgültig abgeschätzt werden können. Ich denke dabei an die Unternehmensbesteuerung, den neuen Finanzausgleich und die Aufgaben- bzw. Lastenverteilung zwischen Bund, Kanton und Gemeinden. Mit diesen für Allschwil sehr wichtigen Themen und den zahlreichen Vorhaben, die Allschwil in den kommenden Jahren realisieren möchte, wird sich der Gemeinderat im Rahmen des schon erwähnten Workshops Ende August 2007 intensiv auseinandersetzen.

Ich bin bereit, die bevorstehenden schönen Momente zu geniessen, und ich bin auch bereit, zusammen mit meinen Gemeinderatskolleginnen und –kollegen und den Mitarbeitenden der Verwaltung die Herausforderungen der kommenden Jahre anzunehmen.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident

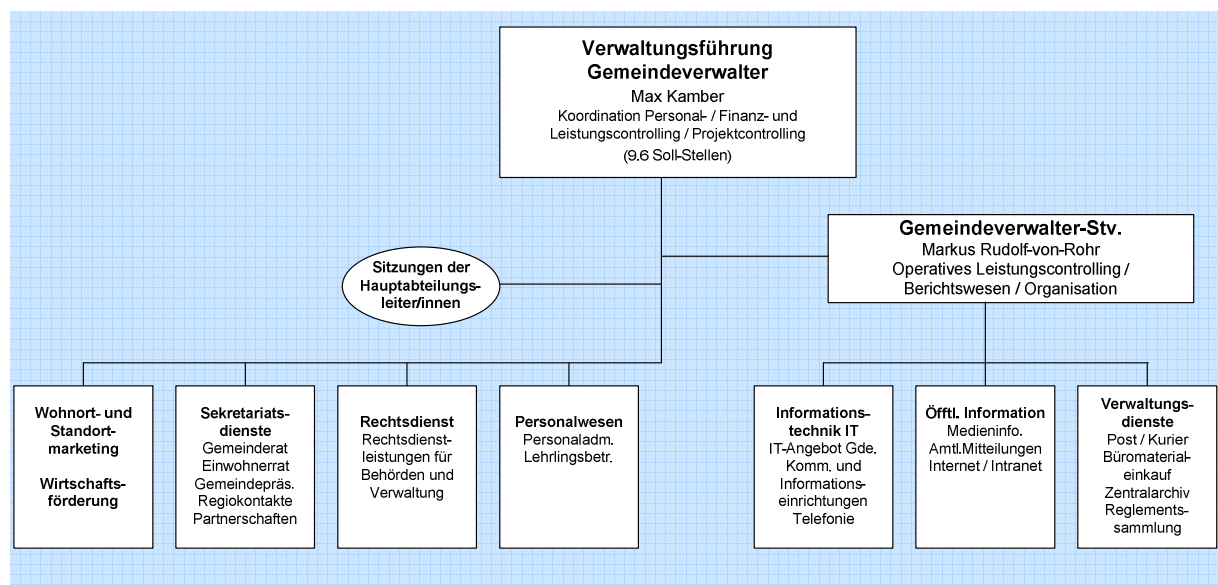
LEISTUNGS-AUFTRÄGE DES PRÄSIDENTIALDEPARTEMENTS (VERWALTUNGSFÜHRUNG)

Dem Präsidialdepartement (Verwaltungsführung) sind folgende Leistungsaufträge der Verwaltung zugeordnet:

- 165 Rechtsdienst / Unentgeltliche öffentliche Rechtsberatung
- 170 Personaldienstleistungen
- 175 Standort- und Wohnortmarketing – Wirtschaftsförderung
- 191 Parlaments- und Sekretariatsdienste
- 192 Information – Öffentlichkeitsarbeit
- 193 Informationstechnik IT
- 194 Interne Verwaltungsdienste
- 195 Partnerschaften

Sämtliche Leistungsaufträge bzw. –berichte stehen auf www.allschwil.ch > Die Gemeinde informiert > Gemeindeentwicklung zur Verfügung

ORGANIGRAMM PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT; STAND 31.12.2006



Finanzen – Steuern

Geschäftsbericht 2006

Vorsteherin: Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Stellvertreterin: Saskia Schärer, Gemeinderätin



*Ist das nötige Geld vorhanden, ist das Ende meistens gut.
Bertold Brecht (1898 – 1956)*

Nicole Nüssli-Kaiser

Die Aufzeichnung und Nachvollziehbarkeit einer möglichst umfassenden und aussagekräftigen Entwicklung des Gemeindefinanzhaushalts in einem Zeithorizont von rund vier bis fünf Jahren ist eine der wichtigsten Aufgaben, welche im Departement Finanzen – Steuern wahrgenommen werden muss. Die daraus resultierenden Informationen sind wesentliche Führungs- und Entscheidungskriterien der Departemente bzw. der Hauptabteilungen. Sie dienen aber auch dem Parlament zur Entscheidungsfindung bei der Beratung anstehender Geschäfte mit einmaligen oder regelmässig wiederkehrenden Kostenfolgen. Das Berichtsjahr war geprägt von verschiedenen beschlossenen und geplanten Gesetzesänderungen, welche die Erfüllung dieser Kernaufgabe wesentlich erschwerten und die Berechnungen mit entsprechenden Unsicherheitsfaktoren belasteten. Auf diese von der Gemeinde kaum beeinflussbaren

1. RAHMENBEDINGUNGEN

möchte ich nachfolgend kurz eingehen.

1.1 STEUERREFORM PER 1. JANUAR 2007 FÜR NATÜRLICHE PERSONEN

Die relevanten Faktoren der per 1. Januar 2007 in Kraft tretenden Steuergesetzrevision im Bereich der Natürlichen Personen sind: Neuer Einheitstarif für alle Steuerpflichtigen mit Vollsplitting für Ehepaare; Änderung Kinderabzug; Drittbetreuungskostenabzug; Erhöhung Eigenmietwert; Entfall Mietkostenabzug; Versicherungsabzug und Rentner-Abzug. Gemäss den eingehenden Berechnungen schätzt der Gemeinderat den zu erwartenden Ertragsausfall auf rund CHF 1,7 Mio. Dieser mögliche Ertragsausfall sollte – wird den Berechnungen des Kantons gefolgt – durch die eingeleiteten Massnahmen, wie Einführung des neuen Lohnausweises, Pflicht zur Einreichung des Lohnausweises an die kantonale Steuerbehörde und unter Würdigung des derzeit freundlichen Wirtschaftswachstums kompensiert werden können. Diese Annahmen basieren auf den Berechnungen des Kantons, wonach die gesamte Steuerrevision im Bereich der Natürlichen Personen schlussendlich eine Nullsummen-Rechnung ergeben soll.

1.2 REFORM DER UNTERNEHMENSBESTEUERUNG

Die in Beratung stehende Revision der Unternehmensbesteuerung soll per 1. Januar 2008 in Kraft treten. Aufgrund der vorgenommenen Berechnungen muss davon ausgegangen werden, dass die Gemeinde Allschwil einen Ertragsrückgang bei der Kapitalsteuer der Juristischen Personen im Umfang von rund CHF 500'000.00 bis CHF 700'000.00 in Kauf nehmen muss. Dies ergibt sich aufgrund der neuen Bemessungsart des Kapitals der Juristischen Personen und durch die Senkung des Steuersatzes von 5

auf 2,5 %. Dieser Ausfall entspricht in etwa einem Viertel des bisherigen Ertrags aus der Kapitalbesteuerung. Diese Mindereinnahmen werden kaum durch Budgeteinsparungen aufgefangen werden können. Eine Kompensation dieser Ausfälle durch eine allfällige Steuererhöhung für die natürlichen Personen kommt für den Gemeinderat aufgrund seiner finanzstrategischen Zielsetzungen nicht in Frage; diese sieht bekanntlich u.a. bis ins Jahr 2010 die Beibehaltung des bisherigen Steuerfusses vor.

Der Gemeinderat ist indessen zuversichtlich, dass aufgrund der erfreulichen Unternehmensentwicklung sowie den geführten Gesprächen mit den führenden ortsansässigen Unternehmen die voraussichtlichen Ausfälle kompensiert werden können.

Dennoch lehnt der Gemeinderat in seiner Vernehmlassung die vom Kanton in Aussicht genommene Revision der Unternehmensbesteuerung ab. Was der Kanton womöglich verkraften kann, wird bei den Gemeinden durch die beiden Steuergesetzrevisionen zu etwelchen finanziellen Schwierigkeiten führen.

1.3 GESETZ ÜBER DIE UMSETZUNG NEUER FINANZAUSGLEICH UND LASTENVERTEILUNG AUF KANTON UND GEMEINDEN (NFA)

Grundsätzlich befürwortet der Gemeinderat in seiner Vernehmlassung vom 7. Dezember 2006 die Entflechtung der Aufgaben und der damit zusammenhängenden Finanzströme. Dabei muss aber sichergestellt werden, dass die Gemeinden als Leistungserbringer nicht benachteiligt werden, und die NFA-Umsetzung für die Gemeinden zu keinen Mehrkosten führt. Den Gemeinden müssen die notwendigen Finanzmittel zukommen, wenn sie zusätzliche Aufgaben zu übernehmen haben. Der Finanzausgleich zwischen Kanton und Gemeinden muss deshalb ebenfalls überarbeitet und angepasst werden. Aus den verfügbaren Unterlagen geht hervor, dass sich die NFA-Umsetzung für die basellandschaftlichen Gemeinden nicht haushaltsneutral gestaltet. Die Gemeinden müssen mit zusätzlichen wiederkehrenden Belastungen von gesamthaft CHF 6,3 Mio. und einer einmaligen Belastung im Umfang von CHF 1,0 Mio. rechnen. Konkrete gemeindebezogene Daten liegen nicht vor, doch rechnet Allschwil mit Mehrausgaben in einem Umfang, welcher den Gemeindehaushalt spürbar belastet und in dieser Form nicht tragbar ist. Kosteneinsparungen sind aus Sicht des Gemeinderates praktisch nicht mehr möglich, will man den Service Public und die wichtigsten Dienstleistungsangebote der Gemeinde aufrecht erhalten. Allein aus der Neuregelung im Spitex-Bereich erwachsen der Gemeinde Allschwil Mehrkosten im Umfang von jährlich rund CHF 483'000.00.

In den Bereichen Turnen und Sport, Verwendung der Mineralölsteuer, Eisenbahngesetz, Schulpsychologischer Dienst und Spitex-Weiterbildung fordert der Gemeinderat eine Überarbeitung der in Aussicht genommenen Regelungen.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des NFA ist immer wieder die Rede von Einsparungen aufgrund von Effizienzsteigerungen. Der Kanton selbst kann nur minimale Einsparungen von CHF 0.15 Mio. quantifizieren. Aufgrund der vermehrten Delegation von Aufgaben an die Gemeinden, sieht der Gemeinderat eine Zunahme von Gemeindeaufgaben, welche sich nicht durch Effizienzsteigerungen kompensieren lassen. Im Gegenteil, der Gemeinderat erwartet durch die NFA-Umsetzung eine deutliche Zunahme der Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden.

2. BUDGET 2007 DER EINWOHNERKASSE (GESCHÄFT NR. 3672)

Das Budget 2007 wurde im Gesamtgemeinderat wiederum nach dem Prinzip des ‚Zero-Based-Budgeting‘ vorgenommen. Die Erstellung und Beratungen der Voranschläge 2007 erfolgten wie in den vorangehenden Jahren in gestaffelter Folge, was sich auf die Gesamtberatungen innerhalb des Gemeinderates positiv auswirkt. Die erstmalige Zuteilung von so genannten Budgettranchen im Bereich des plafonierten Sachaufwandes an die verschiedenen Departemente hat sich ebenfalls positiv ausgewirkt und soll in den kommenden Jahren weitergeführt werden.

Die Vorgaben für die Budgetierung pro 2007 stützten sich auf die Zielsetzungen der gemeinderätlichen Finanzstrategie und lauteten:

- Beibehaltung der Sparmassnahmen im Personalbereich
- Beibehaltung der Sparmassnahmen bei den beeinflussbaren Konti
- Plafonierung des Sachaufwandes neu auf CHF 8,0 Mio
- Maximale Nettoinvestitionssumme für 2007 auf CHF 5'893'000.00 limitiert
- Aufbau des Eigenkapitals auf CHF 6'000'000.00 bis ins Jahr 2010
- Abbau der Verschuldung in der Höhe von CHF 6'000'000.00 bis ins Jahr 2010
- Steuerfuss bis 2010 unverändert beibehalten

Im Sinne einer Gesamtwertung kann festgestellt werden, dass das ausgewiesene Budgetdefizit von CHF 263'300.00 unter Berücksichtigung der eingetretenen Veränderungen vertretbar ist und sich innerhalb der tolerierbaren Abweichungen gegenüber der Finanzplanung hält.

Die Zunahme der Aufwendungen im Budget 2007 ist auf höhere Personalaufwendungen einerseits und durch den Gemeinderat und die Verwaltung nicht beeinflussbare Entschädigungen an Gemeinwesen andererseits zurückzuführen. Der Ertragsanstieg ist begründet durch eine leichte Verbesserung der Einnahmen bei den Steuern der Natürlichen Personen, bei den Gebühren und den Rückerstattungen von Privaten.

Zum Zeitpunkt der Budgetierung kam die zu erwartende Entwicklung im Bereich der Energiekosten in ihrer gesamten Tragweite zum Ausdruck. Dennoch ist es durch eine bedarfsorientierte und Aufgaben priorisierende Budgetierung gelungen, den Sachaufwand um 2,9 % bzw. CHF 250'220 zu senken. Auch wenn dies als positiv zu werten ist, so muss deutlich festgehalten werden, dass eine anhaltende Reduktion des beeinflussbaren Sachaufwandes – unter Beibehaltung des heutigen Leistungsangebots – nicht möglich sein wird.

3. FINANZPLANUNG 2008 – 2011 (GESCHÄFTE NR. 3661 / 3673)

Mit der im November 2006 verabschiedeten Finanzplanung 2008 – 2011 wurden erstmals die Finanzplanergebnisse für die Spezialfinanzierungen ‚Wasserversorgung‘, ‚Abwasserbeseitigung‘ und ‚Abfallbeseitigung‘ aus der Rechnung der Einwohnerkasse ausgegliedert und separat ausgewiesen. Damit wurde einem langjährigen Anliegen der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission entsprochen. Entsprechend liegen für die Planungsperiode 2008 – 2011 vier Finanzpläne vor. Wie unter Kapitel 1 dargelegt, ist die Finanzplanung gemäss Ausgabe November 2006 neben den normalen Planungsunsicherheiten mit zusätzlichen Unsicherheitsfaktoren behaftet.

Die Neugliederung der Finanzplanung zeigte, dass aus Sicht des Gemeinderates zwingend im Bereich der Spezialfinanzierung Wasserversorgung Sofortmassnahmen notwendig sind. Hier wurde mit der Gutheissung der Wasserpreiserhöhung durch den Einwohnerrat ein erster Schritt unternommen.

In den kommenden Jahren sollen nun für die Spezialfinanzierungen eigenständige Finanzstrategien entwickelt werden. Ebenso sollen aufgrund der verbesserten Transparenz und der Unterteilung in vier Finanzpläne die Messgrössen überarbeitet und der neuen Struktur angepasst werden.

Wird die Finanzplanung in Vergleich zu den Zielen der gemeinderätlichen Finanzstrategie im Planungszeitraum gesetzt, so ergibt sich folgende Bilanz:

Erreichte Ziele der Finanzstrategie	Nicht erreichte Ziele der Finanzstrategie
Ausgeglichener Finanzhaushalt Gesamt-Fremdverschuldung nicht höher als ein Jahresumsatz Beibehaltung der heutigen Steuerbelastung	Aufbau Eigenkapital auf CHF 6'000'000.00 Abbau Fremdverschuldung um CHF 6'000'000.00

4. RECHNUNGSABSCHLUSS 2006 (GESCHÄFT NR. 3705)

Operatives Ergebnis besser als erwartet. Rechnung 2006 aufgrund von ausserordentlichen Faktoren aber deutlich im Minus.

Die Rechnung 2006 der Einwohnerkasse schliesst bei einem Aufwand von CHF 69.2 Mio. und einen Ertrag von CHF 68.1 Mio. mit einem Defizit von CHF 1.1 Mio. ab. Damit werden der budgetierte Überschuss von CHF 0.3 Mio. und die Zielsetzung eines ausgeglichenen Finanzhaushalts deutlich verfehlt. Das Eigenkapital reduziert sich um den Aufwandüberschuss von CHF 2.2 Mio. (Ende 2005) auf aktuell CHF 1.1 Mio.

Analysiert man den ausgewiesenen Verlust zeigt sich, dass dieser nicht auf das operative Ergebnis, sondern auf ausserordentliche Faktoren zurückzuführen ist. So muss der Gemeinderat heute feststellen, dass die Einschätzungen der Steuerabgrenzung in den letzten Jahren durchwegs zu positiv ausgefallen sind. Als Folge davon wurde zudem zu optimistisch budgetiert. Im Rechnungsabschluss 2006 hat der Gemeinderat einen ersten wichtigen Schritt zur Korrektur der bisherigen Abgrenzungsstrategie vorgenommen. Die Steuereinnahmen stagnierten deshalb mit CHF 46.0 Mio. auf dem Vorjahresniveau und damit rund CHF 1.9 Mio. unter dem Voranschlag. Ausserordentliche Abschreibungen auf Grundstücke im Finanzvermögen in der Höhe von CHF 0.3 Mio. haben die Rechnung zusätzlich belastet.

Ohne Berücksichtigung der erwähnten Faktoren wäre die Rechnung positiv und besser als budgetiert ausgefallen. Dank der vorhandenen Ausgabendisziplin hat die Gemeinde die Kosten sehr gut im Griff. Der Personalaufwand entspricht mit CHF 26.5 Mio. exakt dem Voranschlag 2006. Auch die Vorgaben beim Sachaufwand (CHF 8.3 Mio.) konnten trotz markanter Steigerungen bei einzelnen Positionen (Bsp. Wärmeenergiekosten) insgesamt eingehalten werden.

Die Bruttoinvestitionen beliefen sich im 2006 auf CHF 10.7 Mio., die Investitionseinnahmen (Subventionen und Beiträge) auf CHF 3.8 Mio. Somit ergeben sich Nettoinvestitionen von CHF 6.9 Mio. Der Finanzierungsfehlbetrag beläuft sich auf CHF 3.3 Mio. und der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 23.0%.

Für weitere Details zum Rechnungsabschluss verweisen wir auf die Rechnung 2006 der Einwohnergemeinde Allschwil.

5. PERSONELLES

Der Nachfolgeregelung des im Sommer 2006 in Pension gegangenen Hauptabteilungsleiters Finanzen – Steuern habe ich zusammen mit dem Gemeinderat und dem Gemeindeverwalter besondere Beachtung geschenkt. Nachdem gemeinsam ein detailliertes Anforderungsprofil erarbeitet wurde, erfolgte unter Beizug eines externen Beraters die Evaluation der zahlreichen Bewerbungen.

Ich bin erfreut, dass der Gemeinderat in der Person von Jacqueline Holzer eine äusserst kompetente und erfahrene Leiterin der Hauptabteilung Finanzen – Steuern anstellen konnte. Jaqueline Holzer trat

am 1. November 2006 in die Dienste der Gemeinde Allschwil ein und hat sich innert kurzer Zeit einen umfassenden Überblick über ihren Aufgabenbereich verschafft.

Durch die Kündigung des Abteilungsleiters Rechnungswesen per Ende März 2007 wird Jacqueline Holzer vor eine zusätzliche Herausforderung gestellt. Ich bin überzeugt, dass sie auch diese mit den ihr zugesicherten Unterstützungen meistern wird.

Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin Gemeinderat

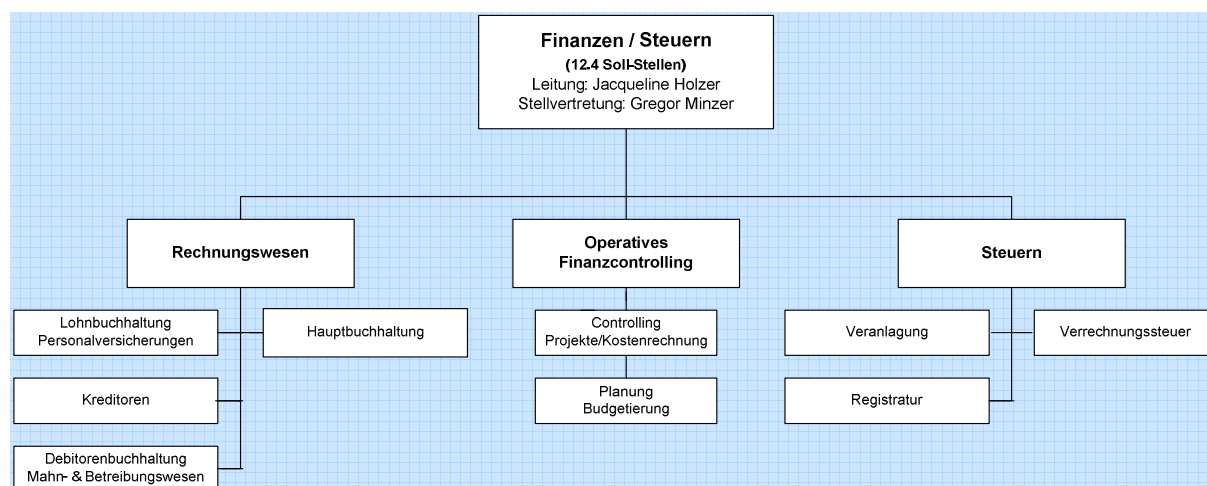
LEISTUNGSaufTRÄGE DES DEPARTEMENTS FINANZEN - STEUERN

Dem Departement Finanzen – Steuern sind folgende Leistungsaufträge der Verwaltung zugeordnet:

- 180 Führung des Finanzhaushalts
- 185 Gemeindesteuern

Sämtliche Leistungsaufträge bzw. –berichte stehen auf www.allschwil.ch > Die Gemeinde informiert > Gemeindeentwicklung zur Verfügung

ORGANIGRAMM DEPARTEMENT FINANZEN – STEUERN; STAND 31.12.2006



RECHNUNGSERGEBNIS EINWOHNERKASSE 2006

RECHNUNG	Aufwand CHF		Ertrag CHF		Ergebnis CHF	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006
Umsatz	62'399'000	64'544'000	67'634'000	66'513'000	5'235'000	1'969'000
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	3'390'000	4'644'000				
Entnahme aus Vorfinanzierung				1'614'000		
Total	65'789'000	69'188'000	67'634'000	68'127'000	1'845'000	-1'061'000
Budget	66'935'000	67'879'000	66'847'000	68'140'000	- 88'000	+261'000
STEUEREINNAHMEN	Budget CHF		Rechnung CHF		Abweichung CHF	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006
Natürliche Personen	39'925'000	40'580'000	39'812'000	39'818'000	- 113'000	-762'000
Juristische Personen	6'805'000	7'390'000	6'254'000	6'226'000	- 551'000	-1'164'000
Feuerwehrsteuer	485'000	485'000	404'000	250'000	- 81'000	-235'000
Total	47'215'000	48'455'000	46'470'000	46'294'000	- 745'000	-2'161'000

INVESTITIONSRECHNUNG	Ausgaben CHF		Einnahmen CHF		Nettoinvestitionen CHF	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006
Rechnung	4'146'000	10'671'000	4'320'000	3'793'000	-174'000	6'878'000
Budget	7'942'000	14'663'000	3'297'000	5'961'000	4'645'000	8'702'000
SPEZIALFINANZIERUNGEN	Budget CHF		Rechnung CHF			
	2005	2006	2005	2006		
Wasserversorgung	-3'800	-507'500	- 573'000	-395'800		
Abwasserbeseitigung	+ 98'000	+69'800	+ 325'000	-232'600		
Abfallbeseitigung	- 22'800	+49'900	+ 127'000	+126'100		

- = Entnahmen aus Spezialfinanzierungen (Aufwandüberschuss) / + = Einlagen in Spezialfinanzierungen (Ertragüberschuss)

Tiefbau - Umwelt

Geschäftsbericht 2006

Vorsteher: Robert Vogt, Gemeinderat
Stellvertreter: Roman Meury, Gemeinderat



*Je grösser der Wohlstand, je dicker der Dreck.
Dies beschreibt zweifelsfrei eine Tendenz unserer Zeit.
John Kenneth Galbraith (*1908), amerik. Wirtschaftswissenschaftler*

Robert Vogt, Gemeinderat

DEPARTEMENT TIEFBAU - UMWELT

Das Jahr 2006 war wiederum geprägt durch eine hohe Anzahl grosser Tiefbauvorhaben. Dabei standen die Mitarbeitenden der Hauptabteilung Tiefbau-Umwelt oft unter grossem Termindruck und hatten ausserordentliche Leistungen zu erbringen. Im Berichtsjahr waren die Personalstellen fast dauernd vollständig besetzt. Am Jahresende waren für die Hauptabteilung Tiefbau - Umwelt 7 Mitarbeitende im Gemeindezentrum und 32 Mitarbeitende in den Regiebetrieben tätig.

Die Mitarbeitenden der Regiebetriebe leisteten neben den üblichen Arbeiten in den Bereichen Wasserversorgung, baulicher Unterhalt, Grünanlagenpflege und Abfallbewirtschaftung auch mehrere Einsätze zur Schneeräumung. Die intensiven Schneefälle im März und im April 2006 erforderten sogar das Aufbieten von Zivilschutzdiensten und die Einmietung externer Baumaschinen. Dank eines ausserordentlichen personellen Efforts konnte diese Ausnahmesituation gut gemeistert werden.

Im Weiteren erbrachten die Regiebetriebe auch ausserhalb der ordentlichen Arbeitszeiten umfangreiche Leistungen an grossen Anlässen wie z.B. Dorffasnacht, Dorfmärkte, Basel City Marathon, Ängelimärt und Klausenlauf.

Ganz speziell sei erwähnt, dass nach einer Personalrochade die wichtige Position der Ansprechperson auf dem Friedhof – der «Ersten Friedhofsgärtnerin» – mit einer Frau besetzt werden konnte.

TIEFBAU

Die Hochwasserschutzmassnahmen im Mühlbachtal beim «Isigen Brüggli» – ein für weite Teile unserer Gemeinde wichtiges Projekt des Kantons – sind trotz der schwierigen Wetterverhältnisse gut vorangekommen und können aller Voraussicht nach im 2007 abgeschlossen werden. Wie der Kanton publik gemacht hat, entstehen Projektmehrkosten. Die Gemeinde ist dank der Vereinbarung eines pauschalen Kostenbeitrags nicht direkt davon betroffen.

Im Ziegeleiareal hielt die grosse Nachfrage nach Wohnflächen stetig an, so dass ohne Unterbruch weitere Wohnüberbauungen realisiert wurden. Dem entsprechend musste auch die Erstellung der Verkehrs-, Trinkwasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen zügig vorangetrieben werden. Die relativ späte Benennung eines Seitenastes der Brennerstrasse mit der Bezeichnung «Haldenweg» löste bei der dortigen Anwohnerschaft zum Teil berechtigte Diskussionen aus. Die Reaktionen gaben uns Impulse zur Verbesserung der Terminierung und Kommunikation von weiteren neuen Strassenbezeichnungen.

Im Zusammenhang mit der Erweiterung des Alterszentrums «Bachgraben» musste der bestehende Fussweg aufgehoben werden. Er konnte durch eine kombinierte Fuss- / Radwegverbindung ersetzt werden, die einen direkten «Durchstich Baselmattweg» ermöglicht. Damit wurde ein langjähriges Anliegen vieler Velofahrer/innen endlich erfüllt.

Die Umrüstung der öffentlichen Strassenbeleuchtung wurde planmässig weitergeführt. Die neuen Rinnenstrahler ermöglichen eine bedeutend bessere Ausleuchtung der Fahrbahnen und Trottoirs bei gleichzeitiger Senkung des Stromverbrauchs.

Auf dem Friedhof konnte das neue Gemeinschaftsgrabfeld fertiggestellt werden. Die in enger Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Einwohnerdienste & Sicherheit durchgeführte Umgestaltung der Urnennischenwand wurde erfolgreich abgeschlossen.

Die von der Sibyllenhofquelle gespeisten Dorfbrunnen versiegten, weil die separate Quellwasserleitung des fortgeschrittenen Alters wegen an verschiedenen Stellen gebrochen oder verstopft war. Die Instandstellung gestaltete sich technisch sehr aufwändig und kostenintensiv. Weitere Schäden können nicht ausgeschlossen werden.

Bedingt durch Änderungen im übergeordneten Gewässerschutzrecht bei Bund und Kanton wurde 2004 mit der Totalrevision der kommunalen Wasser- und Abwasserreglemente begonnen. Hauptziel ist die Einführung von Anschlussbeiträgen und Gebühren, die dem Verursacherprinzip gerecht werden. Demzufolge werden die Anschlussbeiträge wie auch die Gebühren auf einer völlig neuen Basis erhoben. Dabei wird die Gebührenhöhe so festgelegt, dass die gesamten Gebühreneinnahmen der Gemeinde nicht höher werden als bisher. Im Berichtsjahr wurden die Revisionsarbeiten fortgesetzt und die Reglementsentwürfe vom Kanton vorgeprüft. In der Folge konnte der Gemeinderat die Berichte über die Totalrevision der beiden Reglemente im Dezember dem Einwohnerrat zur Beschlussfassung überweisen.

In keinerlei Zusammenhang mit diesen aktuellen Reglementsänderungen steht die vom Einwohnerrat im Dezember beschlossene Erhöhung des Wasserpreises. Sie war erforderlich geworden, da in den vergangenen Jahren das Eigenkapital in der Spezialfinanzierung «Wasserversorgung» zur Deckung der Kosten für den Unterhalt des Wasserleitungsnetzes verwendet wurde, was letztlich zu einer Überschuldung führte.

VERKEHR

Das linksufrige Bachgrabengebiet der Gemeinde Allschwil leidet zunehmend unter Verkehrsproblemen durch die Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe und den Pendlerverkehr vom Elsass in die Nordwestschweiz. Zudem sind im unmittelbar angrenzenden Elsass Bestrebungen für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben und die Planung einer neuen Umfahrungsstrasse nach Allschwil im Gange. Deshalb hat der Gemeinderat eine Verkehrsstudie in Auftrag gegeben, an der auch die Trinationale Agglomeration Basel, die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft sowie die Nachbargemeinde Hégenheim beteiligt sind. Die Studie soll auf Grundlage der heutigen Verkehrsbelastungen Abschätzungen über die künftige Entwicklung des Individualverkehrs wie auch der öffentlichen Verkehrsmittel ermöglichen und Lösungsansätze aufzeigen. Der Schlussbericht wird im Jahr 2007 vorliegen.

Der Gemeinderat ist erleichtert, dass der Regierungsrat eine positive Haltung zur Südumfahrung einnimmt und deren Streichung aus dem Richtplan abgelehnt hat. Nun soll zuerst die Initiative «Keine Autobahn im Leimental», die gegen die Südumfahrung gerichtet ist, im Laufe des Jahres 2007 dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Je nach Resultat wird sich das weitere Schicksal der Südumfahrung im kantonalen Richtplan ergeben. Für die Entwicklung unserer Gemeinde ist eine gute Anbindung an das Hochleistungsstrassennetz von grosser Bedeutung. Gemeinsam mit gleichgesinnten Gemeinden und Institutionen soll erreicht werden, dass die «Südumfahrung Basel» im kantonalen Richtplan verbleibt.

Der Kreisel Binningerstrasse-Fabrikstrasse-Brennerstrasse, ein Projekt des Kantons Basel-Landschaft, konnte zeitgerecht fertiggestellt werden. Die optische Erscheinung der Kreiselausstattung stösst bei der Bevölkerung auf wenig Gegenliebe. Auch der Gemeinderat erachtet die gewählte Lösung als «bescheiden», allerdings konnte aus Kostenspargründen keine bessere Gestaltung erreicht werden.

Bei der «Strassen- und Gleiserneuerung Baslerstrasse», ebenfalls einem kantonalen Projekt, ist die Gemeinde in die Projektierungsarbeiten mit einbezogen worden. Neu hat der Kanton auch die Umgestaltung der Verzweigung Baslerstrasse-Grabenring in einen Kreisel in dieses Gesamtvorhaben integriert. Der Gemeinderat hofft, dass der Landrat die Kreditvorlage für diese Mehrjahresvorhaben im Laufe des kommenden Jahres gutheissen wird, damit dieser Kreisel endlich realisiert werden kann.

Im Strassenbau ist die Projektierung der Korrektur Herrenweg im Abschnitt Weiherweg – Ofenstrasse weiter geführt worden. Dabei sind projektbezogene Verkehrsberuhigungsmassnahmen vorgesehen. Die öffentliche Planaufgabe und die Realisation sind im Jahr 2007 vorgesehen.

Die Frequenzierung der seit Ende 2005 verlängerten Buslinie 33 hat sich erfreulich stark entwickelt. In Zusammenarbeit mit dem Kanton, der BLT und der BVB konnte die unbefriedigende Haltestellensituation am Dorfplatz entschärft werden, indem die Haltestelle der Buslinie 33 im Dezember 2006 mit der Haltestelle der Buslinie 61 abgetauscht wurde. Mit der Frage, ob der Endaufenthalt der Buslinie 61 weiterhin im Dorfkern verbleiben soll, dürfte sich der Landrat frühestens im Jahr 2007 anlässlich der Berichterstattung des Kantons über den Probetrieb der Buslinie 33 befassen.

UMWELTSCHUTZ

Zu den Chemiemülldeponien im benachbarten Elsass konnte Allschwil seine Anliegen auf der Sous-Préfecture in Mulhouse vorbringen. Leider haben die französischen Behörden die Oberexpertise noch nicht veröffentlicht. Unter Beizug eines externen Experten hat sich der Gemeinderat dezidiert für eine Räumung der Chemiemülldeponien eingesetzt, wobei ihm der Einwohnerrat mit der Verabschiedung einer entsprechenden Resolution den Rücken gestärkt hat.

Das wilde Entsorgen von Abfällen ist nicht nur in unserer Gemeinde ein zunehmendes Problem mit entsprechenden Kostenfolgen. Mit der Anti-Littering-Kampagne «Allschwil vorbildlich» konnte eine ausserordentlich starke Medienpräsenz und eine Vielzahl von Menschen in Allschwil erreicht werden. Eine Standaktion am Dorfmarkt und eine Kinderolympiade ergänzten unsere Anstrengungen, die Bevölkerung stärker für den Umweltschutz zu sensibilisieren. Auch der Bring- und Holtag war wiederum ein Erfolg und soll deshalb im gewohnten Rahmen weitergeführt werden.

Die Diskussion mit den Bürgergemeinden von Allschwil und Binningen sowie der Einwohnergemeinde Binningen über die Freizeitnutzung im Allschwiler Wald wird kontinuierlich fortgesetzt. Die daraus hervorgehenden Planungen von Eingriffen wie z.B. Lenkungsmassnahmen für die Waldbesucher/innen sollen der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Die Einführung des Entsorgungsmonopols der Gemeinde für die Siedlungsabfälle der Gewerbebetriebe konnte wie geplant eingeführt werden. Durch Synergien mit anderen Abfuhrungen dürfte für zahlreiche Allschwiler Unternehmen eine spürbare Reduktion ihrer Entsorgungskosten resultieren.

Auf Anordnung der Bundesbehörden sind neu auch die atmosphärischen Gasheizungen zu kontrollieren. Allein für Allschwil bedeutet dies die zusätzliche Überprüfung von mehr als 500 Anlagen. Die Instandhaltung der Heizungen ist ein Beitrag zum Umweltschutz und kann Aufträge für das lokale Gewerbe generieren.

Die Flugbewegungen in der Nachtzeit haben massiv zugenommen. Der Gemeinderat setzt sich für die rigorose Einhaltung des Nachtflugverbotes ein.

In Zusammenarbeit mit dem Natur- und Vogelschutzverein Allschwil wurden Nisthilfen für Mauersegler und für Wildbienen eingerichtet.

Die auf die Sonntage im Sommerhalbjahr reduzierten Öffnungszeiten des Wasserturms sind in der Bevölkerung auf Akzeptanz gestossen.

AUSBLICK

Das Baugebiet von Allschwil ist mittlerweile weitgehend erschlossen, so dass künftig weniger Neuinvestitionen, dafür mehr Ersatzinvestitionen anfallen werden. Dies betrifft im Tiefbaubereich speziell die Trinkwasseranlagen und die Abwasserkanäle. Das Jahr 2007 wird durch eine langfristige Planung voraussehbarer grösserer Tiefbau-Infrastrukturanlagen geprägt sein, wobei die finanzielle Situation der Einwohnergemeinde dem Gemeinderat enge Rahmenbedingungen steckt.

Im Weiteren soll für verschiedene Bereiche des Umwelt- und Naturschutzes ein Ziel- und Massnahmenplan für die nächsten fünf Jahre erarbeitet werden, um damit die vielfältigen Ansprüche im Rahmen der finanziellen und personellen Möglichkeiten gebündelt und kontinuierlich umsetzen zu können.

All diese anspruchsvollen Aufgaben werden von den Mitarbeitenden des Departements Tiefbau – Umwelt stets mit Begeisterung angegangen. Ich freue mich zudem über Anregungen aus der Bevölkerung. Fundierte Anliegen engagierter Einwohnerinnen und Einwohner werden von unserem Departement gerne entgegengenommen und ernsthaft geprüft.

Robert Vogt, Gemeinderat

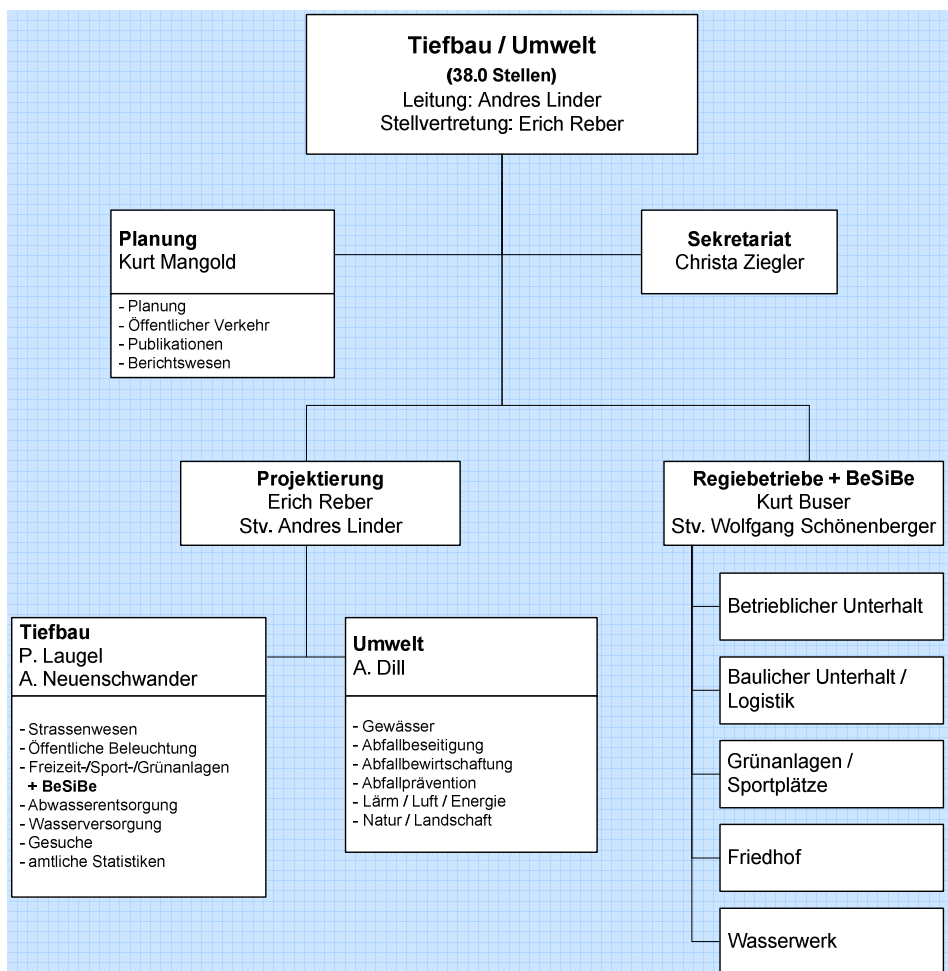
LEISTUNGSAUFRÄGE DES DEPARTEMENTS TIEFBAU - UMWELT

Dem Departement Tiefbau - Umwelt sind folgende Leistungsaufträge der Verwaltung zugeordnet:

- 270 Strassenwesen und öffentliche Beleuchtung
- 271 Freizeit-, Sport- und Grünanlagen
- 272 Abwasserentsorgung
- 273 Wasserversorgung
- 274 Gewässer
- 275 Öffentlicher Verkehr
- 280 Abfallbeseitigung
- 281 Abfallbewirtschaftung und –prävention
- 282 Lärm, Energie, Luft, Natur, Landschaft

Sämtliche Leistungsaufträge bzw. –berichte stehen auf www.allschwil.ch > Die Gemeinde informiert > Gemeindeentwicklung zur Verfügung.

ORGANIGRAMM DEPARTEMENT TIEFBAU – UMWELT; STAND 31.12.2006



Hochbau – Raumplanung

Geschäftsbericht 2006

Vorsteher: Roman Meury, Gemeinderat
Stellvertreter: Robert Vogt, Gemeinderat



*Je üppiger die Pläne blühen, um so verwickelter wird die Tat.
Erich Kästner, dt. Schriftsteller, 1899-1974*

Roman Meury

RAUMPLANUNG

Der Bericht „[ZIELE UND RÄUMLICHES KONZEPT, TEIL SIEDLUNG](#)“ wurde am 18. Januar 2006 vom Einwohnerrat einstimmig zur Kenntnis genommen. Auf dieser Basis erarbeitete die Hauptabteilung den [NEUEN ZONENPLAN UND DAS REGLEMENT](#). Nach Verabschiedung durch den Gemeinderat wurden an einer öffentlichen Veranstaltung Ende November beide Teile vorgestellt und damit das öffentliche Mitwirkungsverfahren eröffnet. Bis zum Abschluss des Verfahrens am 19. Dezember gingen 26 schriftliche Stellungnahmen und Anregungen ein. Diese werden zu Beginn des Jahres 2007 ausgewertet, so dass das gesamte Planungswerk Mitte Jahr an den Einwohnerrat zur Beratung weitergeleitet werden kann.

Gleichzeitig sind die Arbeiten zur [REVISION DER ZONENPLANUNG LANDSCHAFT](#) wieder aufgenommen worden. Auch für diesen Bereich wurde ein zweistufiges Verfahren gewählt. In einem Landschaftsentwicklungskonzept will der Gemeinderat seine Vorstellungen darlegen und diese dann nach Kenntnisnahme durch den Einwohnerrat zu Plan und Reglement konkretisieren. Auch im Bereich Landschaft wird die öffentliche Mitwirkung einen wesentlichen Bestandteil des Verfahrens bilden.

Das [PLAKATIERUNGSKONZEPT](#), das Reklamereglement und dessen Verordnung wurden im Berichtsjahr einer Revision unterzogen. Die Zahl der Plakatanschlagstellen entlang den Hauptachsen wurde leicht erhöht und zum Teil neu aufgeteilt. Daneben wurde das Reglement den neuen kantonalen Vorgaben wie auch den neuen Bedürfnissen und Formaten angepasst. Der Einwohnerrat hat die neuen Bestimmungen in der Novembersitzung in erster Lesung beraten. Nach der Inkraftsetzung wird sich die Plakatierung in Allschwil in der gewohnten diskreten Art präsentieren.

Im Bereich der Vermessung kann das Berichtsjahr als ein Meilenstein bezeichnet werden. Mit der Genehmigung der Lose 8 und 9 durch die Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion vom 13. November 2006 wurde die Erneuerung der Amtlichen Vermessung nach mehrjähriger Arbeit abgeschlossen. Das [ALLSCHWILER VERMESSUNGSWERK](#) entspricht nun den neuesten und modernsten Vorgaben des Bundes.

ÖFFENTLICHER HOCHBAU

Am 6. April 2006 erfolgte bei winterlichem Wetter der Spatenstich zur [SPORTANLAGE „IM BRÜEL“](#). Das ungünstige Wetter blieb den Arbeiten das ganze Jahr über treu, was sowohl im Hoch- wie auch im Tiefbaubereich zu zeitlichen Verzögerungen führte. Trotzdem konnte am 13. November 2006 die Aufrichte gefeiert werden. Allerdings musste definitiv davon Kenntnis genommen werden, dass die Rasensaat erst im Frühjahr 2007 erfolgen kann. Bei guter Witterung im Frühjahr wird das Ziel, nämlich die Inbetriebnahme auf Beginn der Meisterschaft 2007/08, trotzdem eingehalten werden können. Für das

Wintertraining steht hingegen das Kunstrasenfeld bereits zur Verfügung. Es darf mit Genugtuung festgestellt werden, dass der Gemeinde von der Herstellerfirma ohne Kostenfolge der Einbau eines Feldes der allerneuesten Generation angeboten wurde. Dieses unterscheidet sich von seinen Vorgängern durch ein Füllgranulat auf absolut natürlicher Basis.

Ebenso erfreulich verläuft der Bau von [BEGEGNUNGSZENTRUM UND ROBINSONSPIELPLATZ](#). Nachdem im März die Baueingabe erfolgte, musste bis Ende Juli auf die Erteilung der Baubewilligung gewartet werden, weil eine Einsprache bereinigt werden musste. Die jugendlichen Benützer und deren Tiere waren die Hauptakteure an der Grundsteinlegung im September und noch vor Weihnachten konnte die Fertigstellung des Rohbaues vermeldet werden. Die offizielle Schlüsselübergabe an die Einwohnergemeinde Allschwil wird im 2. Quartal des kommenden Jahres stattfinden.

Die [INNENSANIERUNG DES TAGESHEIMS](#) an der Baslerstrasse 255 konnte fristgemäss abgeschlossen werden. Nach der Aussensanierung im Vorjahr präsentiert sich nun die gesamte Anlage in einer frischen, auf die Benützerschaft ausgerichteten Form.

Mit grossem Mehr verabschiedete der Einwohnerrat im Frühjahr 2006 die [QUARTIERPLANUNG WEGMATTEN](#). Sie hätte der Gemeinde eine gepflegte Wohnüberbauung durch einen zuverlässigen Investor und einen Baurechtszins in der Grössenordnung eines Steuerprozentes beschert. Die Volksabstimmung vom Herbst 2006 wollte es anders. Das Areal liegt seither brach und soll auf die folgenden Jahre in dieser Form als Grünzone erhalten bleiben. Das Abstimmungsergebnis hatte auch Folgen auf das Projekt [KINDERGARTEN AM HEGENHEIMERMATTWEG](#). Das Wettbewerbsprojekt zur Erstellung eines neuen Kindergartens war bis Ende erstes Quartal von der eingesetzten Projektgruppe bereinigt und zu einem bewilligungsfähigen Projekt mit Kostenvoranschlag +/- 5% weiterbearbeitet worden. Leider musste der Gemeinderat die Realisierung des Projektes nach der Ablehnung des QP Wegmatten aus finanziellen Überlegungen vorerst ausstellen.

Das Gesamtprojekt Zentrum 2000 beinhaltet neben dem Gemeindezentrum auch ein neues [FEUERWEHRMAGAZIN](#). Bereits im Berichtsjahr 2005 war das Projekt von einer Arbeitsgruppe bestehend aus Mitgliedern der Feuerwehr und der Verwaltung im Hinblick auf eine Einwohnerratsvorlage bereinigt worden. Das Ergebnis lag im ersten Quartal 2006 vor. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die ermittelten Kosten nach wie vor über der verantwortbaren Höhe liegen und hat deshalb beschlossen, das ganze Projekt nochmals zu überdenken. In enger Zusammenarbeit mit Feuerwehr und Feuerwehrkommission werden zu Beginn des Jahres 2007 alle Varianten nochmals durchgearbeitet, damit dem Einwohnerrat ein nach allen Seiten überprüftes und durchleuchtetes Projekt vorgelegt werden kann. Dies wird in der zweiten Hälfte 2007 der Fall sein.

[PRIVATER HOCHBAU](#)

Die vom Einwohnerrat am 19. Oktober 2005 gutgeheissene [QUARTIERPLANUNG „HOLEEPARK“](#) ist am 21. Februar 2006 vom Regierungsrat genehmigt worden. Die Bauarbeiten sind in der Folge in der zweiten Jahreshälfte aufgenommen worden.

Die vom Einwohnerrat am 15./21. Dezember 2005 beschlossene [QUARTIERPLANUNG „AREAL ELCO“](#) und die entsprechende Anpassung des Lärmempfindlichkeitsstufenplans wurden vom Regierungsrat am 29. Aug. 2006 nach Bereinigung der Einsprachen gutgeheissen. Der Baubeginn ist für die zweite Hälfte 2007 geplant.

Im Berichtsjahr wurden durch die Hauptabteilung Hochbau – Raumplanung 99 (Vorjahr 93) [BAUGESUCHE](#) bearbeitet. Als grössere Vorhaben sind hervorzuheben:

Das Baugesuch für die bereits erwähnte Quartierplanung „Areal ELCO“ und für die dritte Bauetappe im Ziegeleiareal. Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass die Überbauung Ziegelei weit rascher realisiert wird als je angenommen wurde. Zusammen mit anderen Grossüberbauungen der letzten Jahre ist sie Beweis für die Attraktivität Allschwils als Wohnort.

Erwähnenswert ist auch das Gesuch für zwei **MEHRFAMILIENHÄUSER MIT DOPPELKINDERGARTEN** im Rahmen der Quartierplanung „Rankacker“.

Das im August 2005 in Kraft getretene überarbeitete **DORFKERNREGLEMENT** sieht wie bisher Beiträge der Gemeinde an die Sanierung von Fachwerkbauten vor. Nachdem die in diesem Rahmen gesprochenen Beiträge in den letzten Jahren regelmässig unter dem Budget lagen, konnte im Berichtsjahr ein klares Ansteigen der Baugesuche im Dorfkern und damit der Ausschüttung von Beiträgen der öffentlichen Hand festgestellt werden. Alle Bauherren und Architekten wurden in Planung und Ausführung von der Arbeitsgruppe Dorfkern begleitet.

AUSBLICK

Im kommenden Jahr werden die beiden grossen Bauvorhaben der Gemeinde, die Sportanlage „Im Brüel“ und das Begegnungszentrum abgeschlossen und abgerechnet werden können. Im Zentrum der Arbeiten werden die raumplanerischen Arbeiten stehen: Revision der Zonenplanung und Erarbeiten des Landschaftsentwicklungskonzepts. Mit deren Abschluss werden sowohl für das Siedlungsgebiet wie auch für die Landschaft klare planerische Vorgaben für die Entwicklung der Gemeinde in den nächsten 15 Jahren zur Verfügung stehen.

Roman Meury, Gemeinderat

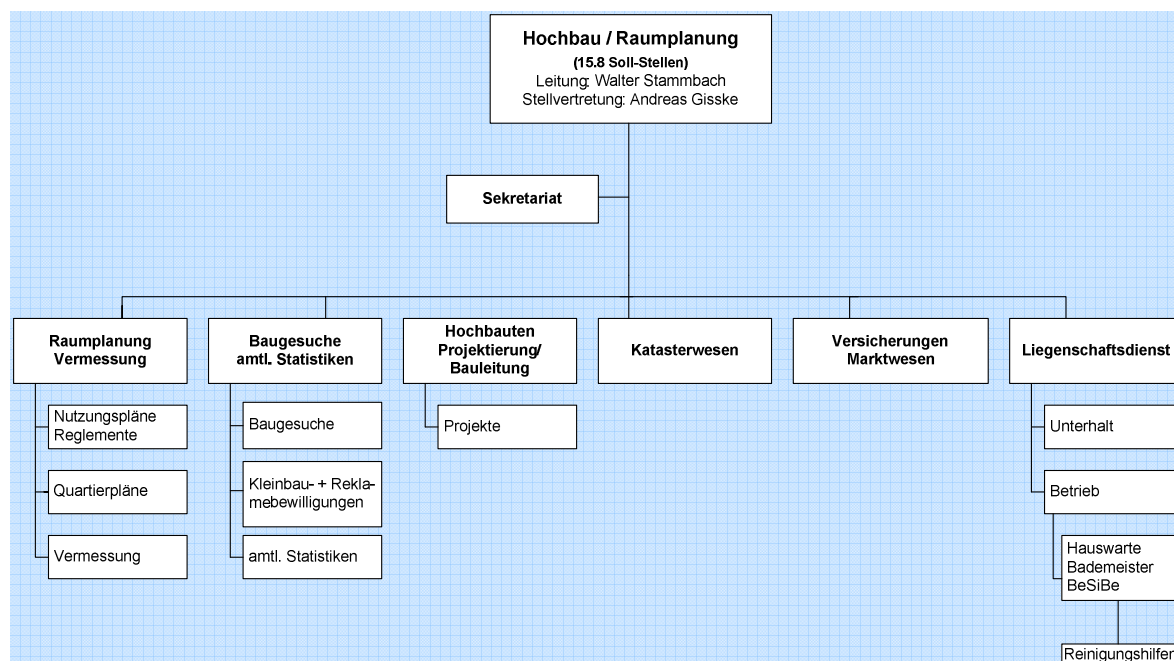
LEISTUNGSaufTRÄGE DES DEPARTEMENTS HOCHBAU – RAUMPLANUNG

Dem Departement Hochbau - Raumplanung sind folgende Leistungsaufträge der Verwaltung zugeordnet:

- 361 Hochbau – Raumplanung
- 362 Liegenschaftsdienst
- 363 Marktwesen
- 364 Versicherungen

Sämtliche Leistungsaufträge bzw. -berichte stehen auf www.allschwil.ch > Die Gemeinde informiert zur Verfügung

ORGANIGRAMM HOCHBAU - RAUMPLANUNG; STAND 31.12.2006



Einwohnerdienste – Sicherheit

Geschäftsbericht 2006

Vorsteherin: Saskia Schärer, Gemeinderätin
Stellvertreter: Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident



Das Konzept des neuen Bevölkerungsschutzes mit den Partnerorganisationen bewährt sich.

Saskia Schärer

Das erste Halbjahr 2006 war durch die **ERSTELLUNG DES NEUEN GEMEINSCHAFTSGRABES** und der **URNENNISCHENWAND** auf dem Friedhof geprägt. Anfangs Juli war es dann soweit: Anlässlich einer schönen Feier konnten die zuvor in den Urnennischen im Boden Bestatteten in der Urnennischenwand beigesetzt werden. An dieser Stelle möchte ich mich nochmals bei den Hinterbliebenen bedanken für ihr Verständnis und die Geduld, die sie während des Umbaus aufgebracht haben. Die Urnennischenwand stösst rundum auf Zustimmung, sodass sich die entstandenen Unannehmlichkeiten gelohnt haben.

Im Rahmen der Einführung von **TEMPO 30** konnten wesentliche Vorarbeiten geleistet werden. Zusammen mit einem Verkehrsplaner wurde ein Konzept über die flächendeckende Einführung von Tempo 30 erstellt. Eine erste Zone (Gartenstrasse und Bettenacker) wurde ausgeschieden und für diese ein Verkehrsgutachten erarbeitet und dem Kanton zur Vorprüfung weitergeleitet. Die Arbeiten sind soweit gediehen, dass noch im ersten Halbjahr 2007 eine Vorlage zu Händen des Einwohnerrates ausgearbeitet werden kann. Ob es zu einer Volksabstimmung kommen wird, lässt sich heute nicht abschätzen.

Im letzten Jahresbericht wurde auf die Absicht der kantonalen Behörden hingewiesen, wonach den Gemeinden vermehrt Einsätze der Kantonspolizei, die Gemeindeaufgaben betreffen, pauschal in Rechnung gestellt werden sollten. Nach unserem Widerspruch mit dem Hinweis auf unsere vier eigenen **GEMEINDEPOLIZISTEN**, die rund um die Uhr zum Einsatz bereit sind, wurde vereinbart, dass das Jahr 2006 als Versuchsphase gelten sollte. Nach Ablauf dieses Jahres kann Erfreuliches berichtet werden: Dank einer guten Planung wurde im 2006 keine einzige Rechnung der Kantonspolizei zu Lasten der Gemeinde ausgestellt. In sämtlichen Fällen, in denen die Gemeindepolizei zuständig war, wurde sie beigezogen und konnte sie die Aufgaben übernehmen. Dies ist sicherlich auch der Hartnäckigkeit unserer Gemeindepolizei zu verdanken, mit welcher sie sich gegen die Anforderungen des Kantons gewehrt hat.

Im Bereich der **FEUERWEHR** sind speziell die Einsätze beim „Jahrhundertschnee“ zu erwähnen. Allein vom 04.- 06. März 2006 musste die Feuerwehr 38 Mal ausrücken. Dennoch konnte sie überdies dem Kanton Basel-Stadt, der uns um Hilfe angegangen war, beistehen. Gerade in solchen Situationen zeigt sich, wie froh wir sein können, eine Feuerwehr zu haben, die schnell und professionell arbeitet. Sie wurde unterstützt durch einen Teil der Zivilschutzkompanie Allschwil, der hierfür extra aufgeboten wurde. Die Zusammenarbeit klappte hervorragend und es darf mit Genugtuung festgestellt werden, dass das

Konzept des neuen Bevölkerungsschutzes mit den verschiedenen Partnerorganisationen gut funktioniert und auch der Werkhof für solche Ereignisse nicht nur unabdingbar, sondern auch gut in die Organisation eingebunden ist. Die weisse Pracht löste in der Folge ein weiteres Problem aus: Da die Temperaturen schnell anstiegen, konnte man dem Schnee beim Schmelzen geradezu zuschauen. Als Folge davon wurde am 10. März 2006 Hochwasseralarm für Allschwil ausgelöst, was zur Aufbietung des Gemeindeführungsstabes führte. Erneut war auch die Feuerwehr, zusammen mit Zivilschützern, im Dauer-Einsatz. Wohl vor allem dank der rechtzeitigen Räumung der Dolen konnte das Schmelzwasser ablaufen und kam Allschwil mit einem blauen Auge davon.

Eine wesentliche Neuerung ist mit der Anschaffung einer **WÄRMEBILDKAMERA** erreicht worden. Diese ermöglicht ungehinderte Sicht bei Einsätzen in der Dunkelheit und bei dichtem Rauch. Versteckte Brandherde, Feuer hinter Türen, Wänden und Decken können entdeckt und eine drohende Einsturz- und Stichflammengefahr rechtzeitig erkannt werden. Die Wärmebildkamera leistet auch bei der Ortung von vermissten Personen beachtliche Erfolge, da diese in geschlossenen Räumen oder unter Trümmern schneller aufgefunden und gerettet werden können. Suchzeiten werden bis zur Hälfte verkürzt und alternative Fluchtwege aufgezeigt!

Auf den 1. Januar 2006 übernahm Rudolf Werdenberg sein neues Amt als Stabschef des **GEMEINDEFÜHRUNGSSTABS**. Nachdem dieser im März und April gleich zweimal wegen Hochwassers aufgeboten werden musste, fand im Sommer eine gross angelegte, vom Kanton vorgegebene Übung statt, an der auch ein Teil der Zivilschutzkompanie Allschwil teilnahm. Es galt, sich um folgende Situation zu kümmern: Nach mehreren schweren Explosionen im Gebiet Muesmattweg lodert Feuer mit starker Rauchentwicklung, Menschen rennen blutüberströmt und panikartig herum. Federführend bei der Rettung waren kantonale Behörden, der Gemeindeführungsstab musste jedoch Unterstützung für den Schadensplatz leisten, sich für Hilfeersuchen des Platzkommandanten vorbereiten, die evakuierten Bewohnerinnen und Bewohner des Alterzentrums Am Bachgraben betreuen und vieles mehr. Der Kanton war mit der vollbrachten Leistung sehr zufrieden. Für den Gemeindeführungsstab hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, solche Übungen durchführen zu können, damit im Ernstfall die Abläufe stimmen.

Schliesslich möchte ich noch besonders die Funktion des **SICHERHEITSBEAUFTRAGTEN** erwähnen. Sie wird wahrgenommen durch einen unserer Gemeindepolizisten, der sich zuvor speziell für diese Aufgabe weitergebildet hat. Sein Wirkungskreis ist überaus vielfältig und anspruchsvoll. Im 2006 konnte er vielfach tätig werden. So führte er Schulungen betreffend Arbeitsplatzsicherheit im Werkhof aus, orientierte über Ersthilfemassnahmen, plante CPR-Kurse, erstellte Konzepte und überprüfte die Sicherheit einer Aula, des Werkhofes, des Wasserturms sowie einiger Fluchtwege in den Schulhäusern. Seine interne Schulung zum Thema „potentiell gefährliche Kundschaft“ wurde von den Verwaltungsangestellten sehr geschätzt. Es bleibt zu hoffen, dass sie das erworbene Wissen nie anwenden müssen.

Saskia Schärer, Gemeinderätin

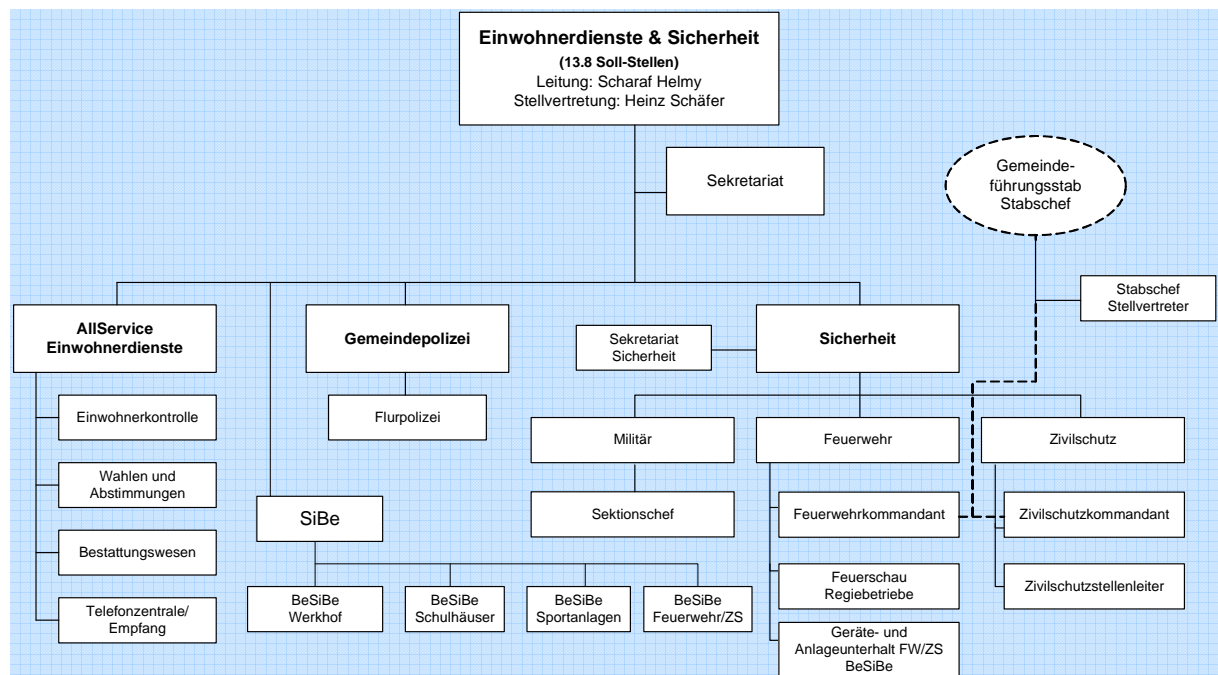
LEISTUNGSaufTRÄGE DES DEPARTEMENTS EINWOHNERDIENSTE – SICHERHEIT

Dem Departement Einwohnerdienste – Sicherheit sind folgende Leistungsaufträge der Verwaltung zugeordnet:

- 190 Wahlen und Abstimmungen
- 561 Einwohnerdienste
- 562 Gemeindepolizei
- 563 Feuerwehr
- 564 Zivilschutz
- 565 Militär
- 566 Koordination Ereignisbewältigung (GFS)

Sämtliche Leistungsaufträge bzw. –berichte stehen auf www.allschwil.ch > Die Gemeinde informiert > Gemeindeentwicklung zur Verfügung.

ORGANIGRAMM HAUPTABTEILUNG EINWOHNERDIENSTE – SICHERHEIT; STAND 31.12.2006



Bildung – Erziehung – Kultur

Geschäftsbericht 2006

Vorsteher: Heinz Giger, Gemeinderat
Stellvertreter: Arnold Julier, Gemeinderat



„Es gibt nur eine Sache auf der Welt, die teurer ist als Bildung: Keine Bildung!“

John F. Kennedy (1917-1963)

Heinz Giger

Werte, Lebensanschauungen, Überzeugungen und Haltungen werden von den Menschen dauernd neu definiert und verlangen von den Beteiligten im Departement einen intellektuell flexiblen Umgang, ein herzliches, kompetentes und allzeit sichtbares Engagement. Das ist insbesondere bei der Bildung eine nicht weg zu denkende Kombination. Die Mitarbeitenden des Departements haben dieser schwierigen Anforderung jederzeit genügt und verdienen Anerkennung für ihre Leistungen und für die Bereitschaft, weiterhin ihren Beitrag für eine kundennahe und -freundliche Verwaltung zu erbringen.

BILDUNG

Im Bereich der familienergänzenden Betreuung ist der Gemeinderat im Berichtsjahr der Erreichung seiner Strategieziele einen Schritt näher gekommen:

Der definitiven Einführung der *Blockzeiten an den Kindergärten* (ab Schuljahr 2006/07) hat das Stimmvolk am 12. Februar 2006 mit 77,4% Ja-Stimmen zugestimmt. Mit der Unterstützung des Projektes *öffentlicher, freiwilliger Tageskindergarten Rankacker* hat der Einwohnerrat einen Meilenstein – nicht nur für Allschwil – gesetzt und gleichzeitig eine gute Ausgangslage für die Tagesschule geschaffen. Im Anschluss an die Entgegennahme des Postulates *Tagesschule auf Primarstufe* hat eine gemeinderätliche Projektgruppe die notwendigen Abklärungen zu Handen des Gemeinderates getroffen. Der öffentliche *Schülermittagstisch* erfreut sich nach wie vor grosser Beliebtheit. So konnten im Berichtsjahr wieder mehr Kinder als in den Vorjahren gepflegt werden.

Der *Gesundheitsvorsorge / Prävention* wurde ebenfalls besondere Aufmerksamkeit geschenkt: An einem „3-Gänger für Eltern“ konnten sich Interessierte an drei verschiedenen Abenden im Herbst zu den Themen Taschengeld und Schulden, Alkohol und Drogen sowie Lehrstellen von Fachpersonen informieren lassen und mitdiskutieren. Die Veranstaltungen im Calvinhaus wurden durch die Kinder- und Jugendkommission organisiert und stiessen auf grosses Interesse – sowohl bei den Eltern als auch bei den Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I.

Bei der *Kinder- und Jugendzahnpflege* waren insgesamt 78% der Allschwiler Kinder und Jugendlichen ab Kindergarten bis 18 Jahre angemeldet. Eine neue Kariesstudie wurde im Herbst 2006 durch den Kantonszahnarzt durchgeführt; die Auswertung ist noch ausstehend.

FREIZEIT

Auch im Freizeitbereich war das vergangene Jahr ein wichtiges: Dem Bau eines *Begegnungszentrums* haben die stimmberechtigten Allschwilerinnen und Allschwiler am 12. Februar 2006 zugestimmt. Somit konnte mit den Bauarbeiten noch im Berichtsjahr begonnen werden. Aufgrund der Bauarbeiten musste der Robi-Betrieb eingeschränkt werden. Der Benutzerfrequenz war dies jedoch kaum anzumerken.

Der *Freiwillige Schulsport* ist weiterhin sehr gefragt und konnte mit 547 Teilnehmenden einen neuen Rekord verzeichnen! Die Schülerinnen und Schüler belegten insgesamt 41 Kurse, von Akrobatik über HipHop und Jazztanz bis Volleyball.

An der *Sportlerehrung* konnte der Gemeinderat wiederum 20 Allschwiler Athletinnen und Athleten unterschiedlichsten Alters für deren sportliche Erfolge im Vorjahr auszeichnen. Als Ehrengast berichtete die langjährige und erfolgreiche Ausdauersportlerin Ariane Gutknecht aus Allschwil über die Strapazen ihrer Teilnahme am Gigathlon von Locarno nach Basel, den sie verdient gewonnen hatte.

KULTUR

Im *Heimatmuseum* wurden die Inventarisierungsarbeiten gemäss ER-Beschluss weitergeführt. Ein Zwischenbericht liegt vor. Betreffend Umbau / Entrée lag Ende Jahr ein budgetverträgliches Projekt vor. Der Gemeinderat hat die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, dass die Kommission die geplanten Vorhaben (Umbau) innerhalb zweier Jahre gezielt umsetzen kann. Ein wichtiger Anlass der Aufsichtskommission Heimatmuseum war die Sonderausstellung *Ortsbild* mit Veranstaltungsreihe und Zeichenwettbewerb für Schülerinnen und Schüler. Die Veranstaltungen waren gut besucht und fanden ein breites Interesse. Mit der Röm.-Kath. Kirchgemeinde Schönenbuch konnte eine Vereinbarung betreffend Aufbewahrung der beiden Heiligenfiguren im Heimatmuseum Allschwil abgeschlossen werden.

Auch im Berichtsjahr hat der Gemeinderat wiederum *Vereine und Institutionen* (im kulturellen Bereich als auch in der Sport- und Jugendförderung) *unterstützt*.

Der *Kulturpreis* 2005 wurde im feierlichen Rahmen an Roland Moser, zeitgenössischer Komponist mit internationalem Erfolg, verliehen. Der *Kulturförderpreis* 2006 ging an die Schweizer Meister im Breakdance, die Ruff'n'X-Crew. Die Verleihung fand anlässlich der Volljährigkeitsfeier im Jugendfreizeithaus statt.

AUSBLICK

Beim Projekt *Tageskindergarten* geht es nun darum, die baulichen Voraussetzungen zu schaffen und das Betriebskonzept umzusetzen, damit der Tageskindergarten rechtzeitig – wie vorgesehen – im Jahr 2008 seinen Betrieb aufnehmen kann. Die Zwischenlösung im Provisorium am Lettenweg 11 soll eine angenehme, sinnvolle und sichere Lösung darstellen und die Voraussetzungen für den gewohnten Kindergarten-Unterricht bieten.

Der Bericht des Gemeinderates an den Einwohnerrat betreffend Beantwortung Postulat *Tagesschule* wird voraussichtlich im März 2007 dem Einwohnerrat präsentiert (möglicher Standort, Kosten, Grobkonzept etc.).

Die Aufnahme des Betriebs im neuen *Begegnungszentrum* ist im Frühsommer 2007 vorgesehen. Dabei sollen die verschiedenen Beratungsangebote gemäss Konzept integriert werden.

Im *Heimatmuseum* soll der Umbau des Entrée abgeschlossen werden.

Heinz Giger, Gemeinderat

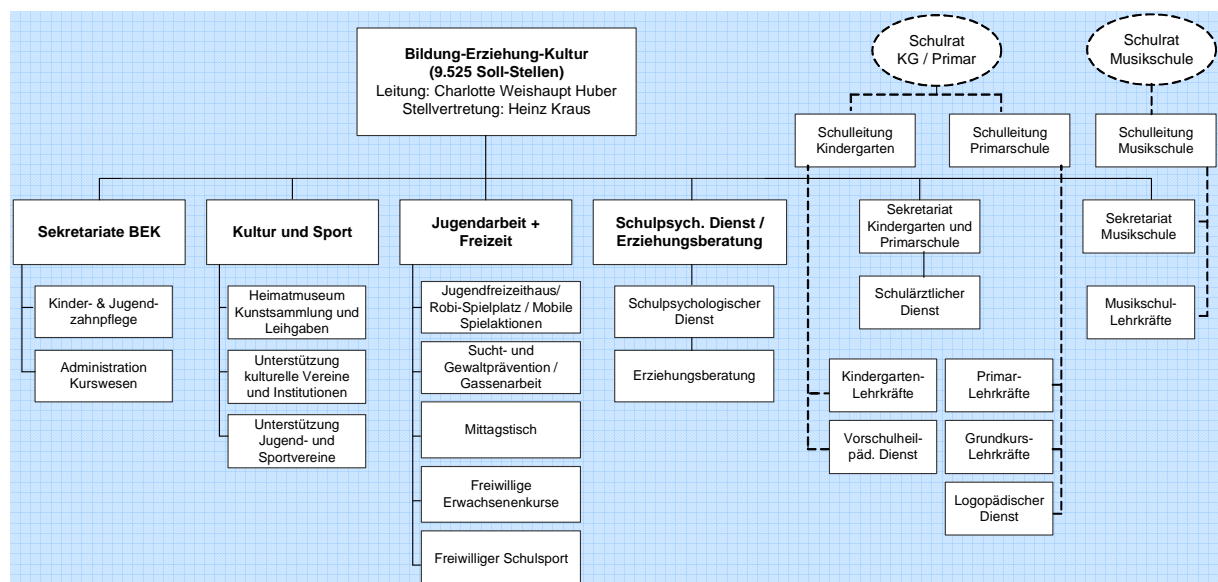
LEISTUNGSaufTRÄGE DES DEPARTEMENTS BILDUNG – ERZIEHUNG – KULTUR

Dem Departement Bildung – Erziehung - Kultur sind folgende Leistungsaufträge der Verwaltung zugeordnet:

- 661 Jugendarbeit und Freizeit
- 663 Kunst- und Kulturförderung
- 664 Erziehungsberatung – Schulpsychologischer Dienst
- 665 Gesundheitsfürsorge

Sämtliche Leistungsaufträge bzw. –berichte stehen auf www.allschwil.ch > Die Gemeinde informiert > Gemeindeentwicklung zu Verfügung.

ORGANIGRAMM DEPARTEMENT BILDUNG – ERZIEHUNG – KULTUR; STAND 31.12.2006



Soziale Dienste - Gesundheit

Geschäftsbericht 2006

Vorsteher: Arnold Julier, Gemeinderat
Stellvertreter: Heinz Giger, Gemeinderat



Zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration sind Anreize zu schaffen – Erwerbsarbeit muss sich lohnen.

Arnold Julier

SOZIALE DIENSTE

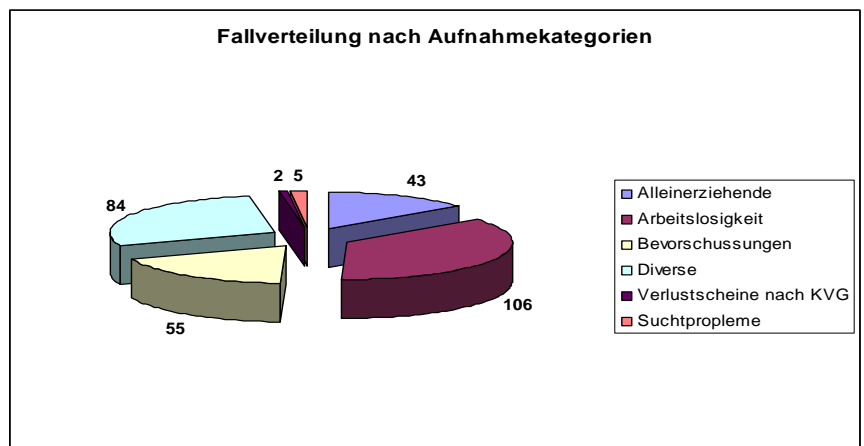
Armut und das heutige Sozialhilfewesen standen und stehen im Brennpunkt der Öffentlichkeit, was in den früheren Jahren nicht in diesem Ausmass der Fall war. Nur: die drängenden Probleme bleiben. Einerseits steigt von Jahr zu Jahr die Anzahl der Personen, die aus verschiedenen Gründen Sozialhilfe als letztes Netz unserer sozialen Institutionen in Anspruch nehmen müssen, andererseits wird der Verteilungskampf um die öffentlichen Finanzen immer härter.

Grundlage für die Ausgestaltung der Sozialhilfe in der Schweiz sind die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS).

Schwerpunkt der Teilrevision der SKOS-Richtlinien stand unter dem Motto: "Anreize schaffen zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration - Erwerbsarbeit muss sich lohnen".

Der Betrag für den Grundbedarf wurde leicht gekürzt und die Ansätze für den Einkommensfreibetrag erhöht. Der Kanton Basel-Landschaft hat diese Zielrichtung aufgenommen, die Sozialhilfeverordnung entsprechend angepasst und per 01.01.2006 in Kraft gesetzt.

Per Stichtag 31.12.2006 wurden bei der Sozialhilfebehörde Allschwil 295 aktive Dossiers notiert, 21 weniger als per Stichtag 2005. Bei der Fallentwicklung 2006 war der Höchststand der Sozialhilfefälle mit 329 im Februar und dem Tiefststand mit 287 im Oktober.



Um bestimmte Kenndaten und Administrativkosten für die Erbringung der Leistungen im Bereich der Sozialdienste vergleichbar zu machen, haben die Gemeinden Allschwil, Binningen, Münchenstein und Reinach (später kamen hinzu Aesch, Muttenz, Liestal und Riehen BS) im 2005 von den Zahlen 2004 ein Benchmarking-Projekt durchgeführt.

Die Schlussfolgerungen aus der Analyse haben für Allschwil die folgenden wichtigsten strategischen Massnahmen aufgezeigt:

- Reduktion der Fallbelastung pro 100%-Stelle
- Erweiterung der Integrationsmassnahmen
- Verbesserung des Verhältnisses Zahlfälle – Rückerstattungen

Aus der Analyse konnte festgestellt werden, dass Allschwil gegenüber den anderen beteiligten Gemeinden mit Abstand die höchste Fallbelastung pro 100 Stellenprozent in den Sozialen Diensten hat.

Zur Umsetzung der aus dem Kennzahlenvergleich resultierenden Massnahmen hat das Departement Soziale Dienste/Gesundheit dem Gesamtgemeinderat eine 100% Stellenaufstockung der Sozialarbeit beantragt. Der Gemeinderat hat dem Antrag zugestimmt und eine Einwohnerratsvorlage ausgearbeitet, die im 2007 traktandiert wird.

Wie in der Sozialhilfe hat sich im Berichtsjahr auch die Fallentwicklung im Vormundschaftsbereich stabilisiert. Waren Ende letztes Jahr 298 Fälle in Bearbeitung, reduzierten sich die Fälle auf Ende 2006 um 4 auf 294. Der Höchststand belief sich im Juli auf 303 und im November mit 279 Fällen auf dem Jahrestiefststand.

Zu den Änderungen des Sozialhilfegesetzes betreffend Eingliederung, der kantonalen Asylverordnung, Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz, revidierte Verordnung über die Kinder- und Jugendhilfe und zur Änderung der Sozialhilfeverordnung wurden Vernehmlassungen erstellt.

SPITEX-TAGESSTÄTTE FÜR BETAGTE

Im 2006 zeigte sich einmal mehr, dass die Spitex-Dienstleistungen Pflege, Hauswirtschaft, Tagesstätte und die Laustante eine Notwendigkeit für die Bevölkerung ist. In allen Kernbereichen nahmen die Anfragen zu.

Der Bedarf an Pflegeleistungen hat im vergangenen Jahr kontinuierlich auf 30'085 Einsätze zugenommen. Dies ergibt über 82 Pflegeeinsätze pro Tag während 365 Tagen im Jahr. Insgesamt wurden 11'122 Stunden geleistet, dies sind im Vergleich zum Vorjahr 1'265 Stunden mehr. Aber auch die Anzahl der Hauswirtschaftsleistungen hat zugenommen. Mit der Reorganisation des „Erweiterten Dienstes“ (Haushilfe) fanden die begonnenen Strukturanpassungen vom 2005 im Berichtsjahr ihren Abschluss. Nach jahrelangen Rückgängen wurde erstmals wieder ein Zuwachs verzeichnet.

Ebenfalls konnte die Reorganisation der Tagesstätte im 2006 abgeschlossen werden. Damit wurde das Versprechen gegenüber dem früheren Verein eingehalten, die Optimierungen innerhalb von 2 Jahren zu realisieren. Ab Januar 2007 wird - analog den bestehenden Dienstleistungsangeboten - auch in der Tagesstätte nach einem Bezugspersonensystem

gearbeitet. KVG-Leistungen, also Pflegeleistungen wie auch die Tages-Aktivitäten, werden durch geschultes Personal wahrgenommen. Die Tagesstätte verzeichnete eine Zunahme von 471 Betreuungstagen auf 2'888. Dies führte zu einer durchschnittlichen Besucherzahl von 11 Personen pro Tag.



Das Spitex-Zentrum gehört zu einem festen Dienstleistungsangebot von Allschwil. Das breit gefächerte Angebot reicht von der Anlaufstelle des Seniorendienstes, der Ernährungsberatung, der Feldenkraistherapie, dem CareCorner



der Firma Reha-Sys und der Fusspflege bis hin zu den Geschäftsstellen der Stiftung Tagesheime und der Mütter-/Väterberatung Leimental, deren operative Führung auf den 01.01.2006 übernommen wurde. Mit dieser Einbindung konnte dem gängigen Bild der Spitex, sie sei nur für ältere Menschen da, weiter entgegenwirkt werden. Die Spitex ist selbstverständlich für ältere und kranke Menschen der Ansprechpartner, aber nicht nur. Spitex ist auch für Säuglinge, Kleinkinder und deren Eltern da und leistet täglich Beratungs- und somit unverzichtbare Präventionsarbeit.

Wir stellen fest, dass das Spitex-Zentrum im Jahr 2006 vermehrt frequentiert wurde und sich einen Namen als

Anlaufstelle gemacht hat. Durch die Vielfalt der Angebote im Spitex-Zentrum entstand eine Durchmischung der Besucher, was den Betrieb erfreulich belebte.

SENIORENDIENST

Durch Beschluss der Vereinsnamensänderung an der Generalversammlung vom 29.03.2006 wurde die „Betagtenhilfe“ zum „Seniorendienst“. Das Dienstleistungsangebot und die Vereinsstruktur haben dabei keine Änderungen erfahren. Nach neusten Umfragen zum „Wohnen im Alter“ ist der Trend, dass die älteren Mitmenschen möglichst lange in der eigenen Wohnung bleiben möchten. Ziel des Seniorendienstes ist es, mit seinen vielfältigen Angeboten und Hilfeleistungen die Umsetzung dieses Wunsches zu erleichtern und sie dabei zu unterstützen. Aus der Jahresstatistik ist klar ersichtlich, dass die einzelnen Dienstleistungen und Angebote von den älteren Mitmenschen vermehrt in Anspruch genommen wurden. Nur Dank der vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer konnte die stetig steigende Nachfrage zur Zufriedenheit der Seniorinnen und Senioren erfüllt werden. Um den Aufgaben weiterhin gerecht werden zu können, wird es im 2007 Aufgabe des Vorstandes sein, die Anwerbung von Helferinnen und Helfer zu intensivieren.

ALTERSZENTRUM AM BACHGRABEN

Mit der Beschwerde gegen die öffentlich ausgeschriebene Arbeitsvergabe des Um- und Erweiterungsbaus wurde der Baubeginn um neun Monate verzögert. Auch während der Bauzeit summierte sich das zeitliche Defizit (das leider nicht aufgeholt werden konnte) und löste eine Kettenreaktion aus. So musste der vorgesehene Umzug in den Neubau um einen Monat verschoben werden. Die bereits komplett erstellte Umzugslogistik musste kurzfristig umgestellt werden, ebenso die interne Organisation. Die bereits aufgegebenen Zivildienstleistenden, die beim Umzug mitwirken sollten, konnten nicht mehr umdisponieren und es mussten andere Hilfskräfte für die Mithilfe rekrutiert und entlohnt werden. Mit der Verzögerung wurde die Geduld der Bewohnerinnen und Bewohner, die sich sehr auf das neue Zimmer gefreut hatten, stark strapaziert. Noch unangenehmer war es für die neu angemeldeten Personen, die sich zum vorgesehenen Termin ein Zimmer reserviert und ihre Wohnung entsprechend schon gekündigt oder aufgelöst hatten. Für diese konnte eine für alle zufrieden stellende Zwischenlösung gefunden werden, bevor die schönen und grosszügigen Zimmer, die mit eigenen Möbeln der Bewohnerinnen und Bewohner individuell ausgestattet sind, bezogen werden konnten.

Mit der Fertigstellung des Neubaus samt Zimmerbezug und der Inbetriebnahme von Zentralküche und Speisesaal ist der erste Teil des Projekts WandelStern abgeschlossen. Mit dem Beginn des Umbaus der bestehenden Gebäude ist der zweite Teil in Angriff genommen worden.

Mit dem Gesetz über die Pflege im Alter, das rückwirkend auf den 01.01.2006 und dessen Verordnung auf den 01.01.2007 in Kraft gesetzt wurde, werden den Gemeinden mehr Aufgaben und Verantwortung übertragen. Um diesem Aspekt Rechnung zu tragen hat der Gemeinderat eine Projektgruppe „Altersleitbild – Betreuung/Pflege im Alter“ gebildet.

TAGESHEIME

Der zentrale Auftrag dieser Einrichtung ist die Betreuung von Säuglingen und Kindern sowie - wenn nötig - die Unterstützung der Erziehungsberechtigten. Das Angebot der Kinderbetreuung in den Tagesheimen Baslerstrasse 255d und Bruckerhaus wurde auch im 2006 stark in Anspruch genommen. Insgesamt wurden 15'836 Betreuungstage geleistet (Vorjahr: 15'389). Dies bedeutet eine Steigerung um 447 Betreuungstage oder 16.45%. Die Auslastung beträgt für das Jahr 2006 95% (Vorjahr 92%).

Der Anteil der Elternbeiträge beläuft sich auf rund CHF 546'000. Inklusive Spendeneingänge und Projekterträge ergibt dies einen Ertrag von rund CHF 594'000 (Vorjahr: CHF 496'229). Der Eigenfinanzierungsgrad für das Jahr 2006 beträgt rund 35% (Vorjahr rund 28%). Erfreulich ist auch, dass die budgetierte Subventionssumme von CHF 1'207'100 wiederum unterschritten wurde. Im 2005 wurden die Kostenrechnungen mit den Eltern angepasst und die Überprüfung der Unterlagen verbessert. Alle Kostengeldrechnungen 2006 wurden einer umfassenden Prüfung unterzogen. Bei vier Familien musste eine Nachrechnung und bei einer Familie eine Rückvergütung vorgenommen werden, die zugunsten der Tagesheime CHF 11'800 betrug. Im Sinne einer Gleichbehandlung ist es wichtig, trotz Mehraufwand nebst den üblichen auch umfassende Kontrollen durchzuführen.

Das Tagesheim Baslerstrasse 255d wurde in den letzten zwei Jahren saniert. Waren es im 2005 die Fassade und die Fenster inklusiv Rollläden, wurden im 2006 die notwendigen Arbeiten im Inneren getätigt, womit nun den Kindern und Betreuerinnen ein renoviertes Tagesheim zur Verfügung steht.

Die Firma Actelion mit Sitz in Allschwil beauftragte die Stiftung Tagesheime, ein Tagesheim innerhalb der Firma zu projektieren. Vom Geschäftsführer, Peter Kury, wurde ein Konzept erarbeitet und im Dezember 2006 offiziell und termingerecht übergeben. Die weiteren Schritte der Firma Actelion werden im 2007 festgelegt.

TAGESELTERNVEREIN

Das Leistungsangebot der Tageseltern deckt, in Ergänzung zu den Angeboten der Tagesheime, die individuellen Bedürfnisse der Eltern und Alleinerziehenden ab. Die Anfrage nach Betreuungsplätzen stieg 2006 weiterhin an. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem sich neun Tagesmütter und dreiundzwanzig abgebende Eltern angemeldet haben, waren es 2006 vierzehn Tagesmütter und neunzehn abgebende Eltern. Für alle Kinder konnte die geeignete Tagesfamilie gefunden werden. Mit den bisher engagierten und den neuen Tagesmüttern standen dem Tageselternverein per 31.12.2006 total 41 Tagesmütter zur Verfügung, was ca. 63 Betreuungsplätzen entspricht.

Im Berichtsjahr stieg der Gemeindebeitrag an den Tageselternverein auf CHF 185'290.40. Gründe sind einerseits die vermehrte Beanspruchung der Dienstleistungen und andererseits die finanzielle Leistungsfähigkeit der Eltern, die tendenziell eher abnimmt.

MÜTTER- UND VÄTERBERATUNG

Das Angebot der Mütter-/Väterberatung wurde im 2006 vermehrt in Anspruch genommen. Die zentrale Aufgabe dieser Einrichtung ist die Beratung und Betreuung von jungen Eltern mit all ihren Sorgen rund um ihre Kleinkinder. Die Mütter-/Väterberatung leistet Präventionsarbeit. Frühzeitig Überforderungssituationen erkennen, um rechtzeitig handeln zu können, lautet die Devise.

Bedingt durch die stetig steigenden Anforderungen, die Bedingungen der Leistungsvereinbarung einzuhalten, die Verantwortung für das Personal zu tragen und die Angebotsqualität zu sichern, konnten nach

dem Rücktritt des gesamten Vereinsvorstandes auf Ende 2005 keine Mitglieder für die Vorstandsarbeit gefunden werden. Gemäss § 42, Abs. 1 des Gesundheitsgesetzes besteht für die Gemeinden eine gesetzliche Pflicht, das Beratungsangebot zu gewährleisten. Aufgrund dessen beauftragte ich Herrn Peter Kury, Geschäftsführer der Spitex Allschwil – Schönenbuch, ein Konzept zur Anbindung der Mütter-/Väterberatung Leimental (8 Gemeinden) auszuarbeiten. Das vorgelegte Konzept wurde an einer ausserordentlichen Mitgliederversammlung einstimmig genehmigt, ebenso wurden an der Mitgliederversammlung vom 30. Mai 2006 die neue Leistungsvereinbarung mit den Trägergemeinden sowie die angepassten Vereinsstatuten genehmigt. Zur Gewährleistung des Betreuungsangebotes ohne Unterbruch konnte mit einem auf ein Jahr befristeten Leistungsauftrag per 01.01.2006 das operative Geschäft der Spitex Allschwil übertragen werden, der ab 01.01.2007 in einen unbefristeten Vertrag umgewandelt wurde. Für alle Beteiligten war es eine grosse Herausforderung, die Dienstleistungen ohne Unterbruch zu gewährleisten, galt es doch Bewährtes zu erhalten und mit Neuem zu vernetzen. Die Umstrukturierung hat sich auf die Betreuung und Beratung positiv ausgewirkt und entspricht den Bedürfnissen der Eltern.

ASYLWESEN

Gesamtschweizerisch wurden im 2006 gemäss Bundesamt für Migration 10'537 Asylgesuche gestellt. Damit ist die Zahl der Gesuche im Vergleich zum Vorjahr um 4.7 % gestiegen. Dies wirkte sich auch auf das Wohnheim und Durchgangszentrum „ATLAS“ Allschwil aus. Die durchschnittliche Jahresbelegung stieg von 72 auf 100,2 Personen.

Deutlich Zugenommen haben Asylgesuche aus Eritrea. Ein Grund für den Anstieg liegt darin, dass gemäss dem im Frühjahr 2006 publizierten Entscheid der Asylrekurskommission Deserteuren und Dienstverweigerern aus Eritrea in der Regel Asyl zu gewähren sei. Dies führte offenkundig dazu, dass sich ganze Personengruppen veranlasst sahen, ein Zweitgesuch einzureichen.

Das Beschäftigungsprogramm für Asylsuchende in Zusammenarbeit mit dem Werkhof, das bereits im 2005 begonnen hatte, lief - abgesehen von kleineren Sprachproblemen - für alle Beteiligten gut. Die Entschädigung der Asylsuchenden wurde je zur Hälfte vom Kanton und der Gemeinde Allschwil bezahlt. Am 24. September 2006 hat das Schweizer Volk mit 67 % die Teilrevision des Asylgesetzes angenommen. Die Inkraftsetzung dieser Gesetzesänderung und der entsprechenden Vollzugsverordnungen erfolgt in zwei Etappen. Die ersten Änderungen, die auf den 01.01.07 in Kraft gesetzt werden, sind die Zwangsmassnahmen, die neue Formulierung der Nichteintretensgründe im Asylverfahren, die Härtefallregelung und die verbesserte Rechtsstellung der vorläufig Aufgenommenen.

Arnold Julier, Gemeinderat

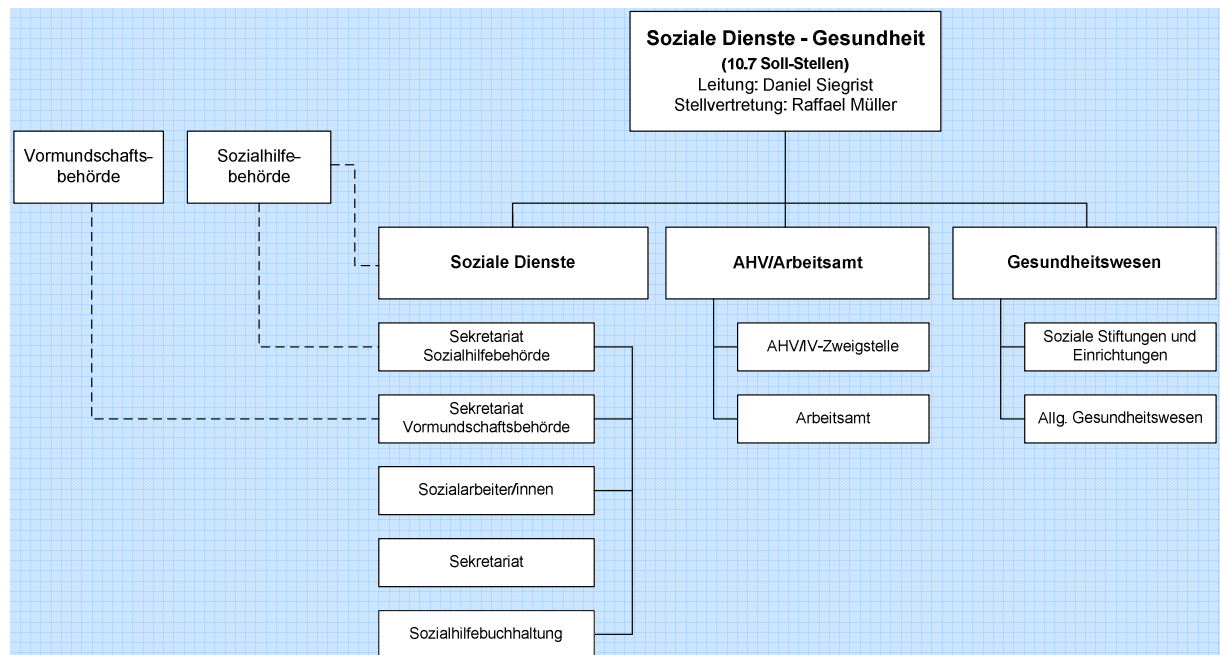
LEISTUNGSAUFRÄGE DES DEPARTEMENTS SOZIALE DIENSTE - GESUNDHEIT

Dem Departement Soziale Dienste – Gesundheit sind folgende Leistungsaufträge der Verwaltung zugeordnet:

- 761 Freie Beratung – Prophylaxe
- 762 Leistungen im Sozialbereich
- 763 Leistungen im Vormundschaftsbereich
- 765 Asylwesen
- 771 Stiftungen und Soziale Beitragsleistungen
- 772 Partnerschaftliche Sozialhilfeleistungen
- 781 Gesundheitswesen
- 782 AHV-Zweigstelle – Arbeitsamt

Sämtliche Leistungsaufträge bzw. –berichte stehen auf www.allschwil.ch > Die Gemeinde informiert > Gemeindeentwicklung zur Verfügung.

ORGANIGRAMM HAUPTABTEILUNG SOZIALE DIENSTE – GESUNDHEIT; STAND 31.12.2006



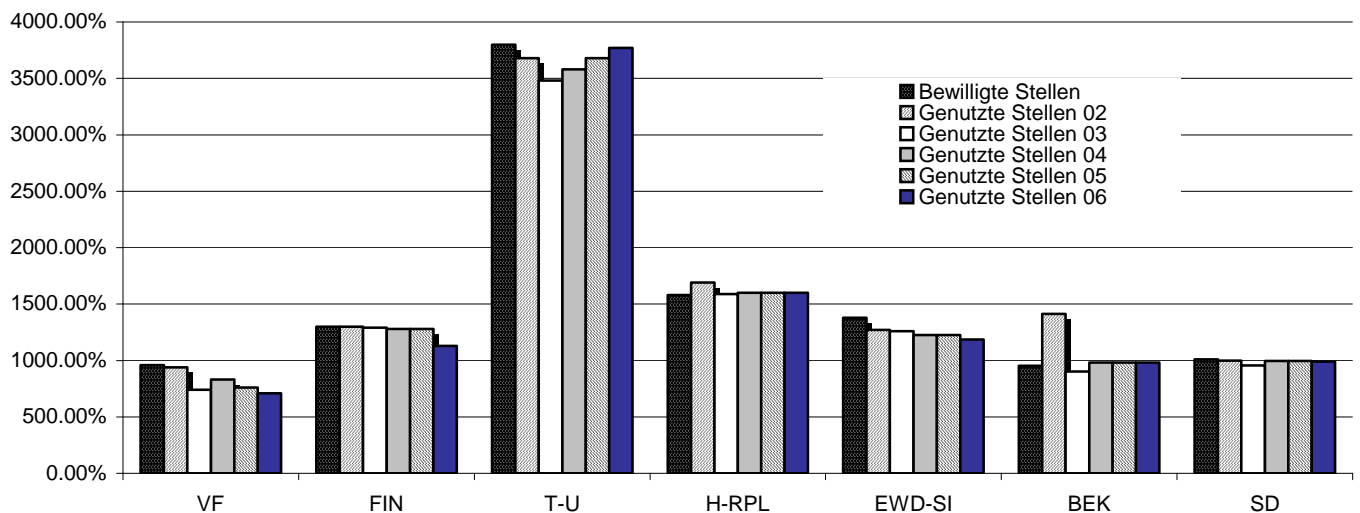
Stellenplan

Personalverzeichnis

Stand: 31. Dezember 2006

NUTZUNG DER BEWILLIGTEN STELLEN PER 31. DEZEMBER 2006

	Genutzte Stellen (IST-Stellen)	Bewilligte Stellen (SOLL-Stellen)
Verwaltungsführung (VF)	710.00 %	960.00 %
Finanzen – Steuern (FIN)	1130.00 %	1240.00 %
Tiefbau – Umwelt (T-U)	3770.00 %	3800.00 %
Hochbau – Raumplanung (H-RPL)	1600.00 %	1580.00 %
Einwohnerdienste – Sicherheit (EWD-SI)	1185.20 %	1380.00 %
Bildung - Erziehung - Kultur (BEK)	982.50 %	952.50 %
Soziale Dienste – Gesundheit (SD)	990.00 %	1070.00 %
TOTAL GENUTZTE STELLEN	10'367.70%	10'982.50 %



Abkürzungen:

AL: Abteilungsleiter/in
 HA: Hauptabteilung
 HAL: Hauptabteilungsleiter/in
 SB: Sachbearbeiter/in
 Stv.: Stellvertreter/in

Verwaltungsbereich / Hauptabteilung	Name Vorname	Funktion Aufgabe	SOLL- Stellen gem. bew. Plan	Nutzung 31.12.06
VERWALTUNGSFÜHRUNG				
Führung der Gesamtverwaltung	Kamber Max	Gemeindeverwalter	100.00%	100.00%
Personalabteilung	Vecchi Regina	SB Personalwesen	50.00%	60.00%
	Sifrig Carmen	SB Personalwesen	100.00%	50.00%
Rechtsdienst	Weis Andreas	Jurist	50.00%	50.00%
Wirtsch.förderung / Marketing	Traub Gisela	Stabsstelle WiFö / Marketing	0.00%	10.00%
	Hüllstrung Cornelia	SB WiFö / Mark. / Wahlen-Abst.	80.00%	20.00%
Sekretariat Einwohnerrat	Weis Andreas	SB Sekretariat Einwohnerrat	100.00%	50.00%
Öffentliche Informat./ Berichtswesen / Sekretariatsdienste (Gemeinderat)	Rudolf-von-Rohr Markus	Gemeindeverwalter-Stv.	100.00%	100.00%
<i>Sekretariat Gemeinderat</i>			100.00%	0%
Komm. / Informationsdienste	Porchet Nicole	SB Komm. / Informationsdienste Sekretariatsdienste	80.00%	80.00%
Informationstechnik IT	Schönenberger Daniel	Leiter Informatik	100.00%	90.00%
	Meier Urs	Informatiker	100.00%	100.00%
Int. Verwaltungsdienste	Bohrer Guido	SB Verwaltungsdienste*	100.00%	100.00%
*) Dem Stellenplan nicht angerechnet				
TOTAL Verwaltungsführung			960.00%	710.00%
Auszubildende	Amweg Viola	KV-Lehrling; ab 8.2006		
	Hauck Karin	KV-Lehrling; ab 8.2005		
	Bucher Selim	KV-Lehrling; ab 8.2004		
	Sommer Nicole	Informatik-Lehrling; ab 8.2004		
	vakant	Lehrling Landschaftsgärtner		
	vakant	Vorlehrling		
Praktika / Volontariate	vakant	Rechtsdienst		
	vakant	Soziale Dienste		
	Domb Noémie	Soziale Dienste		
	vakant	Erziehungsberatung		
	vakant	Logopäd. Dienst		
	Weisskopf Stefanie	Jugendfreizeithaus / Robi		
HAUPTABTEILUNG FINANZEN – STEUERN				
Finanzen / Steuern	Holzer Jacqueline	Hauptabteilungsleiterin	100.00%	100.00%
Rechnungswesen	Minzer Gregor	AL Rechnungswesen/HAL-Stv.	100.00%	100.00%
	Guggisberg Anita	SB Lohnbuchhaltung	100.00%	100.00%
	vakant	SB Buchhaltung	10.00%	0.00%
	Moser Beatrice	SB Debitorenbuchhaltung	100.00%	80.00%
	Scherrer Kathrin	SB Kreditorenbuchhaltung	100.00%	100.00%
Steuern	Reinhardt Walter	AL Steuern	100.00%	100.00%
	Baumann Silvia	SB Veranlagungen	100.00%	100.00%
	Caviezel Roland	SB Veranlagungen	100.00%	100.00%
	Feigenwinter Marceline	SB Verrechnungssteuer	50.00%	50.00%
	Gross Walter	SB Veranlagungen	100.00%	100.00%
	Ming Anton	SB Veranlagungen	100.00%	100.00%
	vakant	SB Sekretariat	80.00%	0.00%
	Weiss Tobias	SB Veranlagungen	100.00%	100.00%
	TOTAL HA Finanzen – Steuern			1240.00%

Verwaltungsbereich / Hauptabteilung	Name Vorname	Funktion Aufgabe	SOLL- Stellen gem. bew. Plan	Nutzung 31.12.06
HAUPTABTEILUNG TIEFBAU – UMWELT				
Tiefbau - Umwelt	Linder Andres	Hauptabteilungsleiter	100.00%	100.00%
Tiefbau	Reber Erich	Projektleiter-HAL-Stv.	100.00 %	90.00 %
	Laugel Philippe	Techn. Mitarbeiter	100.00%	100.00%
	Mangold Kurt	Techn. Mitarbeiter	100.00%	100.00%
	Neuenschwander Andreas	Techn. Mitarbeiter	50.00%	30.00%
	Ziegler Christa	SB Sekretariat	70.00%	50.00%
Regiebetriebe (Werkhof)	Buser Kurt	AL Regiebetriebe	100.00%	100.00%
Umwelt	Dill Andreas	SB Umwelt	80.00%	100.00%
	Total Tiefbau - Umwelt		700.00%	670.00%
Wasserversorgung	Schönenberger Wolfgang	Vorarbeiter	100.00%	100.00%
	Oberli Stephan	Techn. Mitarbeiter	100.00%	100.00%
	Pollinger Mario	Techn. Mitarbeiter	100.00%	100.00%
	Stoehr Patrick	Techn. Mitarbeiter	100.00%	100.00%
	Pfister Christian	Techn. Mitarbeiter	100.00%	100.00%
Dienste	Vollenhals Franz	Vorarbeiter	100.00%	100.00%
	Baur Werner	Handwerker	100.00%	100.00%
	Dürst Sergio	Handwerker	100.00%	100.00%
	Kunz Guido	Handwerker	100.00%	100.00%
	Bringolf Hans	Handwerker	100.00%	100.00%
	Schwendimann Ernst	Handwerker	100.00%	100.00%
	Simon Peter	Handwerker	100.00%	100.00%
	Suter Walter	Handwerker	100.00%	100.00%
Baulicher Unterhalt	Göpfert Marcel	Vorarbeiter	100.00%	100.00%
	Gschwind Dieter	Handwerker	100.00%	100.00%
	Platt Peter	Handwerker	100.00%	100.00%
	Riedo Alfons	Handwerker	100.00%	100.00%
	Schneider Bernd	Handwerker	100.00%	100.00%
	Stradiotti Antonio	Handwerker	100.00%	100.00%
	Vogt Josef	Handwerker	100.00%	100.00%
Gartenbau	Nägeli Hans Peter	Vorarbeiter	100.00%	100.00%
	Heiber Ruedi	Handwerker	100.00%	100.00%
	Hochstrasser Georg	Sportplatzwart	100.00%	100.00%
	Huber Markus	Handwerker	100.00%	100.00%
	Muller Nicolas	Handwerker	100.00%	100.00%
	Schmitt Bernard	Handwerker	100.00%	100.00%
	Vallat Michel	Handwerker	100.00%	100.00%
	Naas Olivier	Handwerker	100.00%	100.00%
Friedhof	Frey Rahel	1. Friedhofgärtnerin	100.00%	100.00%
	Burger Denis	Handwerker	100.00%	100.00%
	Widmer Viktor	Handwerker	100.00%	100.00%
	Total Regiebetriebe		3100.00%	3100.00%
	GESAMTTOTAL HA Tiefbau - Umwelt		3800.00%	3770.00%

Verwaltungsbereich / Hauptabteilung	Name Vorname	Funktion Aufgabe	SOLL- Stellen gem. bew. Plan	Nutzung 31.12.06
HAUPTABTEILUNG HOCHBAU – RAUMPLANUNG				
Hochbau – Raumplanung	Stammbach Walter	Hauptabteilungsleiter	100.00%	100.00%
	Giske Andreas	HAL Stv.	100.00%	100.00%
	Beutler Therese	SB Sekretariat	70.00%	70.00%
	Jenny René	SB Gebäudeunterhalt	100.00%	100.00%
	Neuenschwander Andreas	Techn. Mitarbeiter	50.00%	70.00%
	Rechsteiner Walter	SB Liegenschaftsdienst	100.00%	100.00%
	Segglinger Ornella	SB Katasterwesen	50.00%	60.00%
	vakant	Sachbearbeitung	10.00%	0.00%
	Total Hochbau – Raumplanung		580.00%	600.00%
Hauswarte – Betriebspersonal	Baumann Rudolf	HW Schulzentrum NA	100.00%	100.00%
	Wyss Manfred	HW SH Gartenstrasse	100.00%	100.00%
	Gloor Hugo	HW SH Lettenweg	100.00%	100.00%
	Sumi Andreas	HW Gemeindezentrum	100.00%	100.00%
	Wallnöfer Joseph	HW SH Schönenbuchstrasse	100.00%	100.00%
	Matt Adolf	HW SH Bettenacker	100.00%	100.00%
	Roth Marcel	HW SH Breite	100.00%	100.00%
	Zumsteg Oswald	HW Neuallschwil SZ / SH	100.00%	100.00%
	Kraft Uwe	Badmeister SZ Neuallschwil	100.00%	80.00%
	Amann Markus	Badmeister SZ Neuallschwil	100.00%	100.00%
	Waltisberg René	Badm-Stv. SZ Neuallschwil	0.00%	20.00%
	Total Betriebspersonal		1000.00%	1000.00%
	GESAMTTOTAL HA Hochbau – Raumplanung		1580.00%	1600.00%
HAUPTABTEILUNG EINWOHNERDIENSTE - SICHERHEIT				
Einwohnerdienste - Sicherheit	Helmy Scharaf	Hauptabteilungsleiter	100.00%	100.00%
	vakant	SB EWD - Sicherheit	50.00%	0.00%
Sicherheit	Brefin Dorothea	Sektionschefin/Zivilschutzstellenit.	100.00%	20.00%
	Brefin Dorothea	SB Sicherheit	50.00%	50.00%
	Hartmann Claude	Techn. Mitarbeiter	100.00%	100.00%
Gemeindepolizei	Schäfer Heinz	AL Gemeindepolizei, HAL-Stv.	100.00%	100.00%
	Gerber Thomas	Gemeindepolizist	100.00%	100.00%
	Meyer Andreas	Gemeindepolizist	100.00%	100.00%
	Kleiber Andreas	Gemeindepolizist	100.00%	100.00%
Einwohnerdienste (AllService)	Traub Gisela	AL AllService	80.00%	80.00%
	vakant	SB AllService	20.00%	0.00%
	Feldmann Ernst	SB AllService	100.00%	100.00%
	Uhler Peter	SB AllService	80.00%	80.00%
	Schmitt Claudia	SB AllService	50.00%	50.00%
	Schmid Eveline	SB AllService	100.00%	50.00%
Bestattungswesen	Segglinger Ornella	SB Bestattungswesen	30.00%	40.00%
	Uhler Peter	SB Bestattungswesen	20.00%	20.00%
Telefon - Empfang	Aschwanden Nicole	SB AllService	63.70%	59.50%
	Knup Sandra	SB AllService	36.30%	35.70%
	TOTAL HA Einwohnerdienste -Sicherheit		1380.00%	1185.20%

Verwaltungsbereich / Hauptabteilung	Name Vorname	Funktion Aufgabe	SOLL- Stellen gem. bew. Plan	Nutzung 31.12.06
HAUPTABTEILUNG BILDUNG – ERZIEHUNG - KULTUR				
Bildung - Erziehung - Kultur	Weishaupt Huber Charlotte	Hauptabteilungsleiterin	80.00%	80.00%
Sekretariate BEK	Benz Renate	SB Schulsekretariate	70.00%	70.00%
	Gisler Silvia	SB Sekretariate	50.00%	40.00%
	Liebi Edith	SB Sekretariate	0.00%	10.00%
	Vogt Claudia	SB Sekretariate	60.00%	60.00%
Musikschule -Sekretariat	Liebi Edith	SB Sekretariat	60.00%	60.00%
	Romera Nadine	SB Sekretariat	34.30%	34.30%
Erziehungsber.- Schulpsych. Dienst	Neidhart Sybille	AL EB - SPD	85.00%	70.00%
	Rüfli Sandra	SB Sekretariat	43.20%	43.20%
	Zimmerli Alexandra	Psychologin	50.00%	50.00%
	Goetschel Philippe	Psychologe	50.00%	65.00%
Jugend - Freizeit	Kraus Heinz	AL Jugend-Freizeit, HAL-Stv.	100.00%	100.00%
	Back Peter	Jugendarbeiter	100.00%	100.00%
	Kühner Caroline	Jugendarbeiterin	50.00%	50.00%
	Lang Wenger Désirée	Jugendarbeiterin	60.00%	60.00%
	Nobile Michel	Jugendarbeiter	60.00%	60.00%
	Geissmann Claudia (befristet)	Historikerin	0.00%	30.00%
	TOTAL HA Bildung - Erziehung - Kultur		952.50%	982.50%

HAUPTABTEILUNG SOZIALE DIENSTE

Soziale Dienste - Gesundheit	Siegrist Daniel	Hauptabteilungsleiter	80.00%	90.00%
	Müller Raffael	Sozialarbeiter, HAL-Stv.	90.00%	90.00%
Soziale Dienste	Surber Silvan	Sozialarbeiter	90.00%	80.00%
	Marfurt Alice	Sozialarbeiterin	70.00%	65.00%
	Selz Rainer	Sozialarbeiter	90.00%	90.00%
	Koller Susanne	Sozialarbeiterin	60.00%	60.00%
	Weis Gabriele	Sozialarbeiterin	60.00%	65.00%
Sekretariate	Lamon Jeanette	SB Vormundschaftsbereich	50.00%	70.00%
	Strähl Nadja	SB Sozialhilfebuchhaltung	60.00%	80.00%
	Mangold Regina	SB Sozialhilfebereich	70.00%	80.00%
	Marinus Susanne	SB Sekretariate	90.00%	70.00%
	Suter Erika	SB Sekretariate	80.00%	80.00%
AHV/IV-Stelle / Arbeitsamt	vakant	SB AHV/IV-Arbeitsamt	100.00%	0.00%
	Loetscher Ursula	SB AHV/IV-Arbeitsamt	80.00%	70.00%
	TOTAL HA Soziale Dienste - Gesundheit		1070.00%	990.00%

Allschwil in Zahlen

STAND: 31. DEZEMBER 2006

	2003	2004	2005	2006
BEVÖLKERUNG				
Einwohnerinnen und Einwohner	18'458	18'341	18'348	18'627
Stimm- und Wahlberechtigte	12'941	12'967	12'922	13'010
Steuerpflichtige natürliche Personen 1)	11'500	11'500	11'570	11700
Steuerpflichtige juristische Personen	700	700	730	770
FINANZKENNZAHLEN				
Nettoverschuldung pro Kopf in CHF	1'802	2'068	1'814	1'402
Steueraufkommen pro Kopf in CHF	2'553	2'504	2'511	2'472
Selbstfinanzierungsgrad in %	122,5	39,5	2) -	23,0
Selbstfinanzierungsanteil in %	4,5	5,1	8,0	2,5
Kapitaldienstanteil in %	6,2	6,0	5,8	8,5
Zinsbelastungsanteil in %	1,7	1,1	0,7	1,2
WIRTSCHAFT - GEWERBE				
Betriebe und Unternehmen 3)	781	1'177	1'200	1'052
Neu angesiedelte Betriebe und Unternehmen	56	57	57	68
Weggezogene/aufgelöste Betriebe und Unternehmen	46	51	44	42
Arbeitsplätze 3)	7'858	7'850	7'837	7'837
Gewährte Steuererleichterungen für neu angesiedelte Betriebe	1	1	0	0
BAUTÄTIGKEIT				
Bestand Einfamilienhäuser (gem. BGV)		1'985	2'038	2'049
Bestand Gewerbe- / Industriebauten (gem. BGV)		263	264	267
Bestand Wohnungseinheiten (gem. BGV)	9'246	9'250	9'312	9'393
ALLGEMEINES				
Gesamtfläche Gemeindegebiet in ha		892	889	889
- davon Wohn- und Siedlungsgebiet in ha	Flächendifferenzen resultieren aus der Neuvermessung AV 93	376	383	383
- davon Landschaftsgebiet in ha		516	506	506
Gesamtfläche aller Wohnzonen in ha		174	215	215
Gesamtfläche aller Gewerbebezonen		68	68	68
Gesamtfläche Strassen, OeW-Zonen, übrige Verkehrsflächen in ha			100	100
Strassennetz, Gesamtlänge in km		35	36	36.6
Wasserleitungsnetz, Gesamtlänge in km		64	4) 67	70.7

1) Ehepaare gelten als ‚eine‘ natürliche Person

2) Einnahmenüberschuss aufgrund hoher Anwender- und Anschlussbeiträge

3) Seit 2003 werden alle Betriebe erfasst, die in Allschwil Steuern zahlen

4) Korrektur durch Grundlagenbereinigung

5) Berechnungen angepasst an Vorgaben des Statistischen Amtes Basel-Landschaft

Schulrat Kindergarten und Primarschule

Geschäftsbericht 2006

Präsidentin: Corinne Corvini-Gadola
Vizepräsidentin: Daniela Werren Kienzler

ALLGEMEINES

Der Schulrat erledigte die Geschäfte des Kindergartens und der Primarschule im Amtsjahr 2006 (1. Januar bis 31. Dezember 2006) an einer ausserordentlichen und 12 ordentlichen Sitzungen. Die anfallenden Arbeiten und Geschäfte wurden von der Präsidentin oder der Vizepräsidentin mit der Schulleitung von Kindergarten und Primarschule laufend besprochen und erledigt. Die Präsidentin hat regelmässig an den Sitzungen der Präsidentenkonferenz der Basellandschaftlichen Schulräte in Liestal teilgenommen und den anderen Schulräte Informationen aus dem Bildungsbereich weitergeleitet.

Auf Beginn des Schuljahres 2006/2007 wurden an den Kindergärten in Allschwil die Blockzeiten eingeführt.

SACHGESCHÄFTE

Im Februar 2006 hat der Schulrat Herrn Daniel Siegrist von den Sozialen Diensten dazu eingeladen, anlässlich einer Schulratssitzung seine Arbeit und deren allfälligen Auswirkungen auf die Tätigkeit der Schulräte vorzustellen.

Der Schulrat hat im Mai 2006 über die Einführung des Musik-Grundkurses 2 an der Primarschule beraten und sich für dessen Einführung ausgesprochen.

Weiter hat der Schulrat im Jahr 2006 auch über das Budget beraten, über den geplanten Tageskindergarten sowie über das Vorgehen bei Krisenherden in der Schule diskutiert, das Aufgabenorganigramm der Schulleitung genehmigt und gegen Ende des Jahres der Schulleitung die Ausarbeitung eines Modells für eine neue Form der Begabungsförderung in Auftrag gegeben. Astrid Ruckstuhl und Daniela Werren Kienzler haben an den Veranstaltungen „Mein Kind kommt in den Kindergarten“ und „Mein Kind kommt in die Schule“ den Schulrat und dessen Aufgaben vorgestellt.

Der Schulrat hat im 2006 über 11 Gesuche und Anträge beraten. Gesuche, welche eine Kostengutsprache beinhalteten, wurden dem Gemeinderat durch den Schulrat vorgelegt.

Die Vizepräsidentin des Schulrates, Frau Daniela Werren Kienzler, hat Einsitz genommen in der Arbeitsgruppe Tagesschule.

KLASSENBILDUNG

Auf Beginn des Schuljahres 2006/2007 wurden an der Primarschule sechs 1. Regel- und 1 Einführungsklassen 1 gebildet. Insgesamt wurden damit im Schuljahr 2006/2007 33 Regelklassen sowie 8 Einführungs- und Kleinklassen geführt.

Die massgebende Schülerzahl betrug total 690 in den Regel- und 88 in den Einführungs- und Kleinklassen. Das ergibt für die Regelklassen einen Klassendurchschnitt von 20.9 und für die Einführungs- und Kleinklassen einen Durchschnitt von 11 Schülerinnen und Schülern pro Klasse.

Im Kindergarten konnten im Schuljahr 2006/2007 aufgrund eines gutgeheissenen Ausnahmeantrags 15 Klassen und damit eine mehr als das Jahr zuvor, geführt werden. Die massgebende Zahl an Kindergartenkindern betrug total 291. Das ergibt einen Durchschnitt von 19.4 Kindern pro Kindergarten.

Als Pilotprojekt wurde eine Intergrationsklasse, zusammengesetzt aus Kindern der 1. Regelklasse sowie 4 Kindern der Heilpädagogischen Schule Münchenstein und unterstützt von 3 Lehrpersonen im Schulzentrum Neuallschwil, gegründet. Die bis dato vorliegenden Rückmeldungen stimmen diesbezüglich sehr positiv.

PERSONELLES

In der Primarschule wurde auf das Schuljahr 2006/2007 für die Mittelstufe eine neue Lehrkraft in einer Pensenteilung unbefristet angestellt. Für das ISF-Pensum und für den DaZ-Unterricht (Deutsch als Zweitsprache) wurde ebenfalls je eine neue Lehrerein unbefristet angestellt. Per 1. Februar 2007 wird eine weitere neue Lehrkraft als Schulische Heilpädagogin eine unbefristete Anstellung in Allschwil antreten.

Im Januar 2006 hat die Schulleitung mit einer neuen Struktur das Jahr begonnen. Neu steht der gemeinsamen Schulleitung Kindergarten und Primarschule nur noch eine Führungsperson, Herr Marc Arnold, vor.

Die Präsidentin und die Vizepräsidentin sowie in einem Fall der Gemeinderat, Herr Heinz Giger, haben mit den Mitgliedern der Schulleitung im November 2006 Mitarbeitergespräche durchgeführt.

REKURSE

Im Jahr 2006 hat der Schulrat 8 Rekurse behandelt. Von den Rekursen betreffend Kindergarten- oder Schulhauszuteilung wurden vom Schulrat 5 gutgeheissen und drei abgelehnt. Keiner der abgewiesenen Rekurse wurde an den Regierungsrat weiter gezogen.

TAG DER VOLKSSCHULE UND ORTSKONFERENZ

Am 22. September 2006 fand kantonsweit der Tag der Volksschule unter dem Motto „Alltagsstärken-starker Alltag“ statt. Gestaltet hat diesen sehr interessanten Tag die Schulleitung.

Die Ortskonferenz wurde am 27. Oktober 2006 schulhaus- bzw. kindergartenweise durchgeführt. Die Mitglieder des Schulrates haben sich den verschiedenen Kollegien angeschlossen. Zeitgleich hat an diesem Tag auch die „Didacta“ an der Messe Basel stattgefunden, weshalb das Nachmittagsprogramm der Primarschule damit verbunden wurde.

AUSBLICK

Ziel des Schulrates im neuen Jahr wird es sein, die Schulleitung in ihrer neuen Struktur zu stärken, auf Anliegen der verschiedenen Schulbeteiligten einzugehen und wo möglich Änderungen anzureissen. Vermehrt soll auch ein Einblick in den Schulalltag gewonnen werden, weshalb der Schulrat im März 2007 eine so genannte Schulbesuchswoche für die Schulräte lanciert.

Im Weiteren werden für den Schulrat so wichtige Themen wie die Begabungsförderung und die Integrationsklasse für Behinderte auf der Aufgabenliste zuoberst stehen. Am 29. Oktober 2007 wird überdies unter der Federführung des Schulrates wieder eine schulhaus- und stufenübergreifende Ortskonferenz stattfinden.

Corinne Corvini-Gadola

Präsidentin Schulrat Kindergarten und Primarschule

Schulrat Sekundarschule

Geschäftsbericht 2006

Präsident: Giulio Vögelin
Vizepräsidentin: Ursula Steiner

ORGANISATORISCHES

Im Geschäftsjahr wurden 8 ordentliche Sitzungen sowie 1 ausserordentliche Sitzung durchgeführt. Bei so genannten ausserordentlichen Sitzungen, es sind jeweils nur die gewählten Mitglieder anwesend, werden Themen traktandiert, welche vorwiegend organisatorischen Charakter haben, die die Schulleitung nicht tangieren. Da der Schulrat aber auch die vorgesetzte Behörde der Schulleitung ist, war diesmal jedoch auch die Arbeit der Schulleitung wie auch der Umgang des Schulrates gegenüber den Medien, im Zusammenhang mit Rassismussvorfällen, ein Thema. Einiges zu diesen Vorfällen war ja auch den Medien zu entnehmen.

Zur Vorbereitung der Sitzungen fanden auch regelmässig Gespräche zwischen dem Präsidenten und der Schulleitung statt. Es wurden diverse laufende Geschäfte besprochen oder erledigt, sowie Informationen ausgetauscht. Zudem nahm der Präsident an den Sitzungen der Präsidentenkonferenz BL teil.

Auch in diesem Jahr hat sich die zu Beginn der Legislatur getroffene Vereinbarung zwischen Schulleitung und Schulrat, dass die Schulleitung an den Schulratssitzungen durch den Rektor vertreten wird und nur bei speziellen Sachgeschäften die zuständigen Konkretoren auch teilnehmen, bewährt. Daher bleibt sie weiterhin bestehen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr nahmen an 2 Sitzungen jedoch alle Schulleitungsmitglieder teil. Die Eine wegen der Vorfälle im Zusammenhang mit Rassismus sowie Klassenbildung und Schülerzahlen für das kommende Schuljahr, die Andere wegen Fragen betreffend Umgang des Lehrkörpers und des Schulrates mit den Medien. Diverse Mitglieder nahmen wiederum an einigen Veranstaltungen teil, welche vom BKSD (Bildungs- Kultur- und Sportdirektion), dem AVS (Amt für Volksschulen) und anderen Organisationen durchgeführt wurden.

PERSONELLES

Auf Ende Schuljahr 05/06, also im Sommer, verliess Heidi Brügger nach langjähriger Mitgliedschaft den Rat. Gesundheitliche Gründe wie auch der Gedanke, einer jüngeren Person Platz zu machen und dieser damit Gelegenheit zu geben, sich im Bereich Jugend und Bildung als Schulratsmitglied in die Aufgaben und Arbeiten einer Kommune einzuarbeiten und eigene Gedanken und Ideen einzubringen, bewogen sie zu diesem Schritt.

Es sei ihr an dieser Stelle nochmals recht herzlich für ihre engagierte Mitarbeit im Gremium gedankt. Sie war nie um ein direktes Wort verlegen und brachte ihre Ansichten engagiert in die Diskussionen ein. Wie es der Zufall will, wählte der Einwohnerrat als Nachfolgerin ihre Tochter, Frau Sandra Lampart-Brügger, die sich mittlerweile gut eingelebt hat. Somit setzt sich der Schulrat zusammen aus den Damen Ornella Schneider, Ursula Steiner und Sandra Lampart, sowie den Herren Dr. Jan Stransky, Daniel Heini und Giulio Vögelin. Die Vertretung von Schönenbuch ist nach wie vor Frau Bernadette Schoeffel. Als Aktuarin fungiert Ornella Schneider, Ursula Steiner wirkt nach wie vor als Vizepräsidentin und Giulio Vögelin als Präsident. Die Schulleitung, welche in corpore Mitglied des Schulrates ist, setzt sich unverändert aus Paul Glanzmann, Dieter Maerki, Roland Ambühl und Rolf Betschart zusammen. Als Nachfolger von Frau Kathrin Kovacs hat sich auch der vom LehrerInnen-Konvent gewählte Josef Gambon bereits gut eingelebt. Zusammen mit Matthias Küchenmeister vertritt er die Anliegen der Lehrerinnen und Lehrer.

ARBEITEN / GESCHÄFTE

Das gesamtschweizerische Grossprojekt „Konkordat HarmoS“, zu welchem sich die Kantone bis Ende November 06 vernehmen lassen konnten, will die EDK (Erziehungsdirektorenkonferenz) auf Ende 2007 zu Händen der Kantone verabschieden, damit diese den Ratifizierungsprozess einleiten können. Die neue Vereinbarung wird das heute noch gültige Schulkonkordat von 1970 aktualisieren und substanziell erweitern. Der Schulrat fände indessen eine inhaltliche Harmonisierung der Lehrpläne wichtiger als eine technische, wie die Umstellung von 5/4 auf 6/3. Auch eine klare Festlegung, mit welcher Fremdsprache gesamtschweizerisch zu beginnen sei, wäre sinnvoll. Da eine Umstellung auf 3 Jahre Sekundarschule aber noch offen ist und eine neue Situation betreffend Schulbauten darstellen würde, trat die Projektgruppe „Schulbauten-Schulraumplanung“, in welcher Daniel Heini den Schulrat vertritt, im Berichtsjahr nicht zusammen.

Leider war Rassismus eines der Themen, welches den Schulrat in vermehrtem Masse beanspruchte. Entsprechende Vorkommnisse gegenüber einem Mitschüler veranlassten dessen Mutter eine Beschwerde auch beim Schulrat einzureichen, nachdem sie die bereits von der Schulleitung eingeleiteten Massnahmen als unzureichend erachtete. Die Anhörung führte dazu, dass sich Vertreter der Schulleitung wie auch des Schulrates vor der betroffenen Klasse äusserten. Die Schulleitung initiierte zusätzlich eine Klassenintervention, bei der die Klasse speziell zum Thema Rassismus / Mobbing / Ausgrenzung sensibilisiert wurde.

In diesem Zusammenhang führte der Schulrat auch Anhörungen der betroffenen Klassenlehrer durch, welche nach Ansicht des Schulrates im Umgang mit den Medien nicht genügend Sorgfalt walten liessen. Die aus den Anhörungen resultierenden personalrechtlichen Verfügungen gegenüber den beiden Lehrern wurden von diesen jedoch nicht akzeptiert und sie gelangten mit Unterstützung ihrer Anwälte mit einer Eingabe an den zuständigen Regierungsrat Wüthrich. Die Anhörungen der Parteien führten in der Folge zu einer Aufhebung der Verfügungen durch den Schulrat. Grund war die rechtlich schwierige Situation des Schulrates, welcher zwar juristische Unterstützung durch die Direktion erhält, diese aber dem Schulrat auf Grund der eingeschränkten Unabhängigkeit nicht im nötigen Umfang zukommen lassen kann. Immerhin wurde dem Schulrat seitens des Regierungsrates versprochen, eine bessere Lösung für die juristische Abdeckung des Schulrates zu suchen, da der Direktion die Problematik der Situation bewusst ist.

Der betroffene Schüler hat übrigens unsere Schule auf Mitte Jahr Richtung Basel verlassen, da er in der verfahrenen Situation in seiner Klasse nicht mehr seine gewohnten Leistungen erbringen konnte.

In einem weiteren Fall, den die Eltern mittels Beschwerde an den Schulrat zogen, konnten die Eltern nach deren Anhörung, wie auch jener des Schulrates, dazu bewogen werden, die Beschwerde zurückzuziehen. Die Angelegenheit konnte mittels einer Vereinbarung geregelt werden. Da dem Schulrat seither keine weiteren Meldungen zugehen, kann davon ausgegangen werden, dass sich die Sache beruhigt, wenn nicht sogar erledigt hat.

Ein weiteres Thema war „Schwänzen“. Eltern reklamierten, dass die Lehrerschaft mit zu wenig Nachdruck auf schriftlichen Entschuldigungen, unterschrieben von den Eltern, beharren würden. So wüssten die Eltern nicht, ob und wie oft ihre Zöglinge den Unterricht nicht besuchen würden.

In einem konkreten Fall legten Eltern Beschwerde gegen das Zeugnis ein, in welchem eine ihnen nicht bekannte, unerklärliche Anzahl Absenzen aufgeführt waren. Und genau dieses Zeugnis sei sehr wichtig für die Lehrstellensuche. Die durchgeführten Anhörungen der Eltern mit ihrem Kind, wie auch der betroffenen Klassenlehrer, ergaben, dass zumindest in diesem Fall die Eltern ungenügend informiert wurden. Der Schulrat beschloss, unter Berücksichtigung der besonderen Umstände und ohne ein Präjudiz zu schaffen, dass die Schulleitung den Zeugniseintrag ändern müsse (Reduktion der Absenzen) und im Gegenzug der Schüler zu einer gewissen Anzahl Stunden Arbeit für die Schule zu verpflichten sei.

Zudem ist die Schulleitung gehalten, dem Thema Absenzen genügend Gewicht beizumessen und entsprechende Massnahmen zu ergreifen.

In einem anderen Fall wurde ein Schüler in eine andere Klasse versetzt, da dessen Verhältnis zu seinem Klassenlehrer derart gestört war, dass dem Schulrat ein weiteres Verbleiben in seiner angestammten Klasse als unzumutbar erschien. Die Versetzung wurde von allen Beteiligten begrüsst.

Leider musste auch in diesem Jahr ein Schüler auf Antrag der Schulleitung von der Schule verwiesen werden. Sein Verhalten gegenüber der Lehrerschaft und seinen Mitschülern änderte sich trotz diverser

Massnahmen und Vereinbarungen nicht, sodass eine Wegweisung unumgänglich wurde. Eine entsprechende Meldung ging auch an die Vormundschaftsbehörde. Für den Rest seiner Schulzeit fand er Aufnahme in der Sekundarschule einer Nachbargemeinde.

DIVERSES

Die Einrichtung eines Schulsozialdienstes war richtig, denn dessen bisherige Arbeit hat gezeigt, dass diese Anlaufstelle seitens der Schülerschaft genutzt und begrüsst wird. Frau Muralt und Herr Surber, die zu je 20% angestellt sind, werden dem Schulrat demnächst ihren Bericht wieder vorlegen. Glücklicherweise ist die Notwendigkeit einer Aufstockung des Personals, welches momentan nur gerade 40 Stellenprozent ausmacht, vom Kanton beschlossen worden. Der definitive Umfang der Erhöhung ist zwar noch nicht festgelegt bzw. beschlossen, sollte aber demnächst erfolgen.

Erneut musste einer Lehrkraft gekündigt werden, nachdem diese seit längerer Zeit krank geschrieben war und die Aussicht auf Genesung innert nützlicher Frist nicht bestand.

Im Rahmen der erstmals durch das AVS durchgeführten externen Evaluation wurden diverse Lehrkräfte und die Schulleitung bei ihrer Arbeit beobachtet und Gespräche mit Eltern, Schulkindern, Lehrkräften, der Schulleitung und dem Schulrat durchgeführt. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse wurden im Herbst vorgestellt. Die Schulleitung erarbeitete daraufhin im Auftrag des Schulrates ein Papier zum weiteren Vorgehen, welches durch den Schulrat an einer ausserordentlichen Sitzung zu diskutieren sein wird. In der Folge wird der Schulrat der Schulleitung wie auch dem AVS das weitere Vorgehen mitteilen. Summarisch darf festgehalten werden, dass die Sekundarschule Allschwil und Schönenbuch gute bis sehr gute Arbeit leistet.

Einmal mehr darf darauf hingewiesen werden, dass die Zusammenarbeit mit der Schulleitung wie auch jene innerhalb des Schulrates sehr gut ist und trotz manchmal konträrer Positionen meistens befriedigende Lösungen für alle Beteiligten gefunden werden.

Giulio Vögelin, Präsident Schulrat Sekundarschule

Schulrat Musikschule

Geschäftsbericht 2006

Präsidentin: Verena Meschberger
Vizepräsidentin: Ruth Kneier

2005 war das Jahr des 40-Jahre-Jubiläums der Musikschule; 2006 war wiederum ein musikalisches Jubiläumsjahr: Das Mozart-Jahr. Selbstverständlich wurde Mozart auch an der Musikschule in vielen Schülerinnen- und Schülerkonzerten gedacht. Der Höhepunkt jedoch war das Extrakonzert des Mozart-Kammerprojektes am 10. Dezember 2006 im Calvinhaus:

„Kammermusik mit Flöte zu Wiener Kaffeehaus-Spezialitäten“

Flöten- und Glasharmonika-Musik sowie Wiener Kaffee- und Kuchenspezialitäten jeweils vom Feinsten.

WEITERE SCHRITTE RICHTUNG ‚TEILAUTONOME‘ MUSIKSCHULE

Am 1. August 2006 waren drei Jahre vergangen seit der Inkraftsetzung des neuen Bildungsgesetzes. Dessen Umsetzung beschäftigte die Musikschule auch im vergangenen Jahr. Die zur Erarbeitung des Schulprogramms eingesetzte Steuergruppe traf sich zu sieben Sitzungen. An der Januar-2007-Sitzung des Schulrates kann nun das Schulprogramm in seinem Aufbau vorgestellt werden. Gegen Ende 2006 erarbeitete die Schulleitung zudem eine ganze Reihe detaillierter Richtlinien (Organigramm MSA, Interkommunaler Austausch; Urlaub und Unterrichtsverschiebung; Förderkonzept, Instrumentenfonds, Anmeldungen bzw. Warteliste) in Ergänzung zum Schulprogramm.

Auch der bereits dritte Karwochen-SCHILF-Kurs war wiederum den Themen Schulprogramm und Qualitätsentwicklung gewidmet. Nachdem im Jahre 2005 das Unterrichtskonzept mit musikalischer Früherziehung entwickelt und genehmigt wurde, war dieses Jahr ein Tag der Weiterbildung dem Thema ‚Früher Instrumentalunterricht‘ gewidmet. Die Musikschule nahm zudem am gemeinsamen Ausbildungstag aller Musikschulen des Kantons in Sissach zum Thema ‚Motivaction‘ mit Klaus Kobjoll als Referenten teil.

Im Rahmen der Qualitätsentwicklung führte die Schulleitung im Sommer 2006 eine interne Fokus-Evaluation zum Thema ‚Ausbildungskonzept der MSA‘ durch. Die Resultate werden im 1. Quartal 2007 dem Schulrat präsentiert werden. Für 2007 ist sodann eine erste externe Evaluation durch das kantonale Amt für Volksschulen geplant: Allschwil wird die erste Musikschule sein, welche sich einer externen Evaluation unterzieht. Die entsprechende Planung begann bereits im Frühjahr 2006.

Erstmals führte die Musikschule im Oktober 2006 eine eigene Ortskonferenz durch. Dies mit Workshops zu den Themen ‚Umgang mit technischen Geräten‘ am Vormittag und dem Besuch des Musikautomaten-Museums in Seewen am Nachmittag.

SCHULRAT

Der Schulrat traf sich im Jahre 2006 zu 6 ordentlichen Sitzungen. Die Geschäfte bewegten sich im üblichen Rahmen; d.h. es wurden Personalfragen, das Budget, die Festsetzung der Elternbeiträge, diverse Gesuche etc. behandelt.

SCHULLEITUNG

Gemäss Bildungsgesetz sind auch für Schulleitungsmitglieder Mitarbeitergespräche durchzuführen. Diese fanden im Februar 2006 in Form von Standortgesprächen statt und führten dazu, dass die Schulleitung zusammen mit dem Präsidium weitere Gespräche über ein Organigramm für die Schulleitung mit

Angaben zu den einzelnen Tätigkeitsgebieten führte. Im Dezember 2006 präsentierte die Schulleitung das im Detail ausgearbeitete Papier, das selbstverständlich auch Eingang im Schulprogramm finden wird.

SCHULBETRIEB

- Lehrerschaft
 - Neue Lehrpersonen: Friedemann Stert, Schlagzeug (unbefristete Anstellung)
Ariane Schöpfer, Gitarre (unbefristete Anstellung)
René Courvoisier, Gitarre (vorerst befristete Anstellung für 1 Jahr)
 - Sekretariat: Felix Klaus, El.-G./Kontrabass (vorerst befr. Anstellung für 1 Jahr)
Ingo Balzer, Oboe (vorerst befristete Anstellung für 1 Jahr)
Christina Ganter, Früherziehung (vorerst befr. Anstellung für 1 J.)
 - Kündigungen: Nadine Romera (ab 1.4.2006, Nachfolge von R. Schumacher)
Monika Raaflaub, Musikal. Grundkurs (per Ende Schuljahr 05/06)
Kaspar Zwicky, Streichorchester (per Ende Schuljahr 05/06)
 - Pensionierungen: Monika Sprick, Blockflöte (vorzeitig auf eigenen Wunsch)
 - Arbeitsjubiläen:
 - 10 Jahre: Sylvie Thomaes, Klavier; Bernard Wetzel, Schlagzeug
 - 15 Jahre: Annette Schmitz, Perkussion und Grundkurs
 - 25 Jahre: Rahel Baltensperger, Blockflöte
 - Lehrer-/Lehrerinnenkonvente fanden statt am 12.4.2006 und 14.8.2006
- Schüler und Schülerinnen
 - Total Anmeldungen (inkl. Orchester/Ensembles, aus den Gemeinden Allschwil und Schönenbuch):
 - Herbstsemester: 1'034 (Vorjahr: 1059)
 - Frühlingsemester: 1026 (Vorjahr 955)
 - Orchester/Ensembles:
 - Herbstsemester: 32 Gruppen mit 235 Schülerinnen und Schülern unter der Leitung von 24 Lehrerinnen und Lehrern (Vorjahr: 30 resp. 222 resp. 21)
 - Frühlingsemester: 32 Gruppen mit 230 Schülerinnen und Schülern unter der Leitung von 24 Lehrerinnen und Lehrern (Vorjahr: 20 resp. 218 resp. 21).
 - Erteilte Unterrichtsstunden pro Woche:
 - Herbstsemester: 418.75 Stunden (Vorjahr 416.5 Std.)
 - Frühlingsemester: 406.00 Stunden (Vorjahr 404.0 Std.)
- Aktivitäten innerhalb der Schule
 - Konzerte:
 - Schülerinnen-/Schülerkonzerte: 32 (Vorjahr: 24) mit 677 (Vorjahr: 456) beteiligten Schülerinnen/Schülern und 67 (Vorjahr: 35) Lehrerinnen/Lehrer inkl. Doppelzählungen
 - Klassenvorspielstunden: 4 (Vorjahr: 4) mit 82 (Vorjahr: 55) Schülerinnen/Schülern und 7 (Vorjahr: 4) Lehrpersonen
 - Grundkurse, Theaterkreis, Perkussionskurs: rund 5 Produktionen mit rund 133 Schülerinnen/Schülern und rund 5 Lehrpersonen
 - 5 Grossveranstaltungen: Sommerabendkonzert JUBO-Vorstufe mit dem MVA, JUBO-Jahreskonzert mit Gästen aus Belgien, Projektkonzert ‚Bartok‘ mit dem MSA-Kammerorchester, Mozart-Kammerprojekt ‚Kammermusik mit Flöte zu Wiener Kaffeehaus-Spezialitäten‘
 - Projekte, Lager, Wettbewerbe:
 - Interkommunale, freiwillige Klavierstufenprüfung (Aesch/Reinach/Allschwil) in Allschwil
 - Regionalaustragung des Schweiz. Musikwettbewerbes für Jugendliche: Teilnahme von Monika Scheller (Qfl.), Melanie Bieli (Qfl.), Nora Rosenthaler (Klav.), Linus Cathomas (Klav.), Sara Canic (Qfl. + Klav.), Jonas Hüllstrung (Klav.)
 - Teilnahme Kinderchor (Ltg. Annemarie Gutbub) am 58e Concours de chant choral scolaire in Mülhausen
 - 7. Nordwestschweiz. Solisten- und Ensemblewettbewerb (NSEW) in Riehen (Ensemble ‚S. Meier/S. Schaub/M. Bubendorf, Klasse B. Wetzel, 2. Rang / M. Gächter, Klasse H.P. Erzer, 3. Rang je in ihrer Kategorie)
 - Nomination Sara Canic (Querflötenklasse M. Gutbub) für den Kant. Konzertpodiumpreis
 - Musiklager der Klarinettenklasse M. Frey, des Streichorchesters mit S. Andres und R. Wäffler sowie des Gitarrenensembles E. Schöpfer

- Informationsveranstaltungen:
 - „Vom Kindergarten in die Schule“ (Renate Müller am Info-Abend des KG/PS-Schulrates)
 - Informations- und Demonstrationsstunde zum gesamten Kursangebot an der Musikschule
 - Presse/Flyer zur Information resp. Ausschreibung des gesamten Kursangebotes
- Aktivitäten ausserhalb der Schule
 - Diverse Ensembles der Musikschule spielten an 6 Anlässen der Behörden/Gemeinde, an je einem Firmen- und Privat-Anlass, an 7 Anlässen von Vereinen und Parteien, sowie an insgesamt 8 Anlässen von Bildungsinstituten, in Spitälern, Kirchen und Konzerten anderer Organisationen.

Verena Meschberger, Präsidentin Schulrat Musikschule

Sozialhilfebehörde

Geschäftsbericht 2006

Präsident: Arnold Julier
Vizepräsidentin: Alice Märky-Schällibaum

SOZIALHILFEBEHÖRDE 2006

Die Sozialhilfe stand 2006 regional (insbesondere in städtischem wie städtenahem Bereich) und gesamtschweizerisch in den gesellschaftlich und politisch geführten Diskussionen, was in den früheren Jahren nicht in diesem Ausmass der Fall war. Armut und das heutige Sozialhilfewesen stehen im Brennpunkt der Öffentlichkeit. Armutsstudien und Presseberichte zeugen davon und vermochten die Bevölkerung zu sensibilisieren. Es geht um wachsende Fallzahlen, um steigende Kosten, um den Verdacht von Missbräuchen und tatsächlichen Missbrauch. Es wurde erreicht, dass in allen Bevölkerungsschichten, der Politik und der Wirtschaft Armut (und ihre Folgen) als ein präsent und drängendes gesamtgesellschaftliches Problem erkannt wurde. Nur sind damit die Probleme nicht gelöst. Einerseits steigt von Jahr zu Jahr die Anzahl der Personen, die aus verschiedenen Gründen Sozialhilfe als letztes Netz unserer sozialen Institutionen in Anspruch nehmen müssen, andererseits wird der Verteilungskampf um die öffentlichen Finanzen immer härter.

ANPASSUNG SOZIALHILFEVERORDNUNG

Grundlage für die Ausgestaltung der Sozialhilfe in der Schweiz sind die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS).

"Anreize schaffen zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration - Erwerbsarbeit muss sich lohnen". Dies war der Schwerpunkt der Teilrevision der SKOS-Richtlinien. Damit Anreize für die berufliche Integration geschaffen werden konnten, wurde der Betrag für den Grundbedarf leicht gekürzt und die Ansätze für den Einkommensfreibetrag erhöht. Der Kanton Basel-Landschaft hat diese Zielrichtung aufgenommen, die Sozialhilfeverordnung entsprechend angepasst und per 01.01.2006 in Kraft gesetzt. Der Erfolg des Anreizsystems wird sich erst in den folgenden Jahren zeigen. Für eine erfolgreiche und nachhaltige Wirkung braucht es viel Engagement und gute Zusammenarbeit aller Beteiligten, sowie eine Portion "Goodwill" seitens der Arbeitgebenden.

SOZIALHILFE DOSSIER

Per Stichtag 31.12.2006 wurden bei der Sozialhilfebehörde 295 aktive Dossiers notiert, 21 weniger als per Stichtag 2005. Bei der Fallentwicklung 2006 war der Höchststand der Sozialhilfefälle mit 329 im Februar und dem Tiefststand mit 287 im Oktober. Dank der leicht verbesserten Wirtschaftslage hat sich die Fallentwicklung im Vergleich zu den Vorjahren auf Ende Jahr stabilisiert und nicht erhöht. An 21 Sozialhilfebehördensitzungen wurden 1'238 Traktanden behandelt.

Die Gründe der aktiven Sozialhilfe-Dossierführung per Stichtag stellen sich wie folgt zusammen:

Alleinerziehende	43
Arbeitslosigkeit	106
Bevorschussungen	55
Diverse	84
Verlustscheine nach KVG	2
Suchtprobleme	5

KENNZAHLENVERGLEICH

Um bestimmte Kenndaten und Administrativkosten für die Erbringung der Leistungen im Bereich der Sozialdienste vergleichbar zu machen, haben die Gemeinden Allschwil, Binningen, Münchenstein und Reinach im 2005 von den Zahlen 2004 ein Benchmarking-Projekt durchgeführt. Um die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen, benötigte es im Berichtsjahr eine vertiefte Analyse der Zahlen 2005. An der Untersuchung beteiligten sich, zusätzlich zu den bisherigen Gemeinden, auch Aesch, Muttenz, Liestal und Riehen (BS). Die Schlussfolgerungen aus der Analyse haben für Allschwil die folgenden wichtigsten strategischen Massnahmen aufgezeigt:

- Reduktion der Fallbelastung pro 100%-Stelle
- Erweiterung der Integrationsmassnahmen
- Verbesserung des Verhältnisses Zahlfälle – Rückerstattungen

Aus der Analyse konnte festgestellt werden, dass Allschwil gegenüber den anderen beteiligten Gemeinden mit Abstand die höchste Fallbelastung pro 100 Stellenprozent in den Sozialen Diensten hat. Eine hohe Fallzahl pro Sozialarbeiterin/Sozialarbeiter ist mit dem Risiko einer Qualitätseinbusse der Fallbearbeitung verbunden. Die Gemeinde hat jedoch gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben, die sie erfüllen muss. Die zu bearbeitenden Fälle werden immer komplexer und anspruchsvoller. Auf Grund von Gesetzesänderungen werden den Gemeinden immer mehr Aufgaben übertragen, was eine Zunahme der Fallzahlen bewirkt. Zur Umsetzung der aus dem Kennzahlenvergleich resultierenden Massnahmen hat das Departement Soziale Dienste/Gesundheit dem Gesamtgemeinderat eine 100% Stellenaufstockung der Sozialarbeit beantragt. Der Gemeinderat hat dem Antrag zugestimmt und eine Einwohnerratsvorlage ausgearbeitet, die im 2007 traktandiert wird.

Arnold Julier, Präsident Sozialhilfebehörde

Vormundschaftsbehörde

Geschäftsbericht 2006

Präsidentin: Marianne Jans-Zimmermann
Vizepräsident: Arnold Julier

Im Berichtsjahr hat sich die Anzahl der zu bearbeitenden Fälle im Vormundschaftsbereich leicht reduziert.

In diesem Vormundschaftsbericht wird der Fokus auf die Thematik „Häusliche Gewalt“ gelegt.

GESETZESANPASSUNGEN BEZÜGLICH „HÄUSLICHER GEWALT“

In den vergangenen Jahren haben sich gesellschaftliche Veränderungen ergeben, welche unter anderem auch zu verschiedenen Gesetzesänderungen geführt haben.

Seit dem 1. April 2004 ist gemäss dem Schweizerischen Strafgesetzbuch „Häusliche Gewalt“ ein Offizialdelikt. Das heisst, wenn die Polizei oder Strafverfolgungsbehörde Kenntnis davon hat, muss sie, eventuell auch gegen den Willen des Opfers, Anzeige erstatten.

Als einer der Pionierkantone geht im Kanton Baselland der Schutz für betroffene Personen seit dem 1. Juli 2006 weiter. Bei der Bekämpfung häuslicher Gewalt gilt die Devise: „Wär schloht, dä goht!“ Das beinhaltet, dass die Polizei sofort ein Wegweisungsrecht und Betretungsverbot für gewalttätige Personen verfügen kann. Während zwölf Tagen können sich Opfer und Täter über ihre Situation Gedanken machen und wenn nötig Massnahmen ergreifen. Beratung erhält die gewaltbetroffene Person von einer Opferhilfestelle. Unterstützung bekommt auch die weggewiesene Person, indem sie von der „Beratungsstelle für gewaltausübende Personen“ kontaktiert wird.

Vom Postenchef Allschwil der Polizei Basel-Landschaft konnte in Erfahrung gebracht werden, dass im Bereich „Häusliche Gewalt“ die Polizei im Jahr 2006 zu 22 Interventionen gerufen wurde. Zudem rückte die Polizei häufig bei Streitigkeiten aus, um eine Eskalation zu vermeiden.

Im ganzen Kanton Baselland musste die Polizei 979-mal aufgrund „Häuslicher Gewalt“ ausrücken, davon stellte die Polizei bei 500 Fällen eine strafbare Handlung fest. Das Kantonale Wegweisungsgesetz wurde bereits während den ersten sechs Monaten auf Kantonsgebiet 42-mal angewendet.

VORGEHEN BEI EINER GEFÄHRDUNGSMELDUNG

Was löst eine Gefährdungsmeldung auf den Sozialen Diensten zuhanden der Vormundschaftsbehörde aus und wie wird vorgegangen? Der Ablauf sieht in der Regel wie folgt aus:

Eine Sozialarbeiterin oder ein Sozialarbeiter übernimmt die Fallführung. Erste Kontakte werden geknüpft und Gesprächstermine vereinbart und durchgeführt. Diese Gespräche werden nach Möglichkeit mit allen involvierten Personen geführt. Um allfällige Doppelspurigkeiten zu vermeiden, werden auch Kontakte zu bereits involvierten Beratungsstellen oder anderen Fachstellen aufgenommen.

Im Gespräch werden die Ursachen eruiert, welche zur Eskalation geführt haben. Am häufigsten werden Beziehungsprobleme, Geldsorgen, Alkohol- oder Drogenmissbrauch, sowie unterschiedliche Meinungen zu Erziehungsmethoden genannt. Des Weiteren wird besprochen, welche Massnahmen an Unterstützung oder Entlastung notwendig sind. Oft genügen regelmässige Gespräche in Form von freier Beratung auf den Sozialen Diensten. Ansonsten wird in Zusammenarbeit mit einer Fachstelle für Familienfragen oder dem Schulpsychologischen Dienst unserer Gemeinde eine individuelle Begleitung organisiert.

Manchmal braucht es eine vormundschaftliche Intervention, zum Beispiel die Einsetzung eines Erziehungsbeistandes. Der Beistand bekommt einen Auftrag von der Vormundschaftsbehörde, welcher je nach Situation bei veränderten Bedürfnissen neu angepasst werden kann. In schwierigen Fällen kann eine Platzierung oder ein Time-out für Kinder in einer geeigneten Institution auf beiden Seiten eine Ent-

lastung bewirken. Solche Abklärungen sind zeitintensiv aber notwendig, um die richtigen Entscheidungen, welche im Idealfall von den betroffenen Personen mitgetragen und akzeptiert werden, zu treffen.

EINBLICK IN SCHNITTSTELLEN

Im November findet jährlich die Behördentagung der Sozialen Dienste statt. Dieses Jahr gaben uns eine Vertreterin der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und eine Mitarbeiterin der Kantonspolizei Baselland Einblick in ihre tägliche Arbeit. Anhand von konkreten Beispielen konnten die Schnittstellen der Zusammenarbeit genauer analysiert werden. Davon konnten alle Teilnehmenden viel profitieren.

STELLENAUFSTOCKUNG NÖTIG

In Anbetracht der anfangs erwähnten Fallzunahme während der letzten Berichtsjahre und der immer intensiver werdenden zeitlichen Inanspruchnahme der einzelnen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter für Belange der Vormundschaftsbehörde ist die bereits vom Gemeinderat bewilligte Stellenaufstockung um eine Hundert-Prozent-Stelle eine kluge Entscheidung, die hoffentlich auch vom Einwohnerrat im Januar 2007 mitgetragen wird.

Marianne Jans-Zimmermann, Präsidentin Vormundschaftsbehörde

Wahlbüro

Geschäftsbericht 2006

Präsident: Hans-Peter Mohler
1. Vizepräsidentin: Verena Meschberger
2. Vizepräsident: Basil Kröpfli

ALLGEMEINES

Die inzwischen strikte Einhaltung des neu überarbeiteten Pflichtenheftes und die exakten Vorarbeiten zu den einzelnen Wahl- und Abstimmungs-Wochenenden garantieren jeweils eine saubere und korrekte Abstimmung. Auf die Qualitätskontrolle wird seitens des Geschäftsausschusses sehr grossen Wert gelegt.

Eine fundierte Geschäftsausschusssitzung vor jedem Wahlwochenende dient dazu, die letzten Details noch grundlegend zu diskutieren und festzuhalten.

Das Hauptwahlbüro im Schulhaus Lettenweg zu führen ist nach wie vor die beste Lösung. Seit knapp einem Jahr besteht nun auch die Möglichkeit, die Behördenmitglieder und die Presse per E-Mail direkt aus dem Hauptwahlbüro zu benachrichtigen.

Ebenfalls konnten wir in diesem Jahr die neuen, vor allem handlicheren Abstimmungs- und Wahlurnen in Betrieb nehmen. Das Aussehen fand nicht nur bei den Wahlbüromitgliedern, sondern auch bei den Wählerinnen und Wählern positiven Anklang.

Dank effizienter und sorgfältiger Arbeit aller Beteiligten konnten wir dieses Jahr die jeweiligen Resultate immer innerhalb des 1. Drittels des ganzen Kantons, gut eine Stunde nach Schliessung der Wahllokale, an die Landeskantlei weiterleiten. Speditives Arbeiten ist gut, aber das Wichtigste ist, dass die Resultate stimmen. Es ist der Stolz des Geschäftsausschusses, dass dies bei allen vier Abstimmungen immer der Fall war.

INKRAFTTRETEN DES NEUEN GESETZES ÜBER DIE POLITISCHEN RECHTE

Nach der Vernehmlassung durch die Gemeinden, Parteien und die Wahlbüros ist das Gesetz über die politischen Rechte (PpR) am 1. August 2006 in Kraft getreten. Was die Anzahl Wahlbüromitglieder anbelangt, hat der Gemeinderat beschlossen, die bisherige Anzahl von 7 Personen pro Wahllokal beizubehalten. Dabei ist festzuhalten, dass pro Wahllokal je eine Person dem dreiköpfigen Geschäftsausschuss zugeteilt ist.

Neu ist, dass bei der brieflichen Stimmabgabe das Stimmcouvert bis 17.00 Uhr des Tages vor dem Abstimmungs- oder Wahltag (Samstag) in die Gemeindebriefkästen eingeworfen werden kann.

KOMMUNALE ABSTIMMUNG VOM 12. FEBRUAR 2006

Die beiden kommunalen Abstimmungen vom 12. Februar 2006 galten dem Departement Schule und Jugendarbeit und führten zu einer Stimmbeteiligung von 39.5 %. Festzustellen war, dass bei dieser Abstimmung eine grosse Anzahl von jungen Familien zur Urne kamen.

Zum Einen war über die Einführung umfassender Blockzeiten an den Kindergärten in Allschwil abzustimmen. Das Resultat war mit 77,40% Ja-Stimmen eine eindeutige Aufgabe an das Parlament.

Zum Anderen wurde der Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 2'080'000.-- für die Erstellung eines Begegnungszentrums / Robinsonspielplatzes mit 65,18 % eindeutig angenommen.

EIDGENÖSSISCHE UND KOMMUNALE ABSTIMMUNG VOM 21. MAI 2006

Bereits am 21. Mai fand für unsere Gemeinde erneut eine zukunftsweisende Abstimmung statt. Ging es doch um die Quartierplanung "Wohnen im Bachgrabenpark". Die Stimmbeteiligung lag mit 41,96% leicht höher als am 12. Februar 2006. Die Vorlage des Parlaments fand bei den Wählerinnen und Wählern jedoch keine Zustimmung. Mit 61,22 % Nein-Stimmen gegen 38,78 Ja -Stimmen war das Resultat eindeutig.

Hingegen fiel bei der Eidgenössischen Abstimmung über das Bildungsgesetz das Resultat ganz klar aus. Mit 88,19% wurde die Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung angenommen.

EIDGENÖSSISCHE UND KANTONALE ABSTIMMUNG VOM 24. SEPTEMBER 2006

Das Abstimmungswochenende vom 24. September 2006 war mit 3 eidgenössischen und 3 kantonalen Abstimmungen das arbeitsintensivste dieses Jahres. Dabei wurde die Volksinitiative "Nationalbankgewinne für die AHV" sehr knapp mit 3'479 Ja-Stimmen gegenüber 3'324 Nein-Stimmen angenommen. Hingegen wurden sowohl das Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) als auch die Änderung des Asylgesetzes (AsylG) mit je ca. 69% glänzend angenommen.

Der Landratsbeschluss betreffend das Kantonale Laboratorium wurde mit 3'327 Ja zu 2'561 Nein angenommen. Dem Gesetz über den Bau der H2 zwischen Pratteln und Liestal haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ein deutliches Ja geschenkt. Bei einer Stimmbeteiligung von 51,34% stimmten 4'963 mit Ja und 1'420 mit Nein. Ungefähr im gleichen Rahmen liegt das Resultat über das Kantonale Alkohol- und Tabakgesetz, welches somit ebenfalls angenommen wurde.

EIDGENÖSSISCHE UND KANTONALE ABSTIMMUNGEN 26. NOVEMBER 2006

Mit den beiden Eidgenössischen Abstimmungen, a) über das Bundesgesetz vom 24. März 2006 über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und b) über das Bundesgesetz vom 24. März 2006 über die Familienzulagen gab es zweimal ein Ja.

Das Resultat beim Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas war bei einer Stimmbeteiligung von 44,10% mit 3'152 Ja-Stimmen gegenüber 2'508 Nein-Stimmen eher knapp. Das Familienzulagengesetz wurde bei einer Stimmbeteiligung von 44,07% deutlicher mit 3'946 Ja-Stimmen gegenüber 1'736 Nein-Stimmen angenommen.

Bei der einzigen Kantonalen Abstimmung für eine Schule mit Qualität gab es für den Kanton ein deutliches Nein. Die Stimmbeteiligung lag immerhin bei 42,55%. Mit 3'921 Nein-Stimmen und 1'466 Ja-Stimmen wurde die Volksinitiative verworfen.

DIVERSES

Die Mitglieder des ordentlichen Wahlbüros leisteten an den vier Abstimmungs-Wochenenden total 668 Arbeitsstunden. Bei der Abstimmung vom 24. September benötigten wir zusätzliche Wahlhelfer/innen, welche an diesem Sonntag insgesamt 85 Stunden arbeiteten.

Per 30. Juni 2006 verabschiedeten wir Peter Hofer und Ruedi Gugger nach 30 Jahren als aktive Mitglieder des Wahlbüros Allschwil. Dieser langjährige aktive und wertvolle Mitarbeit stellt eine tolle Leistung dar. Leider gaben aber im Verlaufe dieses Jahres weitere 3 Personen nach nur kurzer Tätigkeit ihren Austritt aus dem Wahlbüro bekannt. Hier ist anzumerken, dass die Parteispitzen mehr darauf achten sollten, dass sie die Auswahl der Wahlbüromitglieder gründlicher vornehmen.

Am Dienstag, 16. Mai 2006 wurde der Unterzeichnende von der Geschäftsprüfungskommission über das Wahlbüro und dessen diverse Abläufe befragt. Ich konnte der GPK genaue und präzise Antworten

geben, so dass die Mitglieder der GPK sehr zufrieden waren und dem Wahlbüro ihr Vertrauen aussprachen.

Die Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des Wahlbüros hat sich gegenüber dem Vorjahr sehr zum Guten gebessert.

Von Seiten der Gemeinde durften wir wiederum auf eine ausgezeichnete Zusammenarbeit zählen. Vor allem mit dem Gemeindepräsidenten, Dr. Anton Lauber, und dem Gemeindeverwalter-Stellvertreter, Markus Rudolf-von-Rohr, hatten wir eine sehr gute Zusammenarbeit. Dafür gebührt beiden ein herzliches Dankeschön. Gleichzeitig möchte ich Herrn Peter Uhler für die stets präzisen Vorbereitungen und für seine spontane Hilfsbereitschaft recht herzlich danken. Auch Herr Hugo Gloor gebührt für seinen jeweiligen Sondereinsatz an den Abstimmungswochenenden ein herzliches Dankeschön.

Bedanken möchte ich mich auch bei allen Wahlbüromitgliedern und den freiwilligen Helferinnen und Helfern, vor allem bei meinen beiden Stellvertretern Verena Meschberger und Basil Kroepfli, für die stets gute kollegiale Zusammenarbeit.

AUSBLICK INS JAHR 2007

Das Jahr 2007 wird ein intensives und arbeitsreiches Abstimmungs- und Wahljahr.

Am 10. / 11. Februar 2007 finden die Landrats und Regierungsratswahlen statt. Bereits einen Monat später findet auf eidgenössischer Ebene die Abstimmung über eine soziale Einheitskrankenkasse statt. Gleichzeitig finden zwei kantonale Abstimmungen statt, und das Wahlbüro muss eine Ersatzwahl für den zurückgetretenen Bürgerrat Robert Vogt durchführen. Dieses Vorgehen ist sowohl für Bürgerratswahlen, als auch für Kirchgemeindewahlen üblich.

Am 17. Juni 2007 ist eine Blanko-Abstimmung angesagt. Ob Vorlagen zur Abstimmung kommen, ist noch nicht bekannt. Hingegen finden am 21. Oktober die Nationalrats- und Ständeratswahlen statt. Schliesslich ist am 25. November 2007 nochmals eine Blanko-Abstimmung vorgesehen. Mit grosser Sicherheit ist damit zu rechnen, dass an den Blanko-Abstimmungen jeweils eine eidgenössische und / oder kantonale Abstimmungsvorlage zur Abstimmung gelangen wird.

Hans-Peter Mohler, Präsident Wahlbüro

WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN 2006 - RESULTATE

ABSTIMMUNGEN

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN	Datum	Stimm- berechtigte	Anzahl Stimmende	Stimm- beteil. %	JA	NEIN
Bundesbeschluss vom 16. Dezember 2005 über die Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zu Bildung	21.05.2006	12'868	5'602	40.46	4'466	598
Volksinitiative <Nationalbankgewinne für die AHV>	24.09.2006	12'948	7'037	53.45	3'479	3'324
Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG)	24.09.2006	12'948	7'037	53.53	4'778	2'065
Änderung vom 16. Dezember 2005 des Asylgesetzes (AsylG)	24.09.2006	12'948	7'037	53.61	4'722	2'145
Bundesgesetz vom 24. März 2006 über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas	26.11.2006	13'010	5'820	44.10	3'152	2'508
Bundesgesetz vom 24. März 2006 über die Familienzulagen (Familienzulagengesetz, FamZG)	26.11.2006	13'010	5'820	44.07	3'946	1'736
KANTONALE VORLAGEN	Datum	Stimm- berechtigte	Anzahl Stimmende	Stimm- beteil. %	JA	NEIN
Landratsbeschluss vom 16. Februar 2006 betreffend Kantonales Laboratorium in Liestal, Umwidmung und Ersatzbeschaffung	24.09.2006	12'948	7'037	46.13	3'327	2'561
Gesetz vom 18. Mai 2006 über den unverzüglichen Bau der H2 zwischen Pratteln und Liestal	24.09.2006	12'948	7'037	51.34	4'963	1'420
Kantonales Alkohol- und Tabakgesetz vom 22. Juni 2006	24.09.2006	12'948	7'037	51.46	4'740	1'758
Nichtformulierte Volksinitiative vom 17. April 2002 'Für eine Schule mit Qualität' (Qualitäts-Initiative)	26.11.2006	13'010	5'820	42.55	1'466	3'921
KOMMUNALE VORLAGEN	Datum	Stimm- berechtigte	Anzahl Stimmende	Stimm- beteil. %	JA	NEIN
Beschluss des Einwohnerrates vom 19. Oktober 2005 betreffend Einführung umfassender Blockzeiten an den Kindergärten Allschwils	12.02.2006	12'804	5'058	38.50	3'758	1'097
Beschluss des Einwohnerrates vom 19. Oktober 2005 betreffend Bewilligung eines Verpflichtungskredites in Höhe von CHF 2'080'000.-- inkl. MwSt für die Erstellung eines 'Begegnungszentrums / Robinsonspielplatzes' am Hegenheimermattweg Allschwil	12.02.2006	12'804	5'058	38.91	3'223	1'722
Quartierplanung 'Wohnen am Bachgrabenpark' inkl. Abschluss eines Baurechtsvertrages über Baurechtszinseinnahmen zu Gunsten der Einwohnergemeinde Allschwil von jährlich mind. CHF 509'000.00	21.05.2006	12'868	5'602	41.96	2'073	3'272

WAHLEN

BEZIRKSGERICHT ARLESHEIM

Ersatzwahl einer RichterIn bzw. eines Richters. Es ist eine Stille Wahl zustande gekommen. Deshalb fand keine Urnenwahl statt.

